



Arbeitsmarktservice  
Österreich

## **Beschäftigungswachstum in der Krise**

**Die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945 und ihre  
Begleiterscheinungen am  
Arbeitsmarkt**

Projektleitung AMS:  
Sabine Putz

Projektleitung ZSI & Autor:  
August Gächter



ZENTRUM FÜR SOZIALE INNOVATION  
CENTRE FOR SOCIAL INNOVATION

Wien, April 2016

## Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Arbeitsmarktservice Österreich

Bundesgeschäftsstelle

ABI/Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation

Sabine Putz

A-1200 Wien, Treustraße 35-43

Tel: (+43 1) 331 78-0

## Inhaltsverzeichnis

Überblick .....	5
Kurzfassung .....	5
Die schwerste Wachstumskrise seit 1945.....	5
AL-Vorgemerkte haben bessere Chancen.....	5
Erwerbstätigenraten entwickeln sich unabhängig voneinander .....	6
Erwerbstätigenraten von Flüchtlingen stark vom Wachstum abhängig .....	6
Höhere Bildung zu niedrigen Preisen.....	6
1. Ausgangslage.....	7
Widersprüchlich erscheinende Entwicklungen .....	7
2. Beschäftigung, Krise und Migration .....	8
Überblick .....	8
Methodische Vorbemerkung.....	8
Eine gewöhnliche Krise? .....	8
Neuformulierung der Aufgabenstellung.....	11
Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeiten.....	12
Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Fachtätigkeiten.....	16
Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in führenden und selbständigen Tätigkeiten .....	17
Die Beschäftigung von Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 und die Beschäftigungssuche der österreichischen Staatsangehörigen.....	18
Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter .....	22
Beschäftigung.....	23
Selbständige Erwerbstätigkeit .....	24
Die Bildung der zuziehenden Arbeitskräfte .....	26
Beschäftigung in Hilfs- und Anlern-tätigkeiten.....	28
Beschäftigung in Fachtätigkeiten .....	30
Was folgte auf den Abgang aus Beschäftigung? .....	30
3. Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung.....	40
Überblick .....	40
Wechsel aus Beschäftigungswilligkeit in Beschäftigung.....	40
Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung.....	45
Wechsel aus Beschäftigungswilligkeit in zwei Arten von Beschäftigung .....	51
4. Die Wahrscheinlichkeit, in Beschäftigung zu sein .....	58
Überblick .....	58
Beschäftigung.....	59
Die Angleichung der Erwerbstätigenraten.....	65
Nimmt das Arbeitszeitvolumen zu?.....	68
Die Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen .....	71
5. Die Kosten von Qualifikationen.....	81
Überblick .....	81
Eine Regressionsanalyse .....	81
Literaturverzeichnis .....	84
Anhang.....	85



# Überblick

## Kurzfassung

So, wie sich die Beschäftigung (Kapitel 2), die Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung (Kapitel 3) und die Erwerbstätigenraten (Kapitel 4) entwickelt haben, deutet alles darauf hin, dass die Umstellungen am Arbeitsmarkt der österreichischen Staatsangehörigen von der anhaltenden Krise des Wirtschaftswachstums ausgehen. Interessanterweise trifft dasselbe nicht auf den Arbeitsmarkt der EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen zu. Ihre Beschäftigung ist rascher und teils sogar gegenläufig zum Wirtschaftswachstum gestiegen. Die Analyse für den Zeitraum von 2004 bis Mitte 2015 macht deutlich, dass der 1. Mai 2011 keinen Einschnitt in der Entwicklung mit sich brachte. Er zeitigte keinen Knick im Trend der Beschäftigungschancen für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007. Alle scheinbaren Zusammenhänge zwischen dem Beschäftigungserfolg der österreichischen Staatsangehörigen oder von AL-Vorgemerkten des AMS, besonders auch im Bereich der Hilfs- und Anlern Tätigkeiten, und jenem der Staatsangehörigen von EU 2004 und 2007 Mitgliedsstaaten erweisen sich als kurzfristige Abweichungen vom längerfristigen Trend bzw. als nur die eine Seite der üblichen Oszillationen um den Trendverlauf und in diesem Sinne als Produkte selektiver Wahrnehmung. Die Frage ist aber dennoch, wie der Beschäftigungserfolg von EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen zu erklären sein könnte, denn diese zusätzliche Beschäftigung muss sich ja rechnen. Dabei zeigt sich, dass die Attraktivität zum einen in der Verfügbarkeit von qualifiziertem oder zumindest gebildetem Personal für unqualifizierte Tätigkeiten und zum anderen im konkurrenzlos günstigen Preis der Qualifikationen bzw. der Bildung besteht (Kapitel 5).

## Die schwerste Wachstumskrise seit 1945

In Kapitel 2 wird die These untersucht, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich sei durch unzureichendes Wirtschaftswachstum zu erklären. Das erweist sich als stichhaltig. Zunächst wird gezeigt, dass die gegenwärtige Krise keine ganz gewöhnliche ist, sondern die wachstumsschwächste, die es seit 1945 gegeben hat. Zudem haben sich in den letzten vier Jahrzehnten die Wachstumsphasen zwischen den Krisen immer mehr verkürzt. Die Zahl der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit hat sich seit 2011 in besonders enger Übereinstimmung mit der Konjunktur verändert, was auch mit der Dauer der Krise zu tun hat und dem Fehlen einer Aussicht auf baldige Erholung, sodass die Betriebe Beschäftigungsreserven abgebaut haben. Davon abgekoppelt, auch von der Konjunktur, hat die Beschäftigung von EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen zugenommen. Dieses überraschende und interessante Phänomen wird in späteren Kapiteln zu erklären versucht. In diesem wird es etwas näher beschrieben. Dabei zeigt sich vor allem, dass die neuen Beschäftigten vorwiegend höhere Bildung mitbrachten und selten nur geringe Bildung. Dies trifft auch auf jene zu, die in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten Beschäftigung fanden.

## AL-Vorgemerkte haben bessere Chancen

Kapitel 3 behandelt die Frage, wie die Chancen auf einen Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung verteilt sind. Dabei zeigt sich durchgängig, dass eine AL-Vormerkung sich günstig auf die Übertrittswahrscheinlichkeit in Beschäftigung auswirkt, und zwar günstiger als der kürzliche Zuzug einer Person aus den neuen EU Mitgliedsstaaten. Andere Vormerkarten haben nicht denselben Effekt. Im Vergleich zu allen Beschäftigungswilligen aus dem Inland, gleich ob sie AL-vorgemerkt waren oder nicht, hatten kürzlich aus den neuen EU Mitgliedsstaaten zugezogene Arbeitskräfte sowohl durch ihre Merkmale als auch durch ihre Herkunft einen Vorteil, der allerdings vor allem im Aufschwungjahr 2011 bestand, während er danach nicht mehr zu erkennen ist. Die Übertrittswahrscheinlichkeiten besonders in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten sinken bei den österreichischen Staatsangehörigen (ohne Unterscheidung zwischen AL-Vorgemerkten und anderen) in jeder Krise. Bei den EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen sind sie bis 2011 in hohem Maß konjunkturabhängig, aber seitdem nicht

mehr. Ein Zusammenhang zwischen dem Zeitverlauf bei der einen und bei der anderen Staatsangehörigkeit ist nicht einmal andeutungsweise zu erkennen. Es liegt somit keine Diskriminierung von österreichischen Staatsangehörigen und auch nicht von AMS-Vorgemerkten zugunsten von EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen vor.

### **Erwerbstätigenraten entwickeln sich unabhängig voneinander**

In Kapitel 4 wird die Wahrscheinlichkeit untersucht, dass jemand in Beschäftigung ist und ob das eine Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeit oder eine qualifizierte Tätigkeit ist. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, ob die Freizügigkeit ab 2011 für Staatsangehörige von EU 2004 Mitgliedsstaaten sich in den Zeitverläufen der Beschäftigungswahrscheinlichkeit und der Erwerbstätigenraten von österreichischen Staatsangehörigen bemerkbar machen. Die Anzeichen für konjunkturelle Einflüsse sind eindeutig, und auch dass sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit für EU 2004 und 2007 Staatsangehörige ab 2011 verbessert hat ist ersichtlich, nicht aber dass von letzterem ein negativer Einfluss auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit oder die Erwerbstätigenraten der österreichischen Staatsangehörigen ausgegangen wäre.

### **Erwerbstätigenraten von Flüchtlingen stark vom Wachstum abhängig**

In Kapitel 4 werden auch die Erwerbstätigenraten früherer Flüchtlingsgruppen betrachtet. Diese erweisen sich auch nach 15 Jahren Aufenthalt noch als rezessionsanfällig. Bei den erst 2002 bis 2005 aus Russland zugezogenen Personen – weitgehend tschetschenische Flüchtlinge – zeigt sich, dass Steigerungen der Erwerbstätigenrate stark vom Wirtschaftswachstum abhängig sind und auch zuletzt erst 50% erreicht hatten, was vor allem auf die niedrige Erwerbstätigenrate der Frauen zurückgeht.

### **Höhere Bildung zu niedrigen Preisen**

In Kapitel 5 wird gezeigt, dass Personal mit höherer Bildung aus dem Ausland und besonders aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 netto pro Monat um €350 bis €750 weniger verdient als ansonsten gleiches Personal mit Abschlüssen aus Österreich. In geringerem Maß trifft das auch auf mittlere Abschlüsse ohne Matura zu. Es geht hier nicht um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, denn die Unterschiede entstehen zu gutem Teil dadurch, dass die Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten stattfindet. Dennoch ist es für die Betriebe selbstverständlich attraktiv, auch für solche Tätigkeiten Beschäftigte mit hoher Auffassungsgabe und analytischem, vorausschauendem Verständnis für betriebliche Abläufe zur Verfügung zu haben.

# 1. Ausgangslage

## Widersprüchlich erscheinende Entwicklungen

„Wir haben ein Problem im AMS, das wir nicht lösen können. Dafür sind wir zu schwach. Das ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Personen mit nur Pflichtschulabschluss. Vereinfacht kann man sagen, die Arbeitslosenquoten von Personen mit Studium, Matura und auch Lehre verändern sich seit 24 Jahren nahezu nicht. Die von Akademikern bleibt überhaupt nahezu gleich, die schwankt zwischen 2,1 und 2,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote von Personen mit Matura – egal ob AHS, HAK, HTL – liegt auch nahezu konstant zwischen drei und vier Prozent. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Lehre ist höher und schwankt etwa zwischen fünf und sieben Prozent. Das sind Fachkräfte, die abhängig von der Konjunktur, aber auch saisonal gebraucht oder weniger gebraucht werden. Und dann gibt es eine steile Kurve nach oben, das ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit nur Pflichtschulabschluss. 1990 waren neun Prozent mit diesem Bildungsabschluss arbeitslos, jetzt sind es 24 Prozent“ (Kopf/Nimmervoll 2015).

Zwei Beobachtungen definierten im Sommer 2015 die Situation am Arbeitsmarkt:

- Die Zahl der Beschäftigten stieg, obwohl auch die Arbeitslosigkeit stieg. Diese Situation gab es auch in früheren Krisenzeiten schon, so in den 1970er Jahren. Als Komplikation kam hinzu, dass das Arbeitszeitvolumen nicht zu steigen schien (Wagner 2015; Höller 2015).
- Insbesondere war zuletzt die Beschäftigung von Ausländern aus den der EU seit 2004 beigetretenen Staaten immer rascher angestiegen, während die AMS Kundinnen und Kunden schwer zu vermitteln waren. Das hatte Ähnlichkeiten mit der Situation um 1990 herum, die damals aber in einer Boomphase auftrat.
- Ergänzend zu den beiden Beobachtungen wurde fallweise ins Treffen geführt, das AMS habe dennoch auch Schwierigkeiten, Stellen nicht nur im qualifizierten, sondern auch im gering qualifizierten Bereich zu besetzen, so in der Gastronomie, in der Reinigung und im Transport (Landesrat Rüdiger über AMS Vorarlberg beim VN-Stammtisch in Dornbirn, 2015-10-22).

Die Grundfrage ist, ob die Zunahme der Arbeitslosigkeit, speziell der Vormerkung beim AMS, und der Aufbau von Beschäftigung ursächlich zusammenhängen, sodass das erste auf das zweite zurückgeführt werden kann, oder das Bestehen einer derartigen Ursächlichkeit zumindest nicht ausgeschlossen werden kann. Wenn sich das als machbar und nachweisbar herausstellte, wäre weiter zu prüfen, wie sich die Beschäftigungsfähigkeit – im Sinn von Qualifikation als Ausbildung und Berufserfahrung – der beiden betroffenen Personengruppen zueinander verhält.

Aufgeklärt werden soll, ob AMS Vorgemerkte sich in einem erkennbaren Nachteil befinden, und, falls ja, worin er besteht. Er könnte eine sachliche Grundlage in persönlichen Merkmalen haben, wie etwa der Bildung und Ausbildung oder der Berufserfahrung, oder in Merkmalen der örtlichen und zeitlichen Verfügbarkeit. Er könnte eine angreifbare Grundlage in anderen persönlichen Merkmalen haben, etwa der Altersverteilung, den Geschlechteranteilen, dem Familienstand oder der familiären Migrationsgeschichte. Zuletzt könnte es auch Vorurteile gegen vom AMS vermittelte Arbeitskräfte geben im Vergleich zu solchen, die den Betrieben auf andere Weise zugänglich werden.

## 2. Beschäftigung, Krise und Migration

### Überblick

In diesem Kapitel wird die These untersucht, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich sei durch unzureichendes Wirtschaftswachstum zu erklären. Das erweist sich als stichhaltig. Zunächst wird gezeigt, dass die gegenwärtige Krise keine ganz gewöhnliche ist, sondern die wachstumsschwächste, die es seit 1945 gegeben hat. Zudem haben sich in den letzten vier Jahrzehnten die Wachstumsphasen zwischen den Krisen immer mehr verkürzt. Die Zahl der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit hat sich seit 2011 in besonders enger Übereinstimmung mit der Konjunktur verändert, was auch mit der Dauer der Krise zu tun hat und dem Fehlen einer Aussicht auf baldige Erholung, sodass die Betriebe Beschäftigungsreserven abgebaut haben. Davon abgekoppelt, auch von der Konjunktur, hat die Beschäftigung von EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen zugenommen. Dieses überraschende und interessante Phänomen wird in späteren Kapiteln zu erklären versucht. In diesem wird es etwas näher beschrieben. Dabei zeigt sich vor allem, dass die neuen Beschäftigten vorwiegend höhere Bildung mitbrachten und selten nur geringe Bildung. Dies trifft auch auf jene zu, die in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten Beschäftigung fanden.

### Methodische Vorbemerkung

„Beschäftigung“ ist im Folgenden immer in internationalem Sinn zu verstehen, also mindestens eine bezahlte Arbeitsstunde in der Woche vor der Befragung. Abweichend davon werden hier aber alle unter 25 Jährigen, die in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehen, nicht als beschäftigt, sondern als in Ausbildung stehend gezählt. Lehrlinge sind daher in den nachfolgenden Beschäftigtenzahlen ebenso wenig enthalten wie Studierende unter 25 Jahren, die gleichzeitig erwerbstätig sind.

### Eine gewöhnliche Krise?

Methodische Anmerkung: „Beschäftigung“ ist im Folgenden immer in internationalem Sinn zu verstehen, also mindestens eine bezahlte Arbeitsstunde in der Woche vor der Befragung. Abweichend davon werden hier aber alle unter 25 Jährigen, die in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehen, nicht als beschäftigt, sondern als in Ausbildung stehend gezählt. Lehrlinge sind daher in den nachfolgenden Beschäftigtenzahlen ebenso wenig enthalten wie Studierende unter 25 Jahren, die gleichzeitig erwerbstätig sind.

In den Jahren 2012 bis 2014 wuchs das BIP real um 0,8%, 0,3% und 0,4% (Statistik Austria 2016) (konsolidiert 0,5% pro Jahr). Eine Phase so schwacher Konjunktur von solcher Dauer hat es seit 1945 noch nicht gegeben. Dieses beharrlich geringe Wachstum war von merklichen Umschichtungen im Beschäftigungswesen begleitet. In den 24 Monaten von Mitte 2012 bis Mitte 2014 sank die Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten um rund 21.000 und in den nächsten 12 Monaten um nochmals rund 28.000, während die Beschäftigung in Fachtätigkeiten um etwa 24.000 bzw. 44.000 zunahm und jene in führenden und selbständigen Tätigkeiten um etwa 32.000 zu und dann um etwa 10.000 abnahm. Trotz des schwachen Wachstums gab es somit insgesamt eine Zunahme der Beschäftigung um etwa 35.000 in den ersten 24 und um etwa 5.000 in den nächsten 12 Monaten, aber eindeutig auch eine Verlagerung von Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten zu Fachtätigkeiten.

Diese Verschiebungen waren weniger dramatisch als um 2009 herum. In den Kalenderjahren 2008 bis 2010 wuchs das BIP real um 1,5%, -3,8% und 1,9%, war in Summe also negativ (konsolidiert -0,2% pro Jahr). Vordergründig verringerte sich die Beschäftigung in den 24 Monaten von Mitte 2008 bis Mitte 2010 um nur rund 8.000, aber die Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten sank um rund 83.000, während sie in den beiden anderen Berufsschichten zusammen um etwa 75.000 zunahm.

Das gegenwärtige Szenario unterscheidet sich vom damaligen somit durch eine weniger dramatische Reduktion bei den Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten und einen ebenfalls weniger

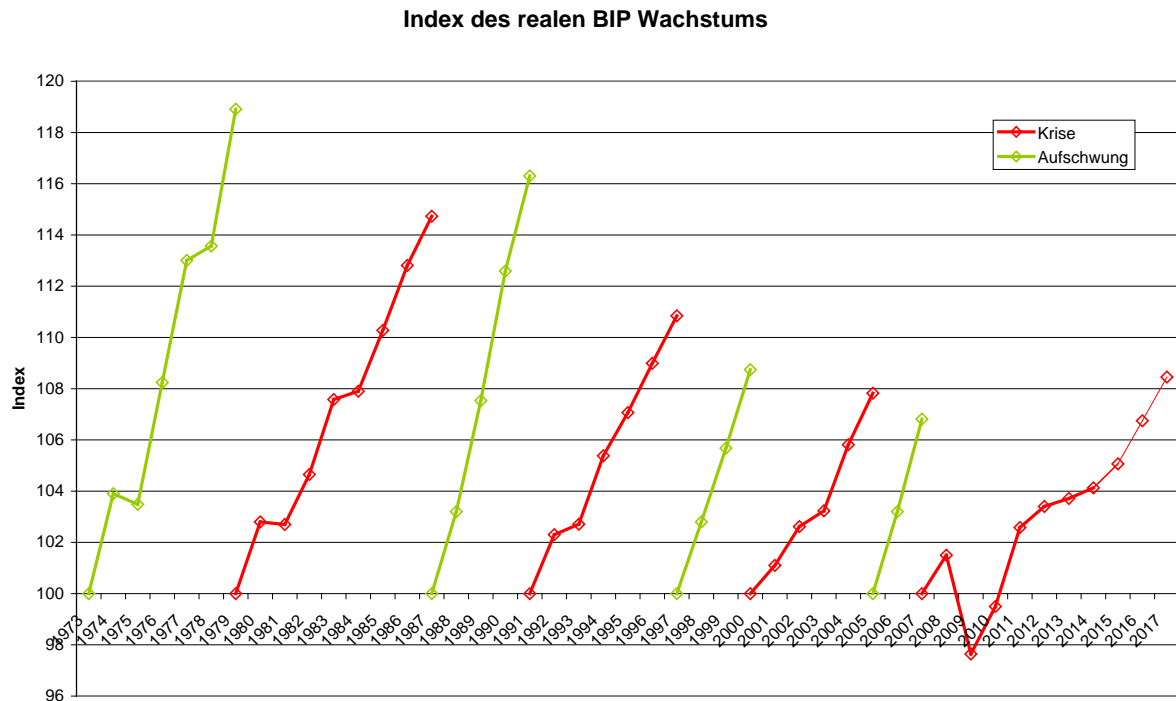


raschen Zuwachs an anderen Tätigkeiten, einer aber insgesamt positiveren Bilanz, wie das auch der insgesamt etwas positiveren Bilanz des BIP entspricht. Auch die Entwicklung der Zahl der aktiv Beschäftigungssuchenden ist sehr ähnlich. Der Zuwachs zwischen Mitte 2008 und Mitte 2010 betrug rund 37.000, jener zwischen Mitte 2012 und Mitte 2014 rund 41.000 und zwischen Mitte 2014 und Mitte 2015 knapp 11.000. Die Zahl der passiv Beschäftigungswilligen wuchs zwischen Mitte 2008 und Mitte 2010 um rund 8.000, blieb 2012 bis 2014 aber so gut wie unverändert. 2014-2015 nahm sie dagegen in 12 Monaten überraschenderweise um rund 13.000 zu, ein Effekt, der nur bei den über 45 Jährigen aus Österreich auftritt und zwar gleichmäßig bei beiden Geschlechtern. Seine Ursache dürfte daher in den geänderten Regeln für den Pensionsantritt liegen.

Durch das größere BIP-Wachstum 2011, als es real 3,1% betrug, wurde der Einbruch 2009 einigermaßen ausgeglichen. In den 24 Monaten von Mitte 2010 bis Mitte 2012 nahm die Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten um rund 23.000 zu und in Fachtätigkeiten sogar um rund 57.000, während sie in den führenden und selbständigen Tätigkeiten um etwa 16.000 abnahm, sodass in Summe eine Zunahme um rund 64.000 herauskam. Diese zweijährige Unterbrechung macht leicht vergessen, dass der gewichtigste Unterschied zwischen der Krise 2009 und der aktuellen Entwicklung möglicherweise in der Tatsache besteht, dass 2015 bereits das siebte wachstumsschwache der letzten acht Jahre war, und dass auch für die nähere Zukunft kein Wachstumsschub in Aussicht steht. Bezeichnend ist, dass 2010 im Rückblick schon oft als Aufschwungjahr bezeichnet wird, obwohl das Wachstum unter 2% lag.

Aus einer längerfristigen Perspektive (Abb. 1a) ist unverkennbar, dass die aktuelle Krise seit 1945 nicht ihresgleichen gehabt hat. Denkbar ist, dass sich in den 1930er Jahren ähnliches finden ließe, aber die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung war damals noch nicht auf dem Stand, um jährliche Angaben zum Bruttoinlandsprodukt oder zum Bruttonationaleinkommen machen zu können und ihrem inflationsbereinigten Wachstum machen zu können. Auffällig in den letzten dreißig Jahren ist, dass die Aufschwungphasen immer kürzer wurden. Diejenige um 1990 herum hielt vier Jahre lang an, um 2000 nur mehr drei Jahre, nach 2005 nur mehr zwei Jahre. Dazwischen liegen deutlich länger dauernde Phasen, in denen das Wirtschaftswachstum fast durchwegs unter 2,5% lag, zu wenig, um die konventionelle Arbeitslosenrate zu verringern.

Abb. 1a



Daten: Bundesanstalt Statistik Österreich, Wirtschaftskammer Österreich; Berechnungen Gächter.

Im Dezember 1973 ereignete sich der erste Ölpreisschock. Von den sechs Jahren 1974 bis 1979 waren aber nur zwei wachstumsschwach, nämlich 1975 mit -0,4% und 1978 mit 0,5%. Die übrigen vier wiesen reale Wachstumsraten von 3,9% bis 4,7% auf. In Summe betrug das reale Wachstum 18,9%.

Krise 1: 1979 folgte der zweite Ölpreisschock. 1980 bis 1987 war die erste schwache Phase, aber auch da wuchs die Wirtschaft in zwei Jahren um 2,8% (1980, 1983), in zwei Jahren um über 2% (1985, 1986), in zwei Jahren um über 1,5% (1982, 1984) und stagnierte in einem (1981, -0,1%). Im Verbund der acht Jahre wuchs die Wirtschaft um real 14,7%.

1988 bis 1991 waren vier stärkere Jahre. Die Wirtschaft wuchs real um 3,2% bis 4,7%, in Summe um 16,3%.

Krise 2: 1992 bis 1997 wuchs die Wirtschaft neuerlich nur relativ langsam. In den sechs Jahren gab es nur eines mit Wachstum über 2,5% (1994, 2,6%), eines über 2% (1992, 2,3%), drei über 1,5% und eines mit nur 0,4% (1993). In Summe wuchs die Wirtschaft um nur 10,8%.

1998 bis 2000 folgten drei Jahre mit Wachstum über 2,5%, aber unter 3%, in Summe ein Wachstum um 8,7%.

Krise 3: 2001 bis 2005 folgten fünf Jahre, von denen nur eines 2,5% (2004) erreichte, während die anderen zwischen 0,6% und 1,9% dahin dümpelten. Insgesamt ergab sich ein Wachstum um 7,8%.

2006 und 2007 folgten zwei Aufschwungsjahre mit 3,2% und 3,5%, zusammen 6,8%.

Krise 4: 2008 begann die jetzige Krisenphase. Das Muster, dass jede Krise die bis dahin ärgste war, setzt sich in ihr fort. Besonders gravierend ist diesmal die lange, fast ununterbrochene Dauer. Seit 2008 gab es ein einziges Jahr, in dem die Wirtschaft um real mehr als 2% wuchs (2011, 3,1%). Dem ging ein Jahr voraus, in dem sie um -3,8% schrumpfte (2009), die einzige nennenswerte Rezession seit 1945. In den anderen Jahren betrug das Wachstum

zwischen 0,3 (2013) und 1,9% (2010). Es hat noch nie zuvor vier aufeinander folgende Jahre mit Wachstum unter 1% gegeben, 2012 bis 2015, wobei 2015 noch ein Prognosewert ist. Die Prognosen für 2016 und 2017 lauten auf je 1,9%. In Summe beträgt das Wachstum 2008 bis 2014 nur 4,1%, bis 2015 nur 5,1%, und bis 2017 nur 8,5%.

Die Messung des BIP (bzw. BNE) hat sich über die Jahre geändert und zwar so, dass rückwirkende Korrekturen des Wirtschaftswachstums stets Steigerungen mit sich brachten. Die Wachstumsraten bis Anfang der 1990er Jahre wären daher mit heutiger Messmethode noch etwas höher ausgefallen.

Da es in Friedenszeiten eine Krise wie die aktuelle zuletzt vor 80 Jahren gegeben haben dürfte, ist die Vermutung wahrscheinlich nicht unangebracht, dass wir ihr ohne erprobtes Rüstzeug gegenüberstehen, und dass das für die Öffentlichkeit ebenso gilt wie für die politischen Instanzen und die Einrichtungen der Sozialpartnerschaft. Es scheint bislang, wohl auch bedingt dadurch, dass nach 2009 keine weiteren Rezessionsjahre aufgetreten sind, und dadurch, dass es anderen Volkswirtschaften in den EU15 wenig anders ergeht, nicht einmal die öffentlich getroffene Feststellung des Ausmaßes der Krise zu geben. Das bringt die Gefahr mit sich, auf vordergründige Erklärungen für jene Phänomene zu verfallen, die in Wahrheit Krisenphänomene, aber nicht als solche erkannt sind.

### Neuformulierung der Aufgabenstellung

Die vor diesem Hintergrund zu klärende Frage war, ob abgesehen von der hartnäckigen Krise auch die per Mai 2011 erfolgte Öffnung des Arbeitsmarkts für Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und per Jahresbeginn 2014 für jene der beiden EU-Mitgliedsstaaten 2007 einen erkennbaren und nachweisbaren Einfluss auf die Verschiebungen im Beschäftigungswesen habe.

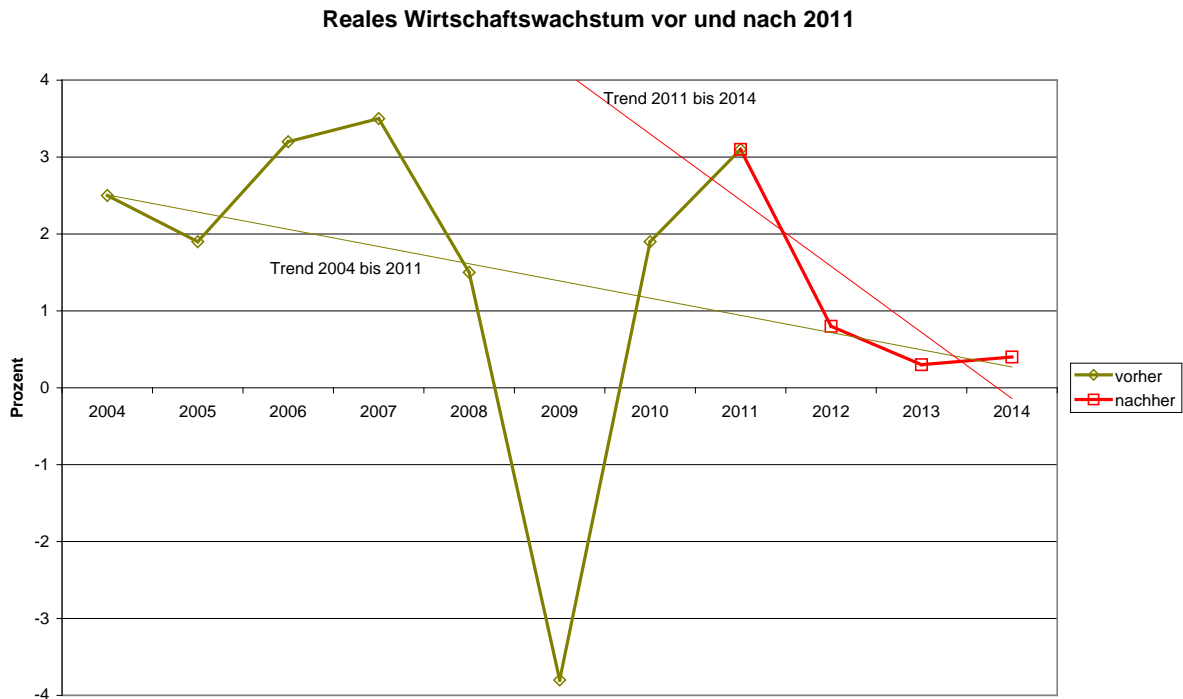
Das heißt, neben die oben eingeführte krisenbezogene Periodisierung tritt eine zweite, auf das Unionsrecht bezogene. Die erste hat ihre hauptsächlichen Einschnitte Mitte 2008, Mitte 2010 und Mitte 2012 sowie eventuell Mitte 2014, die zweite Mitte 2004 und vor allem Mitte 2011. Die unionsrechtliche ist viel öffentlichkeitswirksamer gewesen als die konjunkturelle, vor allem wohl, weil im Vorhinein bekannt und mit Datum versehen, was beides von der Konjunktur im Allgemeinen nicht gesagt werden kann. Der wesentliche unionsrechtliche Einschnitt fällt in die Mitte der Aufschwungphase von Mitte 2010 bis Mitte 2012. Er teilt den Zeitverlauf daher in eine – vor allem im Rückblick – günstiger erscheinende Phase bis Mitte 2011 und eine darauf folgende Abstiegsphase. Das beinhaltet die große Gefahr, dem unionsrechtlichen Stichtag 1. Mai 2011 Wirkungen im Beschäftigungswesen zuzuschreiben, die in Wahrheit anderweitige Ursachen haben.

Periodisierung von unionsrechtlichen und Wachstumseinschnitten 2004 bis 2015

2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Beitritt 2004		Beitritt 2007					Freizügigkeit		*	Freizügigkeit	
Krise		Aufschwung		Rezession					Krise		

\*) Beitritt Kroatien.

Abb. 1b



Datenquelle: Bundesanstalt Statistik Österreich.

Wie der Vergleich der Entwicklungen im Beschäftigungswesen während der beiden Krisenteile vor und nach 2011 zeigt, besteht zunächst kein unmittelbarer Anlass zu der Annahme, es gebe einen unionsrechtlichen Einfluss auf die Verschiebungen zwischen beschäftigt und beschäftigungslos sowie innerhalb der Beschäftigung. Zu vermuten wäre eventuell, dass die verbesserte Zugänglichkeit von EU-Bürgerinnen und Bürgern aus der Nähe es den Betrieben möglich gemacht hat, die Rekrutierung an anderen Orten im Ausland, etwa in den EU15/EFTA Staaten oder in Drittstaaten, einzustellen. Denkbar ist auch, dass zwar die Gesamtbewegungen sich in der aktuellen Krise wenig von denjenigen der vorangegangenen unterscheiden, die Betroffenheit sich aber zu anderen demografischen Gruppen verlagert hat. Das heißt, dass die Beantwortung der Frage möglicherweise eher auf einen Bericht über die differenzielle Betroffenheit in Krisensituationen hinauslaufen kann als auf einen über die Verdrängung von angestammten Arbeitsmarktteilnehmerinnen und Teilnehmern durch neu hinzukommende.

Die Beantwortung bezieht sich im Folgenden nicht auf Tagespendler im grenznahen Raum, sondern umfasst alle Personen mit Meldezettel und schließt daher betriebsentsandtes Personal mit ein.

### **Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeiten**

Die Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeiten stand 2004-2005 bei rund 868.000, stieg bis 2006-2007 auf rund 893.000, stand 2009-2010 aber nur mehr bei 800.000, wie auch 2013-2014, nachdem es dazwischen einen Anstieg auf 824.000 gegeben hatte, und fiel 2014-2015 auf nur mehr rund 775.000. Im Vergleich zu acht Jahre vorher sind es fast 120.000 Stellen weniger geworden. Die wesentlichen Rückgänge ereigneten sich in der Krise ab Herbst 2008 und nach Mitte 2012.

Seit Mitte 2012 wurden vor allem in der Gastronomie (ÖNACE08 Gruppe I) die Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeiten reduziert, waren aber an sich breit gestreut. Die Reduktionen 2014-2015

ereigneten sich vor allem im Verkehrswesen (Gruppe H), in der Sachgüterproduktion (Gruppe C) und im Handel (Gruppe G) sowie auch in den Wirtschaftsnahen Dienstleistungen (Gruppen J bis N). In der Gastronomie, im Verkehr und den Wirtschaftsnahen Dienstleistungen waren dabei Beschäftigte unabhängig von der Höhe der Bildung betroffen, in der Sachgüterproduktion eher jene mit geringer Bildung, im Handel eher solche mit mittlerer Bildung ohne Matura. Unter den Bundesländern war vor allem Wien betroffen sowie 2014-2015 die Steiermark und Oberösterreich.

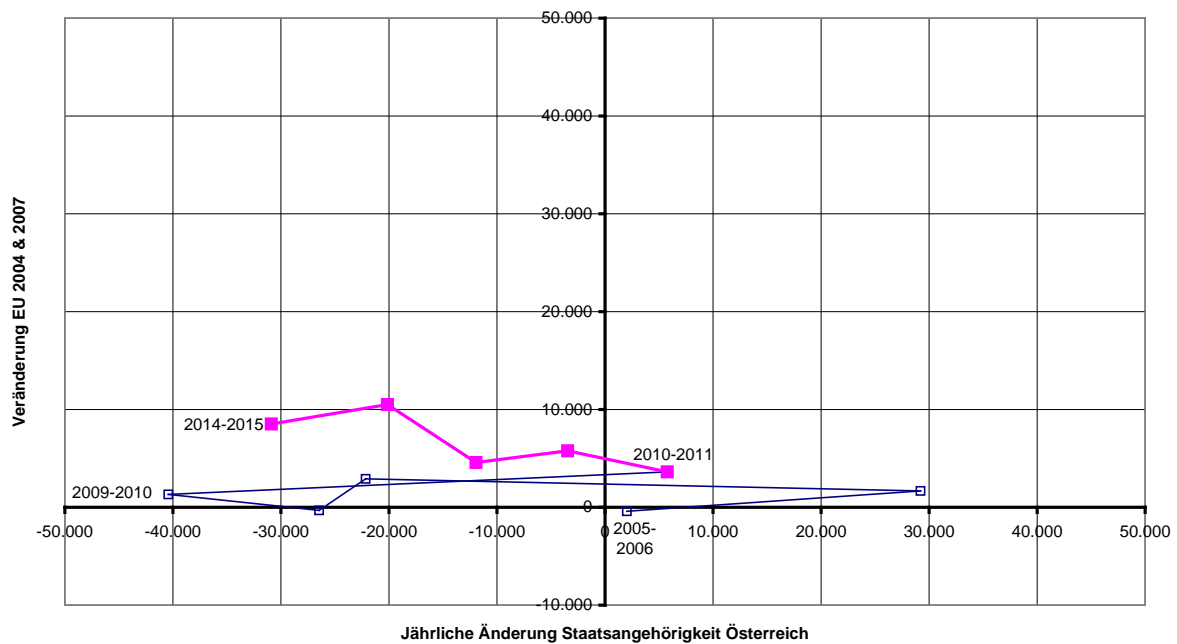
Die Beschäftigung von Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten stieg innerhalb von sechs Jahren von rund 19.000 im Durchschnitt der 12 Monate von Mitte 2004 bis Mitte 2005 auf rund 28.000 vor Eintritt des freien Zugangs zu Beschäftigung und verdoppelte sich dann in den vier Jahren bis 2014-2015 auf rund 58.000. Das sind Steigerungen um 9.000 bzw. um 30.000. In den gleichen Zeitabschnitten nahm die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten weit stärker ab, nämlich um 52.000 und um 66.000.

Abbildung 2 zeigt in der Horizontale die Veränderung der Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen und in der Vertikale die Veränderung der Beschäftigung von Staatsangehörigen der 2004 und 2007 der EU beigetretenen Staaten. Die Veränderung ist jeweils die zwischen dem Durchschnittswert einer Zwölfmonatsperiode und dem Durchschnittswert der vorangehenden Zwölfmonatsperiode. Jeder der zehn Punkte zeigt daher die gleichzeitige Veränderung bei den beiden Staatsangehörigkeiten an. Das beginnt unten Mitte mit einem Punkt, der nahe dem Nullpunkt steht. Dieser Punkt zeigt, dass in den zwölf Monaten von Mitte 2005 bis Mitte 2006 die Beschäftigung der österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten um rund 2.000 größer war als in den vorangehenden zwölf Monaten (Mitte 2004 bis Mitte 2005), und dass die Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten ganz geringfügig geringer war als zuvor. Der nächste Punkt entlang der Linie liegt deutlich weiter rechts und zeigt, dass Mitte 2006 bis Mitte 2007 die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten um rund 29.000 über dem Wert der vorangehenden zwölf Monate (Mitte 2005 bis Mitte 2006) lag, während die Beschäftigung von Angehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten nur geringfügig gestiegen war. Dann schwingt die Linie sehr weit nach links zum Punkt für die zwölf Monate von Mitte 2007 bis Mitte 2008. Er zeigt an, dass die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten gegenüber den vorangehenden zwölf Monaten (Mitte 2006 bis Mitte 2007) um rund 22.000 gesunken war, während die Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten um etwa 3.000 gestiegen war. Dann geht die Linie ein kurzes Stück schräg abwärts zum Punkt für 2008-2009. Die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten war im Vergleich zu 2007-2008 um rund 26.000 geringer und die Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten war praktisch unverändert. Der nächste Punkt, jener für 2009-2010, liegt noch weiter links und zeigt an, dass die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten um rund 40.000 geringer war als 2008-2009, während die Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten geringfügig zunahm. Danach führt die Linie wieder zurück nach rechts zum ersten dick ausgeführten Punkt, jenem für 2010-2011, also die zehn Monate, bevor der Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich frei wurde, und die ersten zwei Monate der Freizügigkeit. In diesen zwölf Monaten lag die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten um etwa 6.000 und jene der Staatsangehörigen von EU 2004 und 2007 Staaten um etwa 4.000 über dem Niveau der zwölf Monate davor (2009-2010). In den nächsten vier Jahren wandern die Punkte dann immer weiter nach links und tendenziell nach oben. Das heißt, in jeder der nächsten Zwölfmonatsperioden lag die Beschäftigung von österreichischen Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten unter jener der vorangehenden zwölf Monate und die Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten über jener der vorangehenden zwölf Monate. Bei den österreichischen Staatsangehörigen wurde die Verringerung zudem jedes Jahr größer, während die Zunahme bei den Staatsangehörigen

der EU 2004 und 2007 Staaten mal größer, mal kleiner ausfiel. Über die fünf dick ausgeführten Punkte, also von 2010-2011 bis 2014-2015 zeigt sich ein loser Zusammenhang zwischen der Veränderung der Beschäftigung der österreichischen und jener der EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen. Dem Trend nach nimmt die letztere umso mehr zu je mehr die erstere schrumpft ( $r=-0,79$ ,  $r^2=0,62$ ). Insgesamt liegen sechs der zehn Punkte in dem linken, oberen Quadranten, also dort, wo zugleich mit einer Abnahme der Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten der österreichischen Staatsangehörigen eine Zunahme der Beschäftigung von EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen in Hilfs- und Anlerntätigkeiten auftritt. Von hier stammt die Alarmstimmung. Der Verlauf zeigt aber auch völlig klar, dass die Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten der österreichischen Staatsangehörigen vor allem auf die Konjunktur reagiert, nicht oder jedenfalls nicht nennenswert auf die EU-rechtlichen Regelungen. Die aufhellende Konjunktur bis 2007-2008 bringt wachsende Zunahmen mit sich, die Rezession 2009 eine scharfe Reduktion, die schon 2007-2008 einsetzt, also noch bevor die Finanzkrise sichtbar wurde. Mit der besseren Konjunktur 2010-2011 kommt wieder eine Zunahme der Beschäftigung zustande, die mit der sich vertiefenden Krise ab 2012 in immer neue Verluste übergeht. Die jährlichen Verringerungen an Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten bei der Staatsangehörigkeit Österreich werden ab 2011-2012 aber nicht größer als sie es zuvor bereits waren. Neu sind nicht die Verringerungen bei der Staatsangehörigkeit Österreich, sondern nur die vergrößerten gleichzeitigen Zunahmen bei den EU 2004 und 2007 Staatsangehörigkeiten, die 2013-2014 mit einem Zuwachs um rund 10.000 gegenüber 2012-2013 eine Spitze erreichten. Die Frage, die sich stellt, ist also vor allem eine nach der Attraktivität der Arbeitskräfte aus den EU 2004 und 2007 Staaten, die deren leicht zunehmende Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten möglich machte, obwohl die Wachstumsraten der Wirtschaft unter 1% lagen.

Abb. 2

**Veränderung der Beschäftigung in Hilfs- bzw Anlerntätigkeiten**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

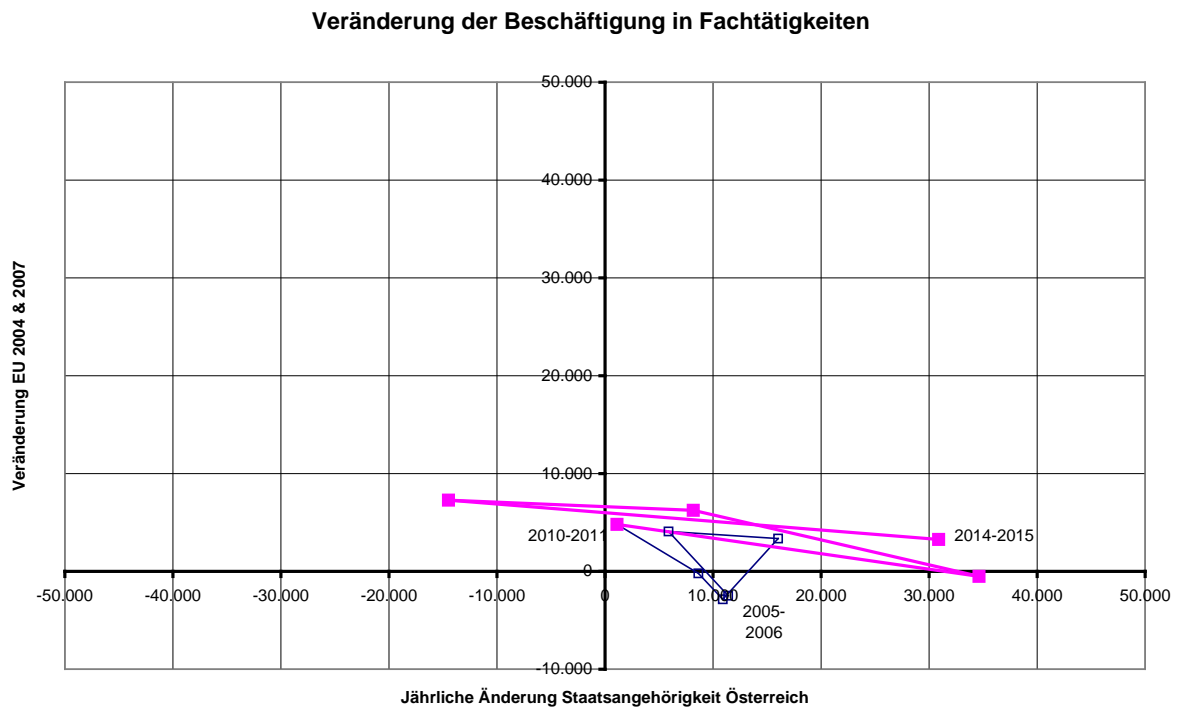
Durchaus interessant ist, dass die Korrelation zwischen der Veränderung der Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten von österreichischen Staatsangehörigen und dem Wirtschaftswachstum in den Jahren ab 2010-2011 mit  $r=0,75$  enger ist als bis dahin mit  $r=0,64$ . Das heißt, dass sich die konjunkturelle Lage ab 2010-2011 begann, sich direkter auszuwirken. Man könnte diesen Effekt der Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit anderen Staatsangehörigkeiten zuschreiben, ebenso aber der Dauer der Krise, die es für die Betriebe nach und nach weniger vertretbar machte, Beschäftigte in gering qualifizierten Tätigkeiten zu halten.

## Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Fachtätigkeiten

Abbildung 3 funktioniert ganz genau gleich wie Abbildung 2, gilt aber für Fachtätigkeiten, also qualifizierte Tätigkeiten, die aber nicht in führender oder selbständiger Position ausgeübt werden.

In den Fachtätigkeiten entsteht ab 2010 ein neues Muster des Zusammenspiels der Veränderungen der Beschäftigung von österreichischen und von EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen. Die Ausschläge werden bei den österreichischen Staatsangehörigen größer, erstmals gibt es 2013 auch einen negativen, während die Beschäftigungszu- und -abnahmen der EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen im selben Ausmaß oszillieren wie zuvor, nur auf einem etwas positiveren Niveau (Abb. 3). Dadurch ist ab 2010 ein deutlich ausgeprägter Zusammenhang zwischen den Beschäftigungsveränderungen der beiden Staatsangehörigkeiten zu beobachten ( $r=-0,88$ ), und zwar von der Art, dass die Zunahmen bei den einen umso größer sind je kleiner sie bei den anderen sind. Dem Trend nach sind die jährlichen Änderungen bei den österreichischen Staatsangehörigen fast sechs Mal so groß wie bei den EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen. Das heißt, rein quantitativ sind die einen kein Ersatz für die anderen.

Abb. 3



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

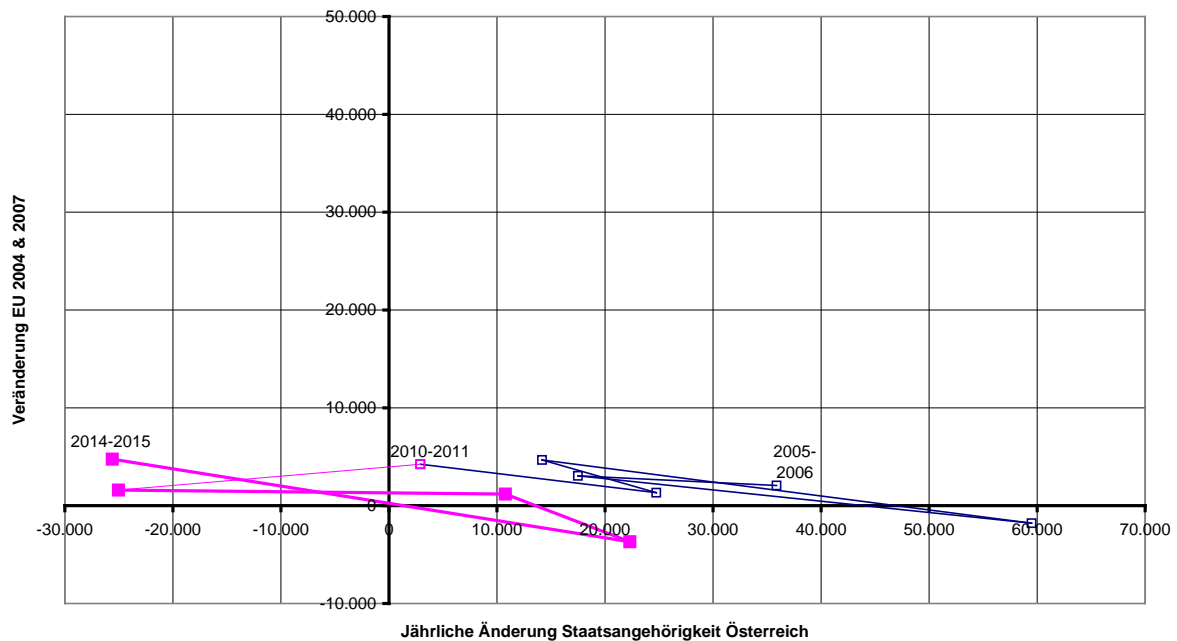


## Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in führenden und selbständigen Tätigkeiten

Kein neues Muster, nur eine Verschiebung des vorherigen, tritt bei den führenden und selbständigen Tätigkeiten ein. Sie nehmen ab 2010 bei den EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen im selben Ausmaß zu und ab wie zuvor, aber bei den österreichischen Staatsangehörigen sind die jährlichen Veränderungen nun um 30.000 oder 35.000 negativer als zuvor (Abb. 4). Es besteht somit vor und nach 2010 eine relativ enge Korrelation zwischen den Veränderungen bei den beiden Staatsangehörigkeiten (zuerst  $r=-0,93$ , dann  $r=-0,83$ ), aber auch hier gilt, dass die Veränderungen bei der Staatsangehörigkeit Österreich dem Trend nach fast sechs Mal so groß sind wie bei EU 2004 & 2007.

Abb. 4

Veränderung der Beschäftigung in führenden und selbständigen Tätigkeiten

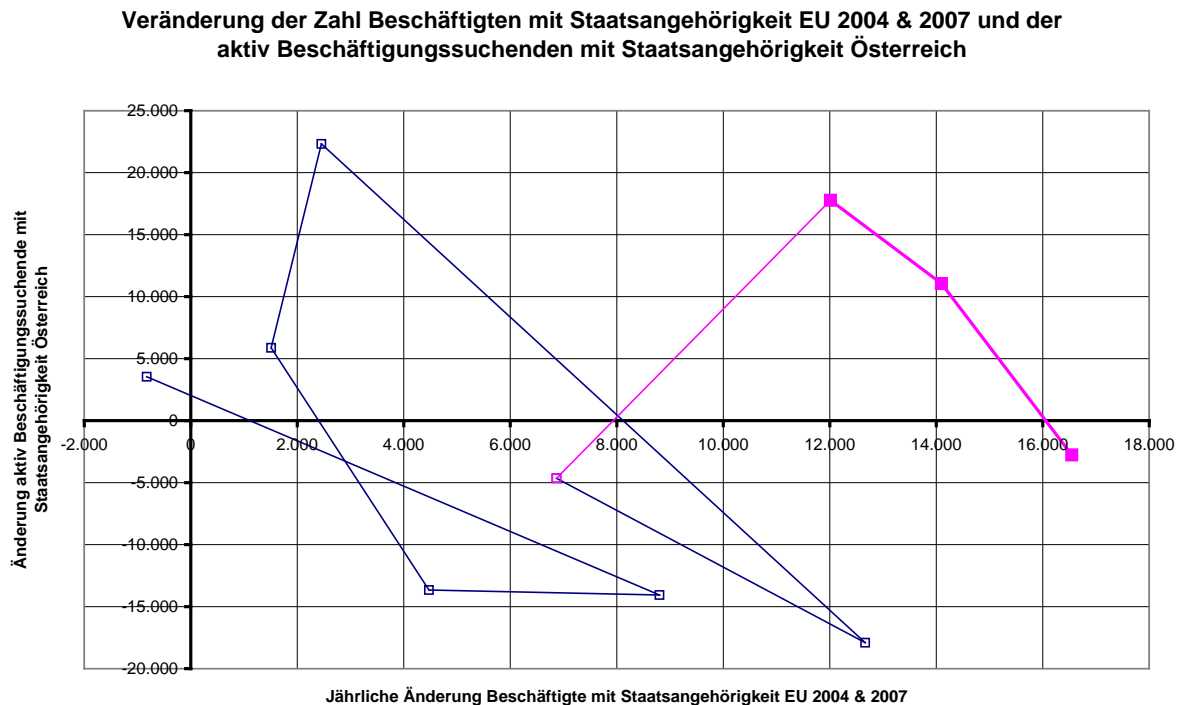


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

## Die Beschäftigung von Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 und die Beschäftigungssuche der österreichischen Staatsangehörigen

Ganz ähnlich wie zwischen den Veränderungen der führenden und selbständigen Erwerbstätigkeit der beiden Staatsangehörigkeiten verhält sich die Sache zwischen der Veränderung der Zahl der Beschäftigten mit EU 2004 & 2007 Staatsangehörigkeit und jener der aktiv Beschäftigungssuchenden mit österreichischer Staatsangehörigkeit, nur dass sich das Muster erst um ein Jahr später verschiebt. Die Zu- und Abnahmen der letzteren bleiben über den ganzen Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2015 stets gleich (siehe die vertikalen Oszillationen in Abb. 5), neu ist nur die raschere Zunahme der Beschäftigung von EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen nach 2011. Wie schon in der Krise um 2009 herum treten zwei Jahre hintereinander Zunahmen der aktiv Beschäftigungssuchenden mit österreichischer Staatsangehörigkeit auf. Der Verlauf der Änderungen bei den österreichischen Staatsangehörigen korreliert mit dem realen BIP-Wachstum ( $r=-0,77$ ): je größer das Wachstum desto geringer die Zuwächse der Beschäftigungssuchenden.

Abb. 5

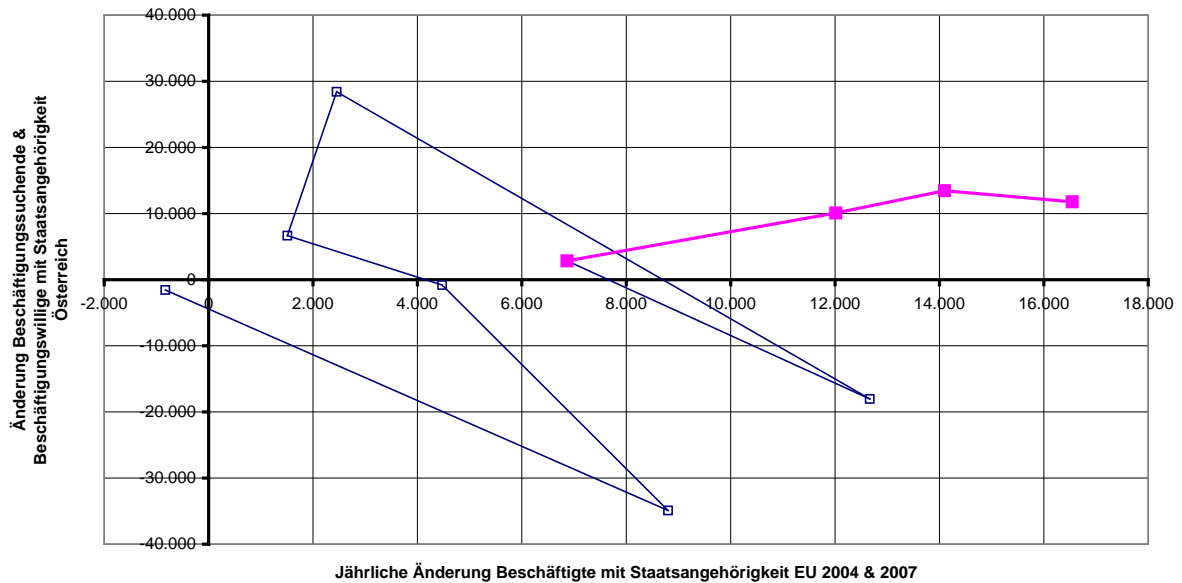


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Zieht man bei den österreichischen Staatsangehörigen nicht nur die aktiv Beschäftigungssuchenden heran, sondern addiert die passiven oder nicht sofort verfügbaren Beschäftigungswilligen dazu, dann hat sich deren Zahl seit 2010 durchgängig vergrößert, und zwar im wesentlichen 1:1 mit den Beschäftigungszunahmen der EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen (Abb. 6 dick ausgezogene Linie). Zugleich besteht aber seit 2010 eine fast perfekte, negative Korrelation mit dem Wirtschaftswachstum der Periode ( $r=-0,99$ ) (Abb. 7 dick ausgezogene Linie).

Abb. 6

**Veränderung der Zahl Beschäftigten mit Staatsangehörigkeit EU 2004 & 2007 und der Beschäftigungssuchenden bzw. Beschäftigungswilligen mit Staatsangehörigkeit Österreich**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

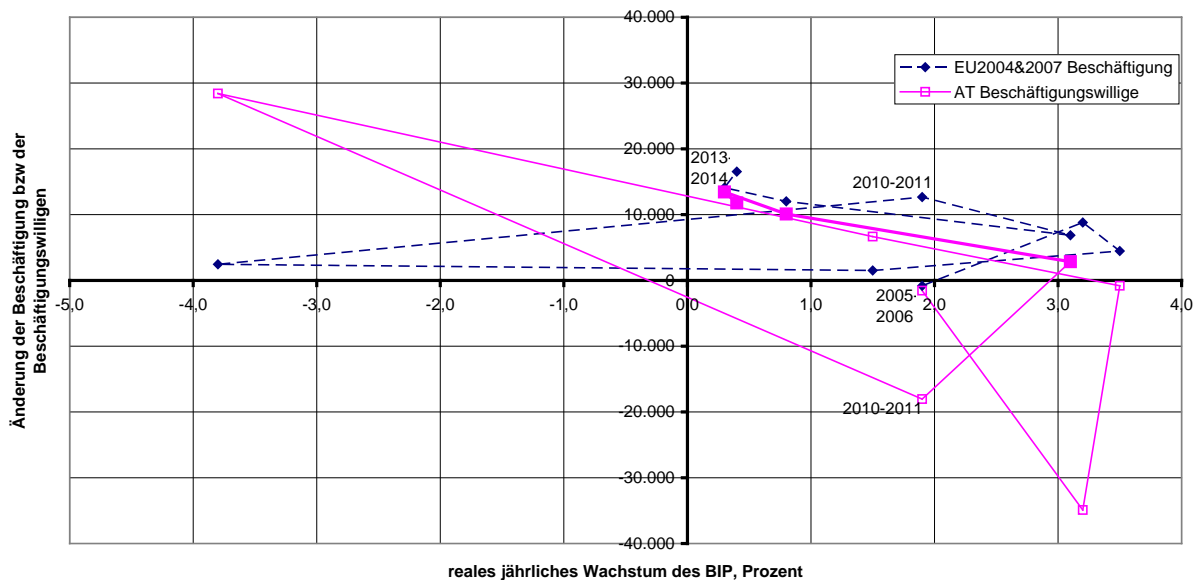
Abbildung 7 enthält zwei Linien statt nur einer. Horizontal ist das reale, jährliche BIP-Wachstum aufgetragen. Die eine Linie verbindet Punkte, die die jährliche Änderung der Beschäftigung von Staatsangehörigen der EU 2004 und 2007 Staaten anzeigen. Sie zeigt den Zusammenhang zwischen dem BIP-Wachstum und diesen Veränderungen der Beschäftigung. Die andere Linie verbindet Punkte, die die jährliche Veränderung der aktiv oder passiv Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit anzeigen, und zeigt so den Zusammenhang zwischen dem BIP-Wachstum und dieser Veränderung der Zahl der Beschäftigungswilligen. Beide Veränderungen sind vertikal aufgetragen. Es gibt somit für jedes Jahr zwei Punkte, die sich exakt vertikal übereinander befinden. BIP-Wachstum und Veränderung sind hier ein halbes Jahr gegeneinander verschoben. Das BIP-Wachstum ist jenes des Kalenderjahres im Vergleich zum vorangehenden Kalenderjahr, während die Veränderungen um ein halbes Jahr in die Zukunft verschoben sind, also z.B. BIP 2014 im Vergleich zu 2013, aber Beschäftigung Mitte 2014 bis Mitte 2015 im Vergleich zu Mitte 2013 bis Mitte 2014.

Bei der Beschäftigung wird man einen positiven Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum erwarten. Die Veränderungen sollten umso positiver sein je größer das Wachstum ist. Die durch die erste Linie verbundenen Punkte sollten also so aufgefädelt sein, dass die Linie in der Abbildung im Prinzip zwischen links unten und rechts oben verläuft. Zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Zahl der Beschäftigungswilligen wird man dagegen einen negativen Zusammenhang vermuten: je größer das Wachstum desto kleiner der Zuwachs an Beschäftigungswilligen und je kleiner das Wachstum desto größer der Zuwachs. Die Punkte

auf der zweiten Linie sollten daher zwischen links oben und rechts unten angeordnet sein. Wie nun Abbildung 7 zeigt, erfüllt sich die Erwartung im zweiten Fall, nicht aber im ersten. Legt man eine Regressionsgerade durch die zehn Punkte der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit, dann verläuft sie in der Tat von links oben nach rechts unten ( $b_1=-6098$ ,  $b_0=9598$ ,  $R^2=0,54$ ). Es gibt somit über die ganze Periode 2004 bis 2014 bzw. 2015 einen klaren, negativen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Zu- bzw. Abnahme der aktiv oder passiv Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit. Die Regressionsgerade kreuzt die x-Achse bei einem Wert von rund 1,6. Der Tendenz nach genügte in der Periode also bereits ein reales Wirtschaftswachstum von 1,6%, um die Zahl der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit nicht ansteigen zu lassen. Der entsprechende Richtwert für die konventionelle Arbeitslosenrate liegt aber traditionell höher, nämlich bei etwa 2,5%.

Abb. 7

**Wirtschaftswachstum, Veränderung der Zahl der Beschäftigten mit EU 2004 & 2007 Staatsangehörigkeit und der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Dagegen verläuft eine durch die zehn Punkte der Beschäftigungsveränderungen der EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen gelegte Regressionsgerade nicht, wie erwartet, zwischen links unten und rechts oben, sondern fast exakt horizontal ( $b_1=10$ ,  $b_0=7847$ ,  $R^2=0,00$ ). Das Beschäftigungswachstum der EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen zeigte demnach über die ganze Periode betrachtet keinen Zusammenhang mit und keine Reaktion auf das Wirtschaftswachstum. Das gilt aber nicht, wenn man die Periode in zwei Teilperioden zerlegt. Von 2004 bis einschließlich 2011 besteht in der Tat so gut wie kein Zusammenhang ( $b_1=596$ ,  $b_0=4171$ ,  $R^2=0,32$ , bei jedem Wachstum größer als -7,0% nimmt Beschäftigung zu), aber von einschließlich 2011 bis 2014 besteht ein negativer Zusammenhang ( $b_1=-2919$ ,  $b_0=15737$ ,  $R^2=0,87$ , bei jedem Wachstum kleiner als 5,4% nimmt die Beschäftigung zu). Dieser Befund ist höchst unerwartet, denn dass die Beschäftigung umso mehr zunehmen sollte je geringer das Wirtschaftswachstum ist, widerspricht jeder Erfahrung. Er ist zudem relativ sicher ( $F=13,78$  statt der bei vier Messwerten, also drei Freiheitsgraden, verlangten 10,13 für 95% Wahrscheinlichkeit, dass die Korrelation nicht Null ist). Nicht überbewerten darf man ihn, weil er nur für die Kürze von vier Jahren zutrifft. Es wird sich zeigen müssen, ob der unerwartete Effekt anhält, oder ob er Eigenheiten der Teilperiode 2011 bis 2014 geschuldet ist. Er kann

auch ein reines Anpassungsphänomen an geänderte rechtliche Umstände sein. Verstehen muss man ihn wahrscheinlich so, dass eben kein Zusammenhang mit dem Wachstum besteht, sondern dass die Betriebe völlig unabhängig vom Wachstum ein bestehendes Angebot aufgreifen. Wie ihnen das betriebswirtschaftlich möglich ist, wird unten zu untersuchen sein. Der Punkt ist aber, dass die unionsrechtlichen Änderungen zwar in der Beschäftigung der EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen sichtbar werden, nicht aber in der Änderung der Zahl der Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit.

So, wie die Dinge liegen, deutet alles darauf hin, dass die Umstellungen am Arbeitsmarkt der österreichischen Staatsangehörigen von der anhaltenden Krise des Wirtschaftswachstums ausgehen. Interessanterweise trifft dasselbe nicht auf den Arbeitsmarkt der EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen zu. Ihre Beschäftigung ist schon ab 2010 rascher und sogar gegenläufig zum Wachstum ( $r=-0,93$ ) gestiegen. Die Frage ist, wie das zu erklären sein könnte, denn diese zusätzliche Beschäftigung muss sich ja rechnen. In den nächsten Abschnitten wird gezeigt, dass die Attraktivität zum einen in der Verfügbarkeit von qualifiziertem oder zumindest gebildetem Personal für weniger anspruchsvolle Tätigkeiten und zum anderen im konkurrenzlos günstigen Preis der Qualifikationen besteht.

## Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter

In der Periode beginnend mit Mitte 2007 bis Mitte 2008 nahm die nicht mehr schulpflichtige Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter um etwa 125.000 Personen zu.

Jener Teil, der seinen höchsten Bildungsabschluss in Österreich gemacht hatte (oder noch dabei war, zu machen), blieb über den ganzen Zeitraum fast unverändert. Die Abweichungen vom Ausgangswert 2007-2008 betragen weniger als 1%.

Der Teil mit Abschlüssen aus den EU15/EFTA Staaten nahm von rund 93.000 auf rund 138.000 zu, also um etwa 45.000 Personen.

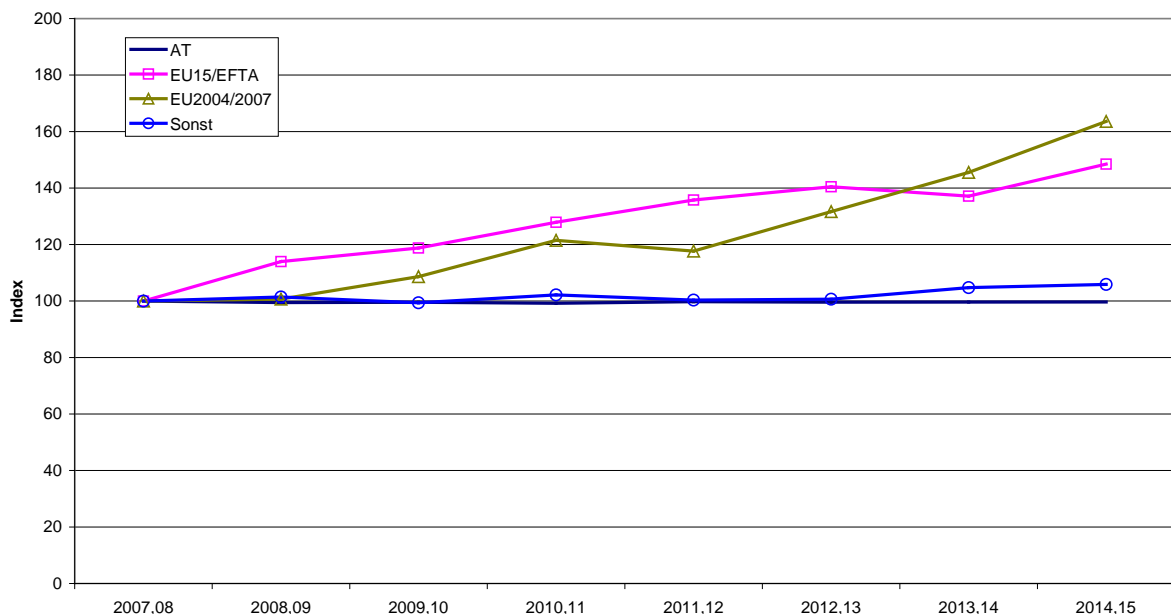
Der Teil mit Abschlüssen aus den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 umfasste anfangs etwa 109.000 Personen und mittlerweile etwa 178.000, also um rund 69.000 mehr, was fast die Hälfte des Gesamtzuwachses von 125.000 ist.

Der Teil mit Abschlüssen aus Drittstaaten (einschließlich Kroatien) bewegte sich von rund 441.000 auf etwa 467.000 Personen und nahm somit um etwa 26.000 zu.

Zieht man Indexwerte heran, um das Wachstum der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter in vergleichbarer Weise zu zeigen (Abb. 8), dann ist unverkennbar, dass vor allem die Bevölkerung mit Bildung aus EU-Mitgliedsstaaten zugenommen hat, und zwar in fast gleicher Weise aus den EU15/EFTA und den neueren Mitgliedsstaaten. Bis 2012 lag jene aus den EU15/EFTA in der Zunahme etwas voran, seit 2013 jene aus den neueren Mitgliedsstaaten. Die Bevölkerung mit Bildung aus Drittstaaten begann erst 2013 zu wachsen und speiste sich aus dem nach einer mehrjährigen Pause wieder beginnenden verstärkten Flüchtlingszu-  
strom.

Abb. 8

**Wachstum der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter  
nach Bildungsstaat, Mitte 2007 bis Mitte 2008 = 100**

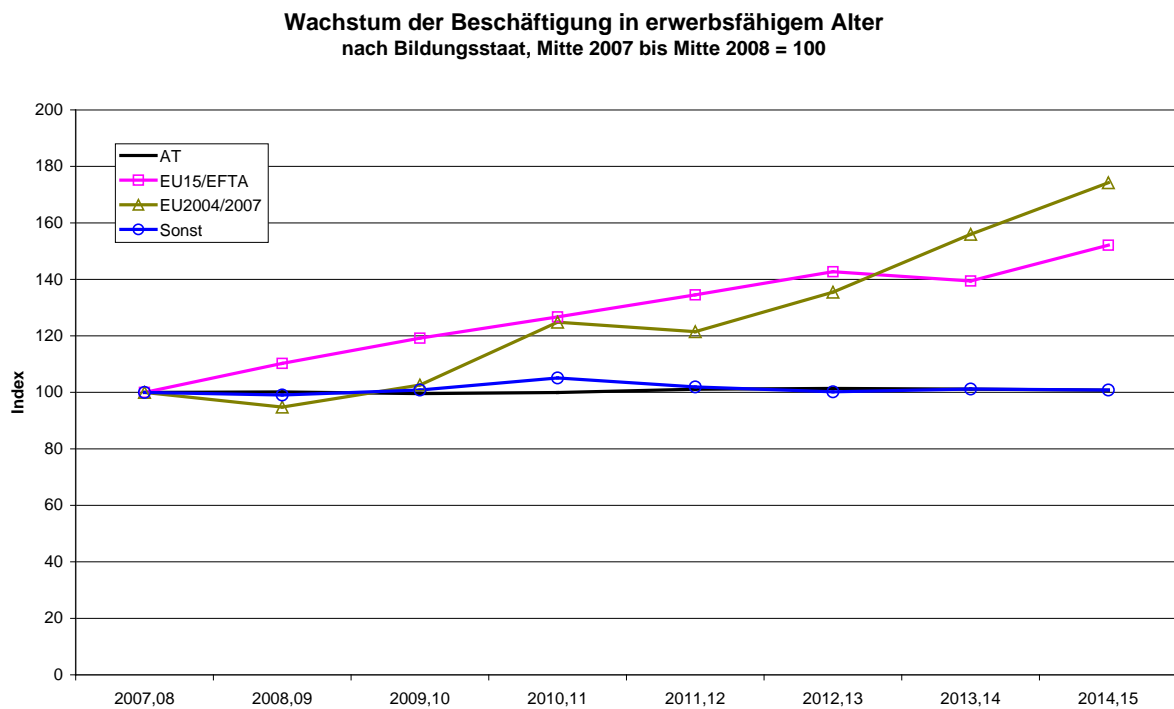


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

## Beschäftigung

Im Wesentlichen parallel zur Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter stieg auch die Beschäftigung an (Abb. 9). Die beiden Verläufe sind offenbar nicht entkoppelt, sondern entweder treibt das Bevölkerungswachstum das Beschäftigungswachstum oder das Beschäftigungswachstum begrenzt dasjenige der Bevölkerung. Die Ausnahme ist das fehlende Beschäftigungswachstum bei der Bevölkerung aus Drittstaaten ab 2013, was aber unproblematisch wäre, wenn, z.B., der Bevölkerungszuwachs rein durch Personen in Ausbildung zustande gekommen wäre. Dem ist jedoch nicht so, wie gleich zu sehen sein wird.

Abb. 9



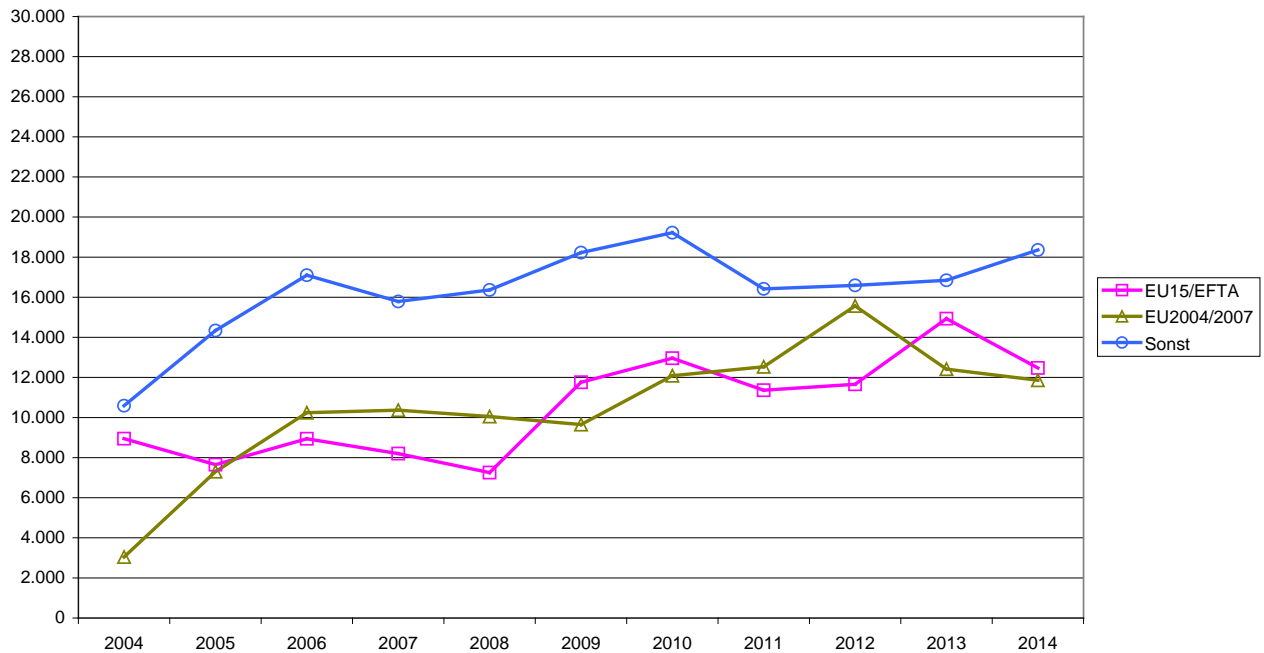
Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

## Selbständige Erwerbstätigkeit

In Erinnerung ist sicherlich noch die Debatte unter dem Stichwort „Scheinselbständigkeit“, die ab 2004 öffentlich geführt wurde. Es zeigt sich nun interessanterweise, dass sich die Zahl der Selbständigen aus den EU15/EFTA Staaten und aus den EU Staaten von 2004 und 2007 mit Wohnsitz im Inland von 2004 bis 2014 einigermaßen parallel entwickelt hat ( $r=0,55$ ) und dass die Parallelität insbesondere mit dem Verlauf der Zahl der Selbständigen aus Drittstaaten deutlich war ( $r=0,76$ ) (Abb. 10).

Abb. 10

**In der Haupttätigkeit selbständig Erwerbstätige (mit und ohne Beschäftigte)  
nach Bildungsstaat**



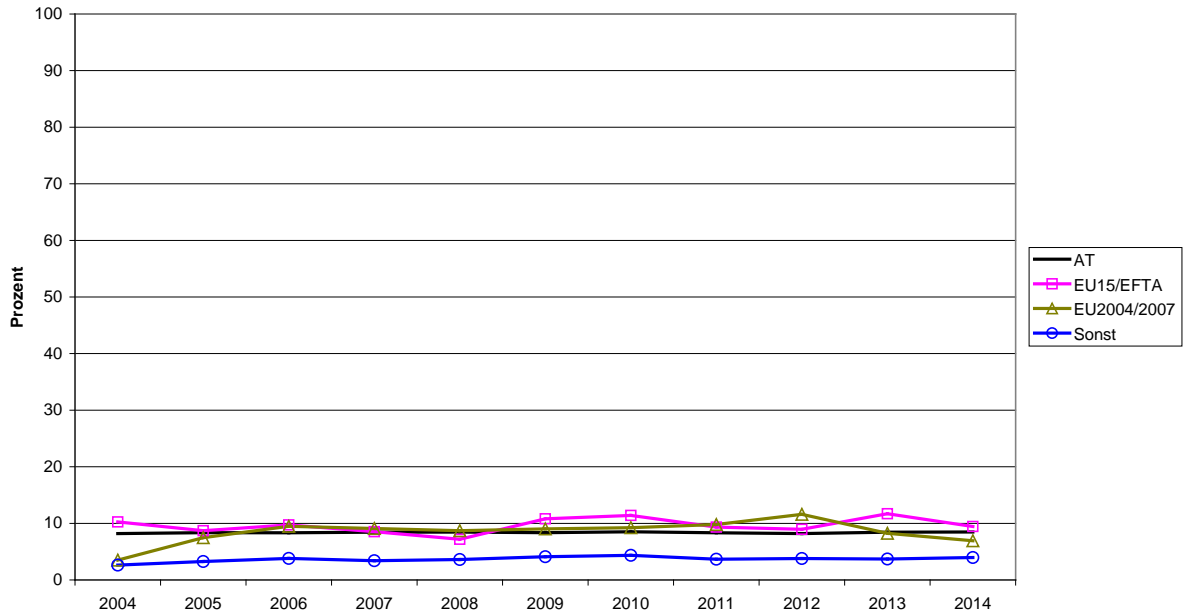
Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.



Als Anteil an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter bewegte sich die Zahl der Selbständigen mit Bildung aus den neueren EU-Mitgliedsstaaten im üblichen Rahmen und war insbesondere vergleichbar mit dem Anteil an der Bevölkerung aus den EU15/EFTA-Staaten (Abb. 11). Freilich sind hier allfällige Einpendler nicht enthalten. Nur an der Bevölkerung aus Drittstaaten war der Anteil mit durchgängig unter 5% abseits des Üblichen.

Abb. 11

**Anteil in der Haupttätigkeit selbständig Erwerbstätige  
nach Bildungsstaat**

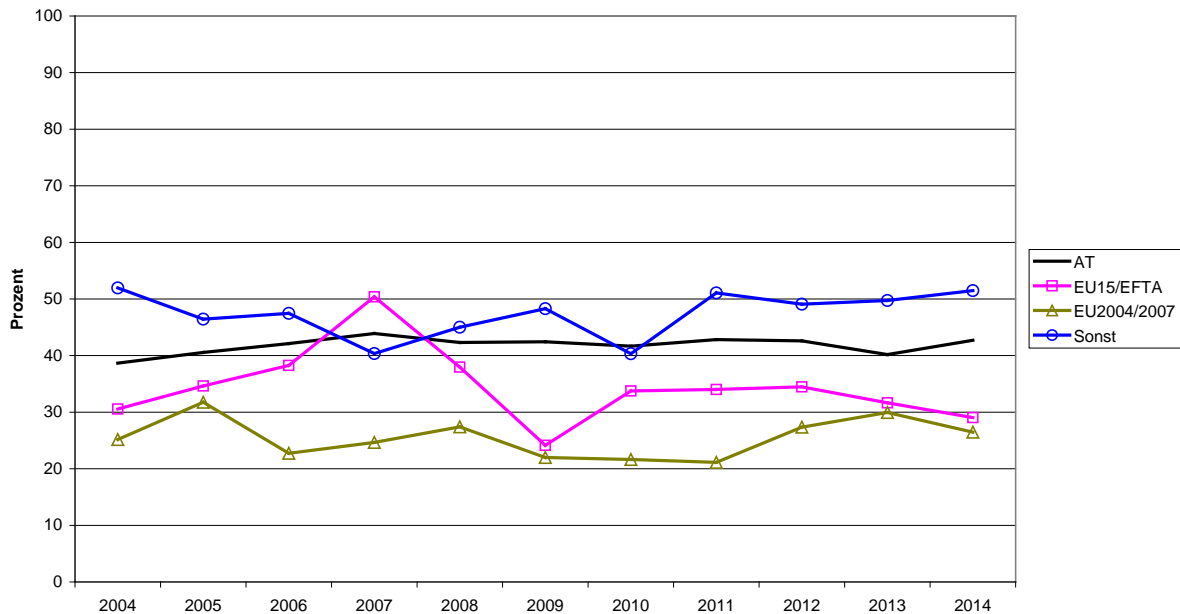


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Ungewöhnlich niedrig war dagegen der Anteil der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den im Hauptberuf selbständig Erwerbstätigen. Er belief sich bei Bildung aus den neueren EU-Mitgliedsstaaten über die Jahre auf nur etwa 25% im Vergleich zu rund 42% bei Bildung aus Österreich, über Zeit im Bereich zwischen 25% und 50% schwankenden Anteilen bei Bildung aus den EU15/EFTA-Staaten und 40% bis über 50% bei Bildung aus Drittstaaten (Abb. 12).

Abb. 12

#### Anteil Arbeitgeber\*innen an den in der Haupttätigkeit selbständig Erwerbstätigen nach Bildungsstaat



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Ungewöhnlich war somit weder die Zahl noch der Anteil der im Hauptberuf selbständig Erwerbstätigen, sondern nur die Zusammensetzung in dem Sinn, dass nur ein Viertel der Selbständigen Beschäftigte hatte. Das kann unter anderem auch damit zusammenhängen, dass sowohl Selbständigkeit als auch Auswanderung relativ neue Möglichkeiten waren in den lange Jahre kommunistisch regierten Staaten, sodass es noch nicht so vielen Selbständigen gelungen war, in Österreich einen Betrieb mit Beschäftigten aufzubauen.

#### Die Bildung der zuziehenden Arbeitskräfte

Die neuen Beschäftigten aus den östlichen EU Staaten, so eine Vermutung, sind gebildeter und häufiger im so genannten „besten Erwerbssalter“ als die Kundinnen und Kunden des AMS.

- Anhand der AKE lässt sich zeigen, über welche Ausbildungen und Altersverteilungen die Beschäftigten aus den östlichen EU Staaten verfügen. Der Aufenthaltsbeginn in Österreich und die Beschäftigungsdauer auf der aktuellen Stelle sind ebenfalls vorhanden, sodass auch tatsächlich auf neue Beschäftigte abgestellt werden kann.
- Bei Beschäftigten, die ihre aktuelle Stelle in den 12 Monaten vor der Befragung angetreten haben, ist aus dem Mikrozensus auch bekannt, ob sie als vom AMS vermittelt angegeben wurde. Man muss sich hier der Einschränkungen bewusst sein: Es sind nur jene, die die Stelle noch haben, und sie mögen vor Antritt der Stelle zwar beim AMS vorgemerkt gewesen sein, aber diese konkrete Stelle wurde ihnen vielleicht nicht vom AMS vermittelt, oder sie haben seit dem Abgang aus der AMS Vormerkung nochmals Stelle gewechselt, eventuell auch innerbetrieblich. Dennoch sollte die Gelegenheit genutzt wer-

den, um zu erfahren, welche Unterschiede es zwischen Befragten, die seit weniger als 12 Monaten auf der jetzigen Stelle sind, gibt, je nachdem ob sie die Stelle über das AMS gefunden haben oder nicht und je nachdem ob sie aus Österreich sind oder aus den östlichen EU Staaten.

Zu zeigen ist auch, ob die Beschäftigungschancen von Angehörigen östlicher EU Staaten, die bereits länger in Österreich leben, sich ebenfalls verbessert haben, oder ob das ausschließlich für neu zuziehende gilt.

Im direkten Vergleich zwischen den Trendzuwächsen 2010 bis 2014 an AMS-Vorgemerkten und an seit 2011 aus den neuen Mitgliedsstaaten zugezogener Bevölkerung im Erwerbsalter wird sichtbar, dass von den 18.000 des jährlichen Zuwachses beim AMS 6.000 auf Beschäftigungssuchende der Jahrgänge 1985 bis 1999 mit mittlerer Bildung entfielen (Tab. 1). Sie kamen 2010 bis 2014 noch nach und nach ins Erwerbsalter. Die zweite wichtige Gruppe waren Absolventinnen und Absolventen höherer Bildung aus denselben Jahrgängen (3.800 pro Jahr). Darauf folgten Pflichtschulabsolventinnen und Pflichtschulabsolventen der Jahrgänge 1955 bis 1969 mit an die 2.900 pro Jahr, mittlere Ausbildungen derselben Jahrgänge mit 2.400 pro Jahr und höher Gebildete der Jahrgänge 1970 bis 1984 mit 2.200 pro Jahr.

Der Aufbau an Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus den neuen Mitgliedsstaaten erfolgte ab 2011 vorwiegend im Bereich der höheren Bildung. Dort betrug der Zuwachs 6.000 pro Jahr, mit mittlerer Bildung 3.000 und mit geringer 2.000. Der Zuwachs an höherer Bildung wiederum wurde zur Hälfte von den Jahrgängen 1970 bis 1984 bestritten und die andere Hälfte weitgehend von den Jahrgängen ab 1985. Der Angebotsaufbau im Bereich der höheren Bildung verlief somit sehr ähnlich jenem beim AMS, in den anderen beiden Bildungsschichten aber wesentlich schwächer.

Das kann man genau so auch über den Zuzug aus den EU15/EFTA Staaten sagen.

Der Zuzug aus Drittstaaten trug rund 7.700 Personen jährlich zum Angebotsaufbau im Bereich der höheren Bildung bei, nur 3.000 im Bereich der mittleren und rund 3.400 im Bereich der geringen Bildung. Durchwegs waren es die Jahrgänge ab 1970.

Tab. 1: Jährliches Wachstum der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, Trend 2010 bis 2014, AMS-Vorgemerkte, seit 2011 Zugezogene aus neuen, alten und nicht-EU Mitgliedsstaaten, und alle übrigen (d.h. vor 2011 zugezogen oder nicht beim AMS vorgemerkt), nach Geburtsjahrgang und Ausbildungsebene

	Trendwachstum pro Jahr				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	Ab Matura	Summe
<b>AMS</b>								
1985-1999	1.862	6.014	3.805	11.681	563	951	766	
1970-1984	1.459	238	2.203	3.900	520	206	662	
1955-1969	2.855	2.448	494	5.797	664	620	304	
1940-1954	-1.045	-1.788	-583	-3.416	367	465	304	
<b>Gesamt</b>	<b>5.131</b>	<b>6.911</b>	<b>5.919</b>	<b>17.961</b>	<b>935</b>	<b>1.067</b>	<b>1.054</b>	
<b>EU 2004 &amp; 2007 zugezogen ab 2011</b>								
1985-1999	1.071	806	2.216	4.092	306	276	466	
1970-1984	714	1.724	3.045	5.482	234	381	539	
1955-1969	290	504	696	1.490	108	193	246	
1940-1954		-8	85	77		30	66	
<b>Gesamt</b>	<b>2.074</b>	<b>3.025</b>	<b>6.042</b>	<b>11.141</b>	<b>397</b>	<b>509</b>	<b>754</b>	
<b>EU15/EFTA zugezogen ab 2011</b>								
1985-1999	380	761	3.088	4.230	150	222	471	
1970-1984	148	896	2.773	3.817	66	223	426	
1955-1969	71	528	658	1.257	72	126	178	
1940-1954	8	162	132	302	22	86	60	
<b>Gesamt</b>	<b>608</b>	<b>2.347</b>	<b>6.650</b>	<b>9.605</b>	<b>182</b>	<b>348</b>	<b>655</b>	
<b>Drittstaaten zugezogen ab 2011</b>								
1985-1999	1.808	1.315	4.191	7.314	424	280	631	
1970-1984	1.215	1.290	2.779	5.285	273	305	535	
1955-1969	401	447	740	1.587	144	174	227	
1940-1954	0	14	-22	-8	0	0	73	
<b>Gesamt</b>	<b>3.424</b>	<b>3.065</b>	<b>7.689</b>	<b>14.178</b>	<b>523</b>	<b>451</b>	<b>864</b>	
<b>Übrige, d.h. nicht beim AMS vorgemerkt oder nicht seit 2011 zugezogen</b>								
1985-1999	-5.628	36.172	49.829	80.372	897	2.254	2.767	
1970-1984	-2.964	-2.182	889	-4.257	687	572	388	
1955-1969	1.011	-9.493	-2.855	-11.336	380	1.127	647	
1940-1954	-24.736	-51.898	-18.128	-94.762	1.600	2.351	1.437	
<b>Gesamt</b>	<b>-32.317</b>	<b>-27.401</b>	<b>29.734</b>	<b>-29.983</b>	<b>2.138</b>	<b>1.964</b>	<b>2.171</b>	
<b>AKE.</b>								

Weitaus am meisten zum Angebotsaufbau im Bereich der höheren Bildung trug die nicht beim AMS vorgemerkte, nicht seit 2011 zugezogene Bevölkerung bei. Die Anzahl mit höherer Bildung stieg 2010 bis 2014 dem Trend nach um 29.700 pro Jahr. Zugleich verringerte sich die Bevölkerung mit mittlerer Bildung um 27.400 pro Jahr und jene mit geringer Bildung um 32.300 pro Jahr. Die Verringerungen ereigneten sich vorwiegend durch Übertritte in die Pension. Sie wurden bei der mittleren Bildung teilweise durch neu in den Arbeitsmarkt Eintretende der Jahrgänge ab 1985 kompensiert.

Der Zuwachs bei Sonst 1955-1969 bis Pflicht ist eine statistische Schwankung, die durch die Hochrechnung noch verstärkt wird.

### Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten

Seit dem Berichtsjahr 2010-2011 (Jahresmitte bis Jahresmitte) ist die Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten um rund 44.900 gesunken ist (Tab. 2). Der Rückgang betraf vor allem

die Bevölkerung mit geringer Bildung, deren Beschäftigung sich um rund 54.200 verringerte. Die Beschäftigung der mittel gebildeten Bevölkerung in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten reduzierte sich um rund 10.600, jene der Bevölkerung mit mindestens Matura nahm aber um rund 19.900 zu.

Der Zuwachs an Beschäftigten mit mindestens Matura in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten speiste sich zur Hälfte aus seit 2011 neu aus den jüngeren EU-Mitgliedsstaaten zugezogener Bevölkerung. Sie steuerte 10.300 der 19.900 bei. Von seit 2011 zugezogenen Personen mit Abschlüssen aus Drittstaaten wurden 7.000 beigesteuert, rund 6.800 von in Österreich Geborenen und rund 1.300 von Personen, die seit 2011 aus EU15/EFTA Staaten zugezogen sind. Abgänge gab es vor allem bei Beschäftigten, die schon vor 2005 aus Drittstaaten zugezogen waren (-7.100).

Die Zahl der mittel Ausgebildeten in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten ging zwar um 10.600 zurück, aber indem sich die Beschäftigung von in Österreich Geborenen um 19.800 und jene von vor 2005 aus Drittstaaten Zugezogenen um 9.700 verringerte, während jene der seit 2011 nach Ende ihrer Bildungskarriere aus dem Ausland Zugezogenen um 15.800 erhöhte. Auch die Beschäftigung von vor 1997 Zugezogenen mit in Österreich gemachten mittleren Abschlüssen erhöhte sich um 3.100.

Bei den gering Gebildeten gab es Reduktionen um 30.900 bei den in Österreich Geborenen und um 22.700 bei den vor 2005 aus Drittstaaten Zugezogenen sowie um 4.200 bei den vor 1997 Zugezogenen mit in Österreich absolvierter Schule begleitet von einer Steigerung um 11.500 bei seit 2011 aus dem Ausland Zugezogenen.

Tab. 2: Veränderung der Beschäftigtenzahl in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten zwischen den Berichtsjahren 2010-2011 und 2014-2015 nach höchstem Bildungsabschluss, Zuzugsperiode und Bildungsstaat; ohne Lehrlinge und andere in Ausbildung Stehende

Zuzug	Bildungsstaat	bis Pflicht	Lehre/BmS	ab Matura	Summe
Geburt AT	AT	-30.915	-19.811	6.793	-43.934
bis 1996	AT	-4.224	3.091	-1.153	-2.285
	EU15/EFTA	-1.415	-1.013	431	-1.997
	EU2004/2007	-2.263	-1.893	131	-4.025
	Sonst	-16.904	-8.673	-4.534	-30.111
1997-2004	AT	-1.122	363	865	107
	EU15/EFTA	-480	-1.287	259	-1.508
	EU2004/2007	-148	822	-914	-240
	Sonst	-5.780	-1.177	-2.553	-9.509
2005-2010	AT	-131	724	991	1.584
	EU15/EFTA	-910	387	-547	-1.070
	EU2004/2007	680	1.277	1.085	3.041
	Sonst	-2.383	708	248	-1.427
seit 2011	AT	201	87	207	494
	EU15/EFTA	739	1.518	1.346	3.602
	EU2004/2007	5.775	6.350	10.293	22.418
	Sonst	5.070	7.918	6.955	19.943
Summe		-54.209	-10.610	19.903	-44.916
AKE.					

## Beschäftigung in Fachtätigkeiten

Ein gewissermaßen analoges Bild zeigt sich bei den Fachtätigkeiten (Tab. 3). Die Beschäftigung nahm um etwa 113.000 zu. Zustande kam sie durch eine Zunahme der Beschäftigten mit geringer Bildung um rund 1.800, eine Reduktion jener mit mittlerer Bildung um etwa 8.100 und eine Zunahme jener mit höherer Bildung um etwa 119.300, davon 85.400 mit Geburt in Österreich, 21.000 seit 2011 zugezogen und 10.000 zwischen 2005-2010 zugezogen. Die Reduktion der in Fachtätigkeiten Beschäftigten mit mittlerer Bildung um 8.100 erfolgte durch einen Rückgang bei jenen mit Geburt in Österreich um 26.600 und eine Zunahme der seit 2011 Zugezogenen um 11.000 sowie der 2005 bis 2010 Zugezogenen um 6.000.

Tab. 3: Veränderung der Beschäftigtenzahl in Fachtätigkeiten zwischen den Berichtsjahren 2010-2011 und 2014-2015 nach höchstem Bildungsabschluss, Zuzugsperiode und Bildungsstaat; ohne Lehrlinge und andere in Ausbildung Stehende

Zuzug	Bildungsstaat	bis Pflicht	Lehre/BmS	ab Matura	Summe
Geburt AT	AT	339	-26.609	85.397	59.127
bis 1996	AT	-191	2.132	3.229	5.170
	EU15/EFTA	-201	-1.609	1.081	-729
	EU2004/2007	-195	-412	493	-113
	Sonst	730	-452	-4.477	-4.199
1997-2004	AT	304	5.628	3.175	9.107
	EU15/EFTA	174	-2.420	671	-1.575
	EU2004/2007	-221	-1.709	-164	-2.094
	Sonst	376	588	-1.128	-164
2005-2010	AT	410	521	4.233	5.163
	EU15/EFTA	-209	1.398	2.376	3.566
	EU2004/2007	114	644	4.432	5.190
	Sonst	-1.024	3.235	-1.035	1.176
seit 2011	AT		23	1.723	1.746
	EU15/EFTA	256	4.077	6.533	10.866
	EU2004/2007	344	4.199	7.317	11.860
	Sonst	789	2.703	5.401	8.892
Summe		1.796	-8.064	119.256	112.987
AKE.					

## Was folgte auf den Abgang aus Beschäftigung?

Die Zahl der in Österreich geborenen selbständig oder unselbständig Beschäftigten in erwerbsfähigem Alter hat sich zwischen den 12 Monaten 2010-2011 und den 12 Monaten 2014-2015 praktisch nicht verändert. Sehr wohl verändert hat sich die Bildungszusammensetzung der Beschäftigten. Einem Rückgang um dem Trend nach 10.400 pro 12-Monatsperiode bei jenen mit höchstens Pflichtschule und um 14.600 bei jenen mit Lehre oder Berufsbildender Mittlerer Schule stand ein Zuwachs um 24.700 bei jenen mit mindestens Matura gegenüber (Tab. 4 erste Zeile).

Die Rückgänge sind insofern wenig überraschend als auch die betreffende Bevölkerung sich verringerte. Die Zahl der in Österreich geborenen Erwerbsaltrigen mit höchstens Pflichtschule ist im Zeitraum dem Trend nach um 23.800 pro Jahr geschrumpft und jener mit Lehre oder BMS um 19.300, während die Zahl jener mit mindestens Matura um 37.900 pro Jahr gestiegen ist (Tab. 4 letzte Zeile).

Dennoch hat in allen drei Bildungsklassen die Zahl der Beschäftigungswilligen zugenommen, und zwar besonders jener, die zuvor beschäftigt gewesen waren. Die letzteren mit höchstens Pflichtschule nahmen um rund 1.400 pro Jahr zu, mit Lehre oder BMS um rund 3.400, mit mindestens Matura um nahezu 4.400 (Tab. 4 Zeile 5).

Dem Trend nach abgenommen hat die Zahl derjenigen Erwerbsaltrigen, die sich als Pensionisten verstehen, und ebenso die Zahl jener, die zuvor beschäftigt waren, aber nun beruflich inaktiv sind. Beides zusammen verringerte sich unter jenen mit höchstens Pflichtschule um rund 4.100, unter jenen mit Lehre oder BMS um 8.800 und unter jenen mit mindestens Matura um 1.200 pro Jahr (Tab. 4 Summe der Zeilen 8 bis 13). Bei geringer und mittlerer Bildung sind diese Rückgänge bedeutend größer als die Zuwächse an Beschäftigungswilligen, nicht jedoch bei höherer Bildung. Während die Zuwächse an zuvor beschäftigten Beschäftigungswilligen mit geringer und mittlerer Bildung somit mehr als komplett damit erklärt werden können, dass der Wechsel aus Erwerbstätigkeit in berufliche Inaktivität oder Pension aufhörte, eine Option zu sein, ist das bei der höheren Bildung nicht der Fall. Es wird daher unten noch zu fragen sein, welche Abschlüsse hier nicht absorbiert werden. Es ist ja im höheren Bereich eher leichter, Abschlüsse zu machen, für die es keinen betrieblichen Markt gibt, als in der mittleren Ausbildungsschicht.

Tab. 4: Jährliches Wachstum der in Österreich geborenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in Österreich beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre ab Matura BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre ab Matura BmS	ab Matura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	-10.430	-14.564	24.734	-261	1.189	1.429	1.933	195
Ausb-ET	-366	-222	1.080	493	226	176	437	280
Ausb-Lehre	140	-302	-69	-231	142	182	99	174
Ausb-Inakt	-9.143	1.109	7.931	-103	1.113	393	1.158	124
BS/BW-ET	1.436	3.392	4.354	9.182	478	725	860	1.206
BS/BW-Lehre	-46	-246	15	-277	85	193	47	208
BS/BW-Inakt	-164	395	609	841	159	236	325	370
Inakt-ET	-2.317	-4.315	-1.013	-7.645	566	759	398	1.031
Inakt-Lehre	14	79	-11	82	45	111	37	112
Inaktiv	-939	-406	463	-881	370	218	279	371
Pens-ET	-1.801	-4.492	-174	-6.467	488	777	157	933
Pens-Lehre	-15	7	-11	-19	48	28	0	46
Pens-Inakt	-168	264	-30	66	151	180	54	98
Gesamt	-23.798	-19.301	37.878	-5.221	1.816	1.650	2.418	876
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Bei der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die seit 2011 aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten zugezogen ist, sind ab 2010-2011 nur Zunahmen zu beobachten, was auch anders nicht möglich ist, weil sie ja bei Null beginnen. Die Zunahme der Bevölkerung betrug dem Trend nach rund 14.300 pro Jahr, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 7.600, mindestens Matura mitbrachten, 4.100 eine mittlere Ausbildung und 2.600 höchstens Pflichtschule (Tab. 5 letzte Zeile).

Die Beschäftigung steigerte sich um 10.100 pro Jahr. Auch davon entfiel mehr als die Hälfte, nämlich 5.600, auf die höhere Bildung, 3.000 auf die mittlere und 1.600 auf die geringe.

Gleichzeitig entstand auch eine zuvor beschäftigte beschäftigungswillige Bevölkerung. Sie nahm um etwa 2.100 pro Jahr zu, davon etwa 1.100 mit höherer Bildung.

Ebenso entstand in kleinem Umfang eine zuvor beschäftigte beruflich inaktive Bevölkerung. Sie wuchs um etwa 800 pro Jahr an.

Tab. 5: Jährliches Wachstum der seit 2011 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	1.581	2.953	5.598	10.132	358	510	757	984
Ausb-ET			68	68			111	111
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt	131	0	269	400	125	0	206	237
BS/BW-ET	379	621	1.066	2.066	178	281	355	490
BS/BW-Lehre								
BS/BW-Inakt	189	76	69	334	109	107	93	192
Inakt-ET	111	400	336	847	129	200	189	311
Inakt-Lehre								
Inaktiv	175	28	216	216	138	62	169	227
Pens-ET	23	12	12	12	0	20	21	39
Pens-Lehre								
Pens-Inakt								
<b>Gesamt</b>	<b>2.590</b>	<b>4.090</b>	<b>7.634</b>	<b>14.314</b>	<b>488</b>	<b>631</b>	<b>905</b>	<b>1.208</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								



Rascher als die Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten wuchs ab 2011 jene aus Drittstaaten. Sie nahm dem Trend nach um 19.900 pro Jahr zu, darunter 10.600 mit höherer, 4.500 mit mittlerer und 4.800 mit geringer Bildung (Tab. 6).

Ihre Beschäftigung wuchs aber langsamer als jene der Bevölkerung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, nämlich um nur 8.800 pro Jahr, davon 4.500 mit höherer Bildung, 2.600 mit mittlerer und 1.700 mit geringer.

Die Zunahme der Beschäftigungswilligkeit nach vorangehender Beschäftigung war größer als bei den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Sie betrug 3.400 pro Jahr. Offenbar gingen mehr Beschäftigungsverhältnisse zu Bruch oder es ist schwieriger, wieder eines zu finden, als für die Bevölkerung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Auf letzteres deutet hin, dass auch die Zahl der Beschäftigungswilligen, die zuvor beruflich inaktiv waren, um 1.500 pro Jahr zugenommen hat. Das kann aber auch damit zusammenhängen, dass diese Bevölkerung, anders als jene aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, Perioden der beruflichen Inaktivität im Inland verbringen muss. So ist denn auch die Zahl der berufliche Inaktiven, die zuletzt beschäftigt waren (aber möglicherweise nicht im Inland), um mehr als 1.900 pro Jahr gestiegen und die Zahl der durchgängig beruflich Inaktiven um fast 1.900 pro Jahr.

Tab. 6: Jährliches Wachstum der seit 2011 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in Drittstaaten beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matu- ra	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Ma- tura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	1.726	2.556	4.511	8.793	347	422	666	859
Ausb-ET	52	31	218	302	48	54	138	157
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt	351	87	1.453	1.891	207	121	480	532
BS/BW-ET	782	967	1.661	3.410	292	282	450	604
BS/BW-Lehre		9		9		36		36
BS/BW-Inakt	626	72	809	1.508	298	110	320	456
Inakt-ET	227	568	1.150	1.945	158	189	322	412
Inakt-Lehre								
Inaktiv	1.013	0	847	1.860	309	0	260	419
Pens-ET	50	169	-33	185	77	112	81	105
Pens-Lehre								
Pens-Inakt	4	40		45	0	0		0
<b>Gesamt</b>	<b>4.833</b>	<b>4.499</b>	<b>10.617</b>	<b>19.948</b>	<b>687</b>	<b>590</b>	<b>1.082</b>	<b>1.406</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Die ab 2011 zugezogene Bevölkerung mit Abschlüssen aus den EU15/EFTA Staaten wuchs um 11.000 pro Jahr, darunter 7.600 mit höherer und 2.600 mit mittlerer Bildung (Tab. 7).

Ihre Beschäftigung nahm um 6.800 pro Jahr zu, darunter 4.400 mit höherer und 1.900 mit mittlerer Bildung.

Die Zahl der Beschäftigungswilligen mit vorangehender Beschäftigung nahm um 700 pro Jahr zu und verteilte sich gleichmäßig über mittlere und höhere Bildung.

Die Zahl der Studierenden nahm um mehr als 1.700 pro Jahr zu, die Zahl aller in Ausbildung Befindlichen, die zuvor nicht erwerbstätig gewesen waren um 2.000 pro Jahr.

Die beruflich Inaktiven in erwerbsfähigem Alter mit vorangehender Beschäftigung stieg um etwa 800 pro Jahr, vorwiegend mit mindestens Matura.

Die früher schon aus den EU15/EFTA Staaten zugezogene Bevölkerung verringerte sich zusammen mit ihrer Beschäftigung. Ein Aufbau an Beschäftigungswilligkeit nach vorheriger Beschäftigung war damit nicht verbunden.

Tab. 7: Jährliches Wachstum der seit 2011 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU15/EFTA-Staaten beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	450	1.890	4.433	6.773	157	350	564	680
Ausb-ET	-6	-5	328	317	25	0	169	171
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt	177	84	1.730	1.992	103	88	416	434
BS/BW-ET	60	312	332	703	69	156	179	247
BS/BW-Lehre								
BS/BW-Inakt	120	22	25	166	67	50	77	154
Inakt-ET	24	186	551	761	44	109	193	226
Inakt-Lehre			9	9			0	0
Inaktiv	18		125	143	41		129	135
Pens-ET		91	78	169		46	55	72
Pens-Lehre								
Pens-Inakt								
<b>Gesamt</b>	<b>842</b>	<b>2.579</b>	<b>7.611</b>	<b>11.032</b>	<b>227</b>	<b>412</b>	<b>786</b>	<b>909</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Wenig geändert hat sich bei denjenigen, die zwischen 2005 und 2010 aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten zugezogen waren. Nur die Beschäftigung jener mit mindestens Matura nahm um 1.000 pro Jahr zu während ihre Ausbildungszahl um rund 400 pro Jahr abnahm. Alle anderen Veränderungen waren minimal und daher auch unsicher (Tab. 8).

Tab. 8: Jährliches Wachstum der zwischen 2005 und 2010 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Ma- tura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	230	-43	1.003	1.190	195	98	437	487
Ausb-ET	0	0	-39	-39			100	100
Ausb-Lehre	0			0				
Ausb-Inakt	-153	0	-406	-559	137		286	314
BS/BW-ET	177	91	4	272	147	140	32	238
BS/BW-Lehre	0	0	4	4	0		14	17
BS/BW-Inakt	-49	-53	-170	-272	92	96	187	227
Inakt-ET	-60	-92	-171	-323	97	142	176	246
Inakt-Lehre	-3	0		-3	10			10
Inaktiv	161	0	-325	-163	169	3	231	191
Pens-ET	-48	-11	-35	-93	61	0	59	92
Pens-Lehre								
Pens-Inakt			-9	-9			20	20
<b>Gesamt</b>	<b>256</b>	<b>-108</b>	<b>-145</b>	<b>4</b>	<b>215</b>	<b>155</b>	<b>174</b>	<b>27</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Bei der 1997 bis 2004 nach Abschluss des bisher höchsten Abschlusses aus den nachmaligen neuen EU-Mitgliedsstaaten zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter hat es seit Mitte 2010 keine berichtenswerten Veränderungen gegeben (Tab. 9).

Tab. 9: Jährliches Wachstum der zwischen 1997 und 2004 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

aktuell-zuletzt	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matu- ra	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Ma- tura	Summe
Erwerbstätig	-69	-89	-366	-524	121	138	257	321
Ausb-ET	0			0				
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt	0		-7	-7			30	30
BS/BW-ET	-110	166	-27	29	145	184	76	80
BS/BW-Lehre								
BS/BW-Inakt	7	-23	-31	-47	42	54	87	106
Inakt-ET	-22	-120	-149	-291	67	148	149	224
Inakt-Lehre			-8	-8			32	32
Inaktiv	-40	129	225	314	93	166	122	254
Pens-ET	-23	-2	-35	-59	65	15	79	96
Pens-Lehre								
Pens-Inakt	-2			-2	10			10
<b>Gesamt</b>	<b>-259</b>	<b>61</b>	<b>-397</b>	<b>-596</b>	<b>231</b>	<b>115</b>	<b>273</b>	<b>347</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Bei der vor 1997 nach Abschluss des bisher höchsten Abschlusses aus den nachmaligen neuen EU-Mitgliedsstaaten zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter hat es seit Mitte 2010 eine Reduktion der Beschäftigung um etwa 1.000 pro Jahr gegeben, die vor allem die gering Gebildeten betraf (Tab. 10). Sie ging mit keiner nennenswerten Veränderung der Beschäftigungswilligen einher, sondern mit einer Verringerung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter um etwa 1.500 pro Jahr, davon die Hälfte bei den gering Gebildeten.

Tab. 10: Jährliches Wachstum der vor 1997 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matu- ra	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Ma- tura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	-612	-424	1	-1.034	283	267	16	417
Ausb-ET			0	0				
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt								
BS/BW-ET	72	133	-108	97	110	162	144	139
BS/BW-Lehre								
BS/BW-Inakt	-30	-8	29	-9	72	44	62	46
Inakt-ET	-1	-178	79	79	10	183	117	138
Inakt-Lehre			10	10			41	41
Inaktiv	-23	-4	51	24	73	25	83	68
Pens-ET	-143	-197	-158	-497	116	166	154	258
Pens-Lehre								
Pens-Inakt	-17	0	8	-9	40		20	30
<b>Gesamt</b>	<b>-754</b>	<b>-677</b>	<b>-86</b>	<b>-1.517</b>	<b>334</b>	<b>344</b>	<b>124</b>	<b>512</b>
ET	erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Bei der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die zwischen 2005 und 2010 aus Drittstaaten zugezogen war, gab es ab Mitte 2010 keine bemerkenswerten Veränderungen.

Die Beschäftigung der 1997 bis 2004 aus Drittstaaten zugezogenen Bevölkerung, worin die sechste Flüchtlingswelle seit 1945 mit mehr als 200.000 Asylanträgen enthalten ist, verzeichnete ab Mitte 2010 einen Beschäftigungsrückgang um rund 1.900 pro Jahr (Tab. 11). Er verteilte sich je zur Hälfte auf geringe und auf höhere Bildung. Bei der höheren Bildung ging das mit einer Verringerung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter um fast 1.800 pro Jahr einher, sodass auch kein Aufbau an vormalig beschäftigten Beschäftigungswilligen oder berufliche Inaktiven zu beobachten war. Bei den gering Gebildeten war das nicht der Fall. Dort setzte sich die Beschäftigungsreduktion praktisch 1:1 in Beschäftigungswilligkeit nach vorangehender Beschäftigung um.

Tab. 11: Jährliches Wachstum der zwischen 1997 und 2004 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in Drittstaaten beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht aktuell-zuletzt	Lehre BmS	ab Matu- ra	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Ma- tura	Summe
Erwerbstätig	-1.082	117	-954	-1.919	435	148	432	596
Ausb-ET	-7	0	0	-7	0			0
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt	-104	28	71	-5	20	35	94	34
BS/BW-ET	1.089	168	-345	912	449	194	278	445
BS/BW-Lehre	-10			-10	0			0
BS/BW-Inakt	-261	25	9	-227	213	68	44	206
Inakt-ET	494	-243	-335	-84	276	195	240	124
Inakt-Lehre								
Inaktiv	-531	22	11	-498	321	64	49	313
Pens-ET	53	3	9	65	94	23	40	107
Pens-Lehre								
Pens-Inakt	-1			-1	11			11
<b>Gesamt</b>	<b>-361</b>	<b>122</b>	<b>-1.533</b>	<b>-1.772</b>	<b>262</b>	<b>153</b>	<b>554</b>	<b>586</b>
ET	Erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

Eine deutliche Reduktion der Beschäftigung gab es seit Mitte 2010 bei der Bevölkerung, die vor 1997 aus Drittstaaten zugezogen war, nämlich um 9.600 pro Jahr (Tab. 12). Das betraf in erster Linie jene mit geringer Bildung. Bei ihnen betrug die Reduktion 4.400 pro Jahr, bei jenen mit mittlerer Bildung 2.700 pro Jahr und bei jenen mit mindestens Matura 2.400 pro Jahr. In allen drei Fällen aber entspricht das recht genau der Verringerung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, nämlich um 4.700, 3.800 und 2.200, in Summe 10.700 pro Jahr. Es handelt sich dabei um Übertritte ins nicht mehr erwerbsfähige Alter. Die Zahl der Beschäftigungswilligen, die zuvor beschäftigt gewesen waren, blieb unverändert. Die Zahl der beruflich Inaktiven und Pensionisten in erwerbsfähigem Alter, die zuvor beschäftigt gewesen waren, nahm um etwa 1.200 pro Jahr ab.

Tab. 12: Jährliches Wachstum der vor 1997 zugezogenen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in Drittstaaten beendeten Bildungsverläufen, Trend Mitte 2010 bis Mitte 2015, nach Arbeitsmarktverlauf und Ausbildungsebene

	Wachstum				Schwankungsbreite +/-			
	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe	bis Pflicht	Lehre BmS	ab Matura	Summe
aktuell-zuletzt								
Erwerbstätig	-4.438	-2.698	-2.429	-9.566	812	644	632	1.212
Ausb-ET	0	-12		-12		0		0
Ausb-Lehre								
Ausb-Inakt			-8	-8			29	29
BS/BW-ET	237	-382		-145	207	265		146
BS/BW-Lehre	13	0	257	270	54		229	54
BS/BW-Inakt	179	-15	-119	44	163	34	108	90
Inakt-ET	-555	-197	68	-684	294	181	119	336
Inakt-Lehre								
Inaktiv	-63	-11	-2	-75	104	44	20	115
Pens-ET	-53	-446	-28	-526	90	253	73	282
Pens-Lehre	19			19	54			54
Pens-Inakt	-66	-8	17	-57	89	24	19	83
Gesamt	-4.727	-3.768	-2.245	-10.740	861	768	627	1.310
ET	Erwerbstätig							
Ausb	in Ausbildung							
Lehre	zuletzt Lehrling							
Inakt	beruflich inaktiv							
BS/BW	beschäftigungswillig							
Pens	in Pension							
AKE.								

## 2. Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung

### Überblick

Das Kapitel behandelt die Frage, wie die Chancen auf einen Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung verteilt sind. Dabei zeigt sich durchgängig, dass eine AL-Vormerkung sich günstig auf die Übertrittswahrscheinlichkeit in Beschäftigung auswirkt, und zwar günstiger als der kürzliche Zuzug einer Person aus den neuen EU Mitgliedsstaaten. Andere Vormerkarten haben nicht denselben Effekt. Im Vergleich zu allen Beschäftigungswilligen aus dem Inland, gleich ob sie AL-vorgemerkt waren oder nicht, hatten kürzlich aus den neuen EU Mitgliedsstaaten zugezogene Arbeitskräfte sowohl durch ihre Merkmale als auch durch ihre Herkunft einen Vorteil, der allerdings vor allem im Aufschwungjahr 2011 bestand, während er danach nicht mehr zu erkennen ist. Die Übertrittswahrscheinlichkeiten besonders in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten sinken bei den österreichischen Staatsangehörigen (ohne Unterscheidung zwischen AL-Vorgemerkten und anderen) in jeder Krise. Bei den EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen sind sie bis 2011 in hohem Maß konjunkturabhängig, aber seitdem nicht mehr. Ein Zusammenhang zwischen dem Zeitverlauf bei der einen und bei der anderen Staatsangehörigkeit ist nicht einmal andeutungsweise zu erkennen.

### Wechsel aus Beschäftigungswilligkeit in Beschäftigung

Da in der AKE dieselben Personen fünfmal befragt werden und zwischen der ersten und der letzten Befragung rund 12 Monate vergehen, kann beobachtet werden, worin sich Personen, die in dieser Zeit einen Übertritt aus Beschäftigungssuche bzw. Beschäftigungswilligkeit in Beschäftigung verzeichnen, von jenen unterscheiden, die weiterhin suchen bzw. auf Beschäftigung warten. Das Instrument dazu ist eine Regressionsanalyse, der Zeitraum wieder 2009 bis 2014, weil für diese Kalenderjahre auch AMS-Registervariablen in der AKE verfügbar sind. Eintritt in eine Lehre wird nicht als Wechsel in Beschäftigung gewertet.

2009 bis 2014 gibt es in der AKE 36.434 nicht mehr schulpflichtige Befragte in erwerbsfähigem Alter, die im Vorquartal beschäftigungslos und ausdrücklich beschäftigungswillig waren. Im Befragungsquartal waren sie entweder weiterhin beschäftigungslos oder nunmehr beschäftigt (ILO Definition). Der Ansatz der Regressionsanalyse ist, den Erwerbsstatus im Befragungsquartal mittels der Angaben aus dem Vorquartal zu erklären.

Es geht hier nicht um die Wahrscheinlichkeit, in Beschäftigung zu sein, sondern um die Wahrscheinlichkeit, von einem Quartal auf das nächste aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung zu wechseln.

Die Regressionsanalyse wurde, wegen der binären abhängigen Variable (Erwerbstätig ja/nein), einmal als logistische (Logit) und einmal als lineare Regression (LPM) ausgeführt. Die Koeffizienten der linearen Regression lassen sich als die Average Marginal Effects (AME) der logistischen Regression interpretieren (Mood 2010; Best/Wolf 2010).

Die Ergebnisse des LPM bestätigen die Erwartungen und halten nur kleine Überraschungen bereit:

- Die Referenzperson ist eine 30 jährige Frau mit Eltern aus Österreich oder einem anderen EU/EFTA Staat, ohne Berufserfahrung und mit geringer, fachlich unspezifischer, in Österreich erworbener Bildung, die im Vorquartal Beschäftigungswilligkeit zeigte und in Wien lebte. Sie war nicht in Ausbildung. Der Referenzzeitpunkt ist das 1. Quartal 2009. Ihre Wahrscheinlichkeit eines Wechsels aus der Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung betrug rund 22%, erkennbar am Wert der Konstante von 0,22. Alle anderen Angaben haben diese Merkmalskombination als Referenzgröße.
- Bei Frauen ist die Übertrittswahrscheinlichkeit etwa 2 Prozentpunkte größer als bei Männern.



- Mit mittleren Abschlüssen ist die Übertrittswahrscheinlichkeit um 2, mit höheren um 3 Prozentpunkte größer als mit höchstens Pflichtschule.
- Ein pädagogischer Abschluss steigert die Übertrittswahrscheinlichkeit gegenüber einem allgemein orientierten um 9 Prozentpunkte, ein technischer um 6, ein medizinisch-pflegerischer um 4, ein wirtschaftlicher um 3, ein auf Büro bzw. Verwaltung ausgerichteter um 2, ein sonstiger um 6.
- Berufserfahrung steigert die Übertrittswahrscheinlichkeit je nach Tätigkeitsniveau um 13 bis 15 Prozentpunkte.
- Aktive Suche nach Beschäftigung im Verein mit sofortiger Verfügbarkeit steigert die Übertrittswahrscheinlichkeit um 18 Prozentpunkte gegenüber bloßer Beschäftigungswilligkeit.
- Eine AL-Vormerkung steigert die Übertrittswahrscheinlichkeit um 14, andere Vormerkarten um 2 Prozentpunkte gegenüber Fällen ohne Vormerkung.
- Die Arten der Beschäftigungssuche spielen eine untergeordnete positive Rolle. Bewerbungen verschickt zu haben erhöht die Übertrittswahrscheinlichkeit um 3 Prozentpunkte im Vergleich zu Inaktivität, Reaktion auf Stelleninserate um 2 Prozentpunkte, ebenso ein konkretes Stellenangebot vom AMS; Freunde und Bekannte einzubinden hat praktisch keine Auswirkungen, aber bloßer Kontakt zum AMS macht einen Übertritt um 12 und bloße Beobachtung von Stellenanzeigen in Medien um 14 Prozentpunkte weniger wahrscheinlich als Inaktivität, was wohl so zu verstehen ist, dass beides Frühformen der Stellensuche sind, die nicht unmittelbar zum Erfolg führen.
- Je länger die Beschäftigungslosigkeit bereits andauert desto geringer ist die Übertrittswahrscheinlichkeit.
- Zusammenleben mit Partnerin oder Partner steigert die Übertrittswahrscheinlichkeit um rund 3 Prozentpunkte.
- Kinder im Alter unter drei Jahren, zwischen drei und fünf oder zwischen sechs und vierzehn Jahren wirken sich auf die Übertrittswahrscheinlichkeit explizit beschäftigungswilliger Mütter praktisch nicht aus.
- Andere Beschäftigte im Haushalt wirken sich umso positiver aus je mehr Wochenstunden sie in Summe beschäftigt sind.
- Im Gemeindebau zu wohnen verringert die Übertrittswahrscheinlichkeit gegenüber wohnen im eigenen Haus um 4 Prozentpunkte. In einer gemeinnützig errichteten Wohnung, in Miete oder in einer Dienstwohnung zu wohnen hat praktisch keine Auswirkungen. Mietfrei bei jemand anderem mitzuwohnen erhöht die Übertrittswahrscheinlichkeit um rund 2 Prozentpunkte. Die Wohnrechtsvariable wurde als Annäherung an die Einkommens- und Vermögenssituation in die Regressionsanalyse aufgenommen.
- In Tirol zu wohnen erhöht die Übertrittswahrscheinlichkeit im Vergleich zu Wien um 8 Prozentpunkte, Salzburg um 6, Vorarlberg um 4, Oberösterreich um 3 und Kärnten um 2. In der Steiermark ist sie gleich wie in Wien, in Niederösterreich und im Burgenland um 2 Prozentpunkte geringer.
- Innerhalb des Bundeslands ist die Wahrscheinlichkeit bei mittlerer Bevölkerungsdichte um 2 Prozentpunkte, bei geringer um 7 Prozentpunkte größer als bei hoher. Innerhalb Wiens gibt es diese Differenzierung nicht.
- 2011 war die Übertrittswahrscheinlichkeit etwas größer als 2009, aber seither ist sie um 4 Prozentpunkte gesunken.
- 2009 bis 2014 war die Übertrittswahrscheinlichkeit im 2. Quartal des Jahres um 6 Prozentpunkte größer als im 1., während sie im 3. und 4. Quartal nicht nennenswert vom 1. verschieden war.

- Betreffend die Bildungsherkünfte gilt zunächst, dass Beschäftigungswillige mit Bildung aus Österreich und Eltern aus Serbien, Kosovo, Montenegro oder Mazedonien eine um 5 Prozentpunkte verringerte Übertrittswahrscheinlichkeit aufweisen im Vergleich zu solchen mit Eltern aus Österreich oder einem anderen EU/EFTA Staat. Mit Eltern aus der Türkei beträgt der Nachteil 4 Prozentpunkte, mit solchen aus anderen Drittstaaten 3 Prozentpunkte, außer bei Bosnien-Herzegowina, wo kein Nachteil besteht.
- Am negativsten wirkte sich die Bildungsherkunft Deutschland bei Zuzug 2013 oder 2014 aus. Der Nachteil betrug 18 Prozentpunkte. Auch Zuzug aus Deutschland zu anderen Zeitpunkten wirkte sich zwischen 2009 und 2014 negativ auf die Übertrittswahrscheinlichkeit aus, meist mit 3 Prozentpunkten. Bildung aus anderen EU15/EFTA Staaten wirkte dagegen 5 Prozentpunkte positiv.
- Bildung aus Kroatien, Bosnien oder Serbien wirkte sich mit 3 bis 5 Prozentpunkten positiv aus. Bildung aus der Türkei wirkte sich praktisch nicht aus. Bildung aus anderen Drittstaaten wirkte sich je nach Zuzugsperiode mit 5 bis 10 Prozentpunkten negativ aus, außer er erfolgte zwischen 1997 und 2003, wo er neutral wirkte.
- Bildung aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 wirkte sich je nach Zuzugsperiode zwischen 0 und 5 Prozentpunkte positiv aus, also weit geringer als eine AL-Vormerkung.

Alle diese Zu- und Abschläge können summiert werden, um die Abweichung der Übertrittswahrscheinlichkeit einer bestimmten Merkmalskombination von den 22% der Referenzperson zu berechnen. Wendet man die Ergebnisse der Regressionsanalyse, z.B., auf den Durchschnitt der beim AMS AL-Vorgemerkten der Jahre 2009 bis 2014 an, dann ergibt das bei ihnen eine Übertrittswahrscheinlichkeit von durchschnittlich 28%. Die seit dem Vorquartal in Beschäftigung gekommenen Personen mit Abschlüssen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten wiesen eine Übertrittswahrscheinlichkeit von durchschnittlich 32% auf. Der Unterschied ist nicht groß, entsteht aber trotz dessen, dass eine AL-Vormerkung ein wesentlich größerer Bonus ist als eine Herkunft aus einem EU 2004 oder 2007 Staat.

Das korrigierte R-Quadrat der Regression beträgt nur 0,16. Fünf Sechstel der Varianz bleiben somit unerklärt. Für den Übertritt aus Beschäftigungswilligkeit in Beschäftigung spielen offenbar andere Einflüsse als diejenigen, die hier beobachtet werden konnten, eine wichtige Rolle. Das kann Glück sein, aber es können auch Persönlichkeitsmerkmale sein. Es lässt vermuten, dass in den Betrieben nicht in erster Linie auf jene Merkmale geachtet wird, die über die AKE der Beobachtung zugänglich sind. So war in einer früheren Untersuchung (Gächter 2014) zu erkennen, dass die Noten in wichtigen Fächern eine große Rolle spielen, über die aber in keiner Erhebung Daten vorliegen, auch nicht in den Daten des AMS.

Trotz der relativ vielen Variablen gibt es keine Anzeichen von Multikollinearität. Der höchste VIF beträgt 6,5 (Stellenangebote in Medien studiert), alle anderen liegen unter 5.

Um erkennen zu können, in welchem Ausmaß die Unterschiede in der Übertrittswahrscheinlichkeit auf Merkmalsunterschieden beruhen und in welchem Maß auf unterschiedlicher Wirksamkeit bzw. Bewertung gleicher Merkmale, wird eine so genannte Blinder-Oaxaca-Zerlegung durchgeführt (Blinder 1973; Oaxaca 1973). Um ein fiktives Beispiel zu geben: Die eine Person könnte einen Lehrabschluss und die andere nur Pflichtschulabschluss haben. Das wäre der Merkmalsunterschied. Er könnte bewirken, dass die eine Person bessere Chancen hat als die andere. Es könnte aber auch sein, dass zwei Personen mit Lehrabschluss nicht die gleichen Chancen haben, etwa wenn Frauen mit Lehrabschluss geringere Chancen hätten als Männer mit Lehrabschluss. Das wäre die unterschiedliche Wirksamkeit bzw. Bewertung ein und desselben Merkmals.

Die Referenzgruppe sind die ausdrücklich Beschäftigungswilligen mit Abschlüssen und Eltern aus Österreich. Sie wiesen 2011 bis 2014 eine Übertrittswahrscheinlichkeit von 22% auf. Im Vergleich zu ihnen erweisen sich die 2011 bis 2014 aus den EU Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 zugezogenen Beschäftigungswilligen sowohl bei den Merkmalen als auch beim Wert, den die Merkmale am Arbeitsmarkt haben, im Vorteil (Abb. 13, Tab. 13). Der Merkmalsvorteil verleiht ihnen 5 und der Wert der Merkmale 3 Prozentpunkte an zusätzlicher

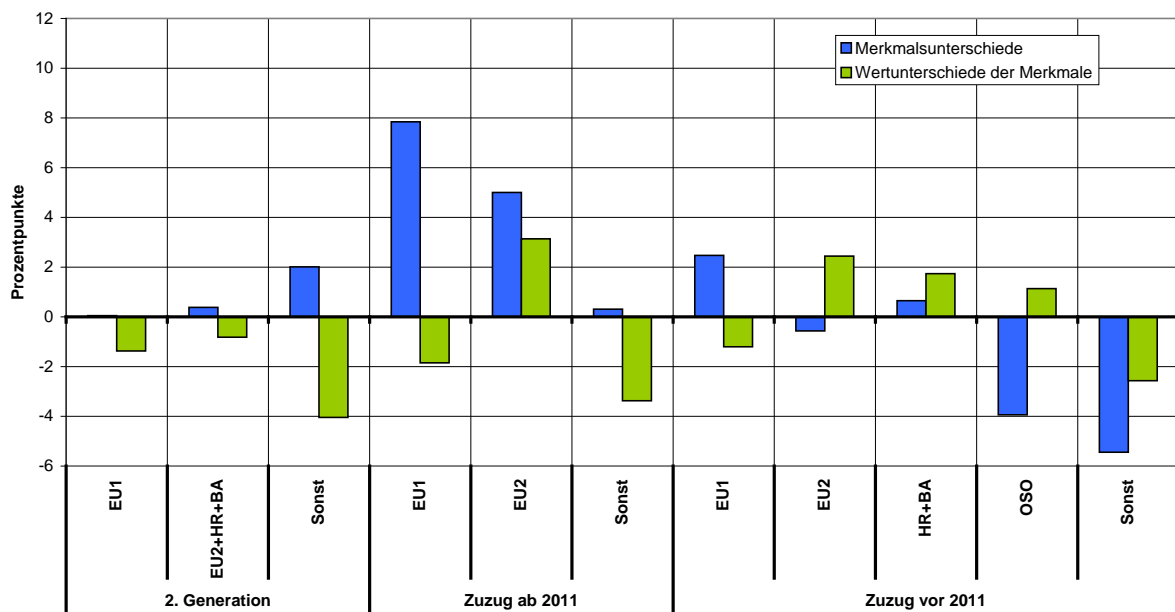
Übertrittswahrscheinlichkeit, sodass ihre Übertrittswahrscheinlichkeit in Summe um 8 Prozentpunkte größer war. Nach dem Neuzuzug aus den EU15/EFTA Staaten, bei denen er 8 Prozentpunkte beträgt, ist das der größte Merkmalsvorteil. Zugleich ist es der größte Bewertungsvorteil. Der zweitgrößte findet sich mit 2,5 Prozentpunkten bei den vor 2011 aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten zugezogenen Beschäftigungswilligen. Andere Merkmals- oder Bewertungsvorteile von Beschäftigungswilligen mit eigener oder elterlicher Migration überschreiten 2,5 Prozentpunkte nicht.

Die größten Merkmalsnachteile werden bei den vor 2011 zugezogenen Beschäftigungswilligen aus Drittstaaten in Ost- und Südosteuropa (ohne Kroatien und Bosnien, einschließlich Türkei) und der sonstigen Welt erkennbar. Sie betragen im Vergleich zur Referenzgruppe -4 bzw. -5 Prozentpunkte, damit aber im Vergleich zu den EU15/EFTA Staaten -12 bzw. -13 und im Vergleich zu den neueren EU-Mitgliedsstaaten -9 bzw. -10 Prozentpunkte.

Bei der sonstigen Welt sind auch stets die größten Bewertungs Nachteile zu erkennen, gleich ob es um die 2. Generation, den Neuzuzug oder den Zuzug vor 2011 geht. Sie betragen 2,5 bis 4 Prozentpunkte.

Abb. 13

**Zerlegung der Differenz der Übertrittswahrscheinlichkeit gegenüber den ausdrücklich Beschäftigungswilligen mit Abschluss aus AT und Eltern aus AT**  
LPM, 2011-2014, positive Werte sind zugunsten der jeweiligen Gruppe



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Tab. 13: Differenz der Übertrittswahrscheinlichkeit zu jener der ausdrücklich Beschäftigungswilligen mit Bildung und Eltern aus Österreich und Zusammensetzung der Differenz aus solcher der Merkmale und ihrer Bewertung (LPM), Prozentpunkte

2. Generation	Wahrscheinlichkeit			Schwankungsbreite +/-		
	Wert	Merkmale	Differenz	Wert	Merkmale	Differenz
EU1	-1,4	0,0	-1,3	2,3	0,4	2,3
EU2,HR,BA	-0,8	0,4	-0,4	1,7	1,2	1,2
Sonst	-4,0	2,0	-2,0	2,6	1,8	1,8
seit 2011						
EU1	-1,8	7,8	6,0	1,4	2,9	2,5
EU2	3,1	5,0	8,1	1,6	2,0	2,5
Sonst	-3,4	0,3	-3,1	6,6	2,0	6,3
vor 2011						
EU1	-1,2	2,5	1,3	3,4	4,8	3,4
EU2	2,4	-0,6	1,9	3,3	1,6	2,9
HR+BA	1,7	0,7	2,4	2,1	1,3	2,5
OSO	1,1	-3,9	-2,8	1,6	2,9	2,4
Sonst	-2,6	-5,4	-8,0	2,3	3,4	4,0
AKE.						

Der Merkmalsvorteil stammt nur in geringem Maß von der Höhe oder Fachrichtung der Ausbildung. Er ergibt sich vorwiegend aus der Altersverteilung, der größeren Häufigkeit von aktiver Suche und der geringeren Dauer der Beschäftigungslosigkeit. Keine erkennbare Rolle spielt die Bundesländerverteilung. Der Bewertungsvorteil aber muss im Grunde als eine statistische Zufälligkeit betrachtet werden. Das drückt sich nicht nur im dazugehörigen Konfidenzintervall aus, sondern auch in der Entstehung des summarischen Bewertungsvorteils, die geprägt ist von relativ großen positiven und negativen Beiträgen der einzelnen in der Analyse berücksichtigten Variablen sowie der Regressionskonstanten. So steht einem sehr großen Bewertungsvorteil im Jahr 2011 dessen rascher Abbau in den Folgejahren gegenüber, insbesondere von 2013 auf 2014. Die mitgebrachten mittleren und höheren Ausbildungen weisen ebenfalls sehr große Wertabschläge auf, während die Fachbereiche der Ausbildungen positiv zu Buche schlagen und ebenso die Art der Beschäftigungssuche und die familiären Umstände sich ertragreicher darstellen als dieselben bei der Referenzgruppe.

Auch der erhebliche Merkmalsvorteil der seit 2011 aus den EU15/EFTA Staaten zugezogenen Beschäftigungswilligen ergibt sich nur zu sehr kleinem Teil aus der Höhe und den Fachbereichen der Ausbildung. Auch bei ihnen wirken sich vor allem das Alter, die größere Häufigkeit von aktiver Suche und die geringere Dauer der Beschäftigungslosigkeit aus.

Der Merkmalsnachteil der vor 2011 aus sonstigen Drittstaaten zugezogenen Beschäftigungswilligen ergibt sich aus keinem einzelnen Merkmal, sondern stellt eine Summe aus vielen kleinen Nachteilen dar. Ihr Bewertungsnachteil, den sie bei ihren Merkmalen erleiden, betrifft in erster Linie Haushaltsmerkmale. So wirkt sich mit Partner oder Partnerin zu wohnen negativer aus als bei Beschäftigungswilligen aus Österreich, ebenso mehr Arbeitsstunden von anderen Haushaltsmitgliedern und mehrere Wohnrechtskategorien, vor allem Miete. Dem steht eine massiv positivere Wirkung von bloßer Beschäftigungswilligkeit ohne sofortige Verfügbarkeit oder ohne aktive Suche gegenüber, die für sich allein 11 Prozentpunkte ausmacht. Auch einige der Suchaktivitäten sind deutlich ertragreicher als bei Beschäftigungswilligen aus Österreich. Das steht in Kontrast zu Vormerkung beim AMS, die bei letzteren mehr bringt.

Der wesentliche Bewertungsnachteil der Beschäftigungswilligen mit Bildung aus Österreich und Eltern aus sonstigen Drittstaaten („2. Generation“) besteht in der um 9 Prozentpunkte niedriger ausfallenden Regressionskonstanten, also in der geringeren Übertrittswahrscheinlichkeit der Personen in der Gruppe, die die Referenzmerkmale aufweisen. Auch Berufser-

fahrung und AL-Vormerkung beim AMS wirken sich weniger positiv aus. Bloße Beschäftigungswilligkeit und konkrete Suchaktivitäten wirken sich dagegen günstiger aus. Das Muster entspricht somit jenem bei den vor 2011 aus sonstigen Drittstaaten zugezogenen Beschäftigungswilligen.

Der Bewertungsnachteil der Merkmale von Beschäftigungswilligen, die seit 2011 nach Ende des Bildungsverlaufs aus Drittstaaten zugezogen sind, betrifft zunächst ganz massiv Personen mit Referenzmerkmalen. Ihre Übertrittswahrscheinlichkeit beträgt nur 2% im Vergleich zu 25% bei Beschäftigungswilligen aus Österreich mit Referenzmerkmalen. Die Differenz beträgt 24 Prozentpunkte (Rundungsdifferenz). Andere Wirksamkeitsnachteile bestehen erneut bei der Berufserfahrung und bei der AL-Vormerkung sowie auch bei der Arbeitszeit der anderen Haushaltsmitglieder. Dem stehen Bewertungsvorteile bei den mittleren und höheren Bildungsabschlüssen und bei der Suche mittels Durchsicht von Stellenanzeigen in Zeitungen gegenüber. In Miete zu wohnen ist nicht mit demselben Nachteil versehen wie bei Beschäftigungswilligen aus Österreich und, sehr bemerkenswert, der Zeitablauf von 2011 bis 2014 brachte nach und nach eine deutliche Steigerung der Übertrittswahrscheinlichkeit mit sich, sodass sie 2014 um 12 Prozentpunkte größer war als 2011.

Wenn man sich überlegt, was die unter ansonsten gleichen Bedingungen geringere Wirksamkeit einer AL-Vormerkung, die bei jeder der drei soeben besprochenen Gruppen von Beschäftigungswilligen zwischen 3 und 5 Prozentpunkten an Übertrittswahrscheinlichkeit ausmacht, bedeuten kann, dann gibt es mehrere Möglichkeiten. Die eine ist, dass Vermittlungsversuche durch das AMS nicht im selben Maß erfolgreich sind. Gegen diese Interpretation spricht, dass die in der AKE abgefragte Suchaktivität „Jobangebot vom AMS“ bei den beiden Einwanderergruppen den genau gleichen Effekt hat wie bei Beschäftigungswilligen aus Österreich und bei der „2. Generation“ sogar einen ein wenig größeren. In dem Maß, wie das AMS Stellen vermittelt, ist der Erfolg somit offenbar derselbe. Wenn die AL-Vormerkung dennoch geringere Wirkung zeigt, dann käme als zweites in Frage, dass das AMS den Vormerkten aus sonstigen Drittstaaten seltener Stellen anbietet. Sie geben aber genauso oft an, ein Jobangebot vom AMS gehabt zu haben, wie die Beschäftigungswilligen aus Österreich. Wenn somit Stellenangebote gleich häufig und gleich erfolgreich sind, die Vormerkung aber zugleich geringeren Erfolg zeitigt, dann ist die dritte Möglichkeit, dass die AL-Vormerkung als solche trotz gleicher (erfasster) Umstände nicht bei allen dieselbe Bedeutung hat.

### **Wechsel aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung**

2009 bis 2014 gibt es in der AKE 141.275 nicht mehr schulpflichtige Befragte in erwerbsfähigem Alter, die im Vorquartal beschäftigungslos waren (ohne Einschränkung auf Beschäftigungssuche bzw. Beschäftigungswilligkeit). Im Befragungsquartal waren sie entweder weiterhin beschäftigungslos oder nunmehr beschäftigt (ILO Definition).

Neuerlich bestätigen die Ergebnisse des LPM die Erwartungen:

- Die Referenzperson unterscheidet sich von der obigen nur dadurch, dass sie im Vorquartal keine Anzeichen von Beschäftigungswilligkeit oder von Arbeitssuche zeigte. Für sie betrug die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels aus der Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung rund 0,8%, war also praktisch null.
- Das Geschlecht hat keinen erkennbaren Effekt. Das heißt auch, ob man sich die Referenzperson als weiblich oder als männlich denkt, ist gleichgültig.
- Wäre die Person 25 statt 30 Jahre alt, so wäre die Übergangswahrscheinlichkeit in Beschäftigung am größten, aber nur um einen Hauch größer als mit 30, aber mit 40 wäre sie um 2,5 Prozentpunkte kleiner, mit 50 um mehr als 7 und mit 60 um rund 15 Prozentpunkte kleiner. Mit 15 Jahren wäre sie um rund 1 Prozentpunkt geringer als mit 30.
- Einen Abschluss nach der Pflichtschule zu haben, erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in Beschäftigung um knapp 5 Prozentpunkte, Abschlüsse von der Matura aufwärts um gut 6 Prozentpunkte.

- Pädagogisch orientierte Abschlüsse erhöhen die Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu fachlich unspezifischen um rund 5 Prozentpunkte, technische um 4, wirtschaftlich und medizinisch-pflegerisch orientierte um 2, büro- bzw. verwaltungsorientierte um 1 und sonstige um rund 4.
- Vor der Beschäftigungslosigkeit in einer Hilfs- oder Anlern Tätigkeit beschäftigt gewesen zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit des Wechsels in Beschäftigung um etwa 10 Prozentpunkte im Vergleich zu jemandem, die oder der noch nie beschäftigt war, Beschäftigung in einer Fach Tätigkeit um etwa 9 Prozentpunkte, Beschäftigung in einer führenden oder selbständigen Tätigkeit um 11 Prozentpunkte. Es geht offenbar nicht so sehr darum, in welcher Funktion jemand berufliche Erfahrung gesammelt hat, sondern ob überhaupt, bzw. ist zu erwarten, dass immer wieder gleiche Funktionen aufeinander folgen, weshalb Erfahrung gleich Erfahrung ist.
- Der AKE-Status „aktiv beschäftigungssuchend“, d.h. hat in der Woche vor der Befragung Schritte gesetzt, um in Beschäftigung zu kommen, und kann eine Stelle binnen 14 Tagen antreten, erhöht die Wahrscheinlichkeit um 11 Prozentpunkte gegenüber jemand beruflich Inaktivem, aber auch Beschäftigungswilligkeit ohne aktive Schritte in der Vorwoche oder ohne sofortige Verfügbarkeit erhöht die Wahrscheinlichkeit um immerhin 5 Prozentpunkte. In formaler Ausbildung oder in Pension zu sein ist gleich wie berufliche Inaktivität, und Beschäftigungswilligkeit unter der Bedingung, dass Betreuungsangebote für Kinder oder Pflegebedürftige vorhanden wären, senkt sie, aber um lediglich 1 Prozentpunkt.
- AL-Vormerkung beim AMS erhöht die Wahrscheinlichkeit um 13 Prozentpunkte im Vergleich zu jemandem ohne Vormerkung. SC-Vormerkung lässt sie unbeeinflusst, andere Vormerkungen erhöhen sie um etwa 2 Prozentpunkte.
- In der Vorwoche Bewerbungen an Firmen verschickt zu haben, erhöht die Wahrscheinlichkeit um 7 Prozentpunkte gegenüber jemandem ohne aktive Suchmaßnahmen. Ein Jobangebot des AMS und Nachfrage unter Freunden und Bekannten sind mit um 1 Prozentpunkt größerer Wahrscheinlichkeit verbunden, Suchanzeigen in Medien bzw. die Reaktion auf Stellenangebote in Medien ist neutral. Ein bloßer Kontakt mit dem AMS verringert die Wahrscheinlichkeit um 9 Prozentpunkte und Stellenangebote in Medien studiert zu haben um 5 Prozentpunkte, was wohl so zu verstehen ist, dass beides Frühformen der Stellensuche sind, die nicht unmittelbar zum Erfolg führen.
- Je länger die Beschäftigungslosigkeit bereits andauert desto mehr verringern sich die Chancen auf einen Wechsel in Beschäftigung. Das gilt bis zu einer Dauer von etwa 18 Jahren, danach steigen sie wieder, aber so wie der Rückgang davor sehr allmählich ist, ist es auch der Anstieg danach. Nach 7 Monaten ist die Wahrscheinlichkeit um 1 Prozentpunkt geringer, nach 14 um 2 Prozentpunkte, nach 21 um 3 Prozentpunkte, nach 28 um 4 Prozentpunkte, nach 36 Monaten um 5 Prozentpunkte usw. Die Intervalle, die für eine Verringerung um 1 Prozentpunkt erforderlich sind, verlängern sich dann immer mehr. Man hätte vermuten können, dass vielleicht zu Beginn der Beschäftigungslosigkeit die Folgen der Dauer nur ganz allmählich größer werden, dass dann eine Phase kommt, in der sie schnell anwachsen, dass aber danach weitere Zuwächse der Dauer nicht mehr viel ausmachen. Das bewahrheitet sich nicht. Die Einfügung eines kubischen Terms der Dauer der Beschäftigungslosigkeit in die Regressionsgleichung hat praktisch keine Folgen.
- Im 3. Quartal ist die Wahrscheinlichkeit, einen Wechsel erlebt zu haben, um 3 Prozentpunkte größer als im 1. Quartal, im 2. Quartal um 2,5 Prozentpunkte, im 4. Quartal um 1 Prozentpunkt.
- 2010 war die Wahrscheinlichkeit des Wechsels in Beschäftigung um 1 Prozentpunkt größer als 2009, aber seit 2010 hat sie sich stetig verringert, wenn auch sehr langsam. 2014 war sie rund 2 Prozentpunkte geringer als 2010.

- Die Wahrscheinlichkeit erhöht sich von Osten nach Westen bis Tirol, wo sie um rund 4 Prozentpunkte höher ist als im Burgenland, ist in Vorarlberg aber wieder niedriger als in Salzburg.
- Innerhalb des Bundeslands ist die Wahrscheinlichkeit bei mittlerer Bevölkerungsdichte um 1 Prozentpunkt, bei geringer um 3 Prozentpunkte größer als bei hoher. Innerhalb Wiens gibt es diese Differenzierung nicht.
- Die Herkunft der Bildung wirkte 2009 bis 2014 im Vergleich zu Herkunft aus Österreich in den meisten, aber nicht in allen Fällen negativ auf die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in Beschäftigung. Am ausgeprägtesten der Fall war das mit rund 9 Prozentpunkten bei Bildung aus sonstigen Drittstaaten und Zuzug 2013 bzw. 2014. Bei Zuzug aus Drittstaaten 2011 bzw. 2012 waren es 5, bei Zuzug 2009 bzw. 2010 8, bei Zuzug 2004 bis 2008 5 Prozentpunkte, davor 1 bis 3 Prozentpunkte. Bildung aus Deutschland und Zuzug 2013 bzw. 2014 wirkte sich aber ebenfalls 8 Prozentpunkte negativ aus, Zuzug 2011 bzw. 2012 um 5 negativ, aber Zuzug 2009 bzw. 2010 um 1 positiv, noch früher 3 bis 4 Prozentpunkte negativ. Bildungsherkunft aus der Türkei ebenso wie aus den EU15/EFTA Staaten wirkte sich um rund 1 Prozentpunkt negativ aus, aber aus Serbien, Bosnien und Kroatien jeweils 2 bis 3 Prozentpunkte positiv. Bildung aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 wirkte sich bei Zuzug 2013 bzw. 2014 ebenso wie 2011 bzw. 2012 neutral aus, aber 2009 bzw. 2010 um 4 Prozentpunkte negativ, bei Zuzug 2004 bis 2008 etwa 2 Prozentpunkte negativ, bei Zuzug 1997 bis 2003 etwa 1 Prozentpunkt positiv und bei Zuzug vor 1997 etwa 3 Prozentpunkte negativ aus. Beschäftigungslose mit Abschlüssen aus Österreich, deren Eltern aus Bosnien, Serbien, der Türkei oder sonstigen Drittstaaten zugezogen sind, haben je nach elterlicher Herkunft eine 1 bis 2 Prozentpunkte geringere Übergangswahrscheinlichkeit als solche mit Eltern aus Österreich oder anderen EU/EFTA Mitgliedsstaaten.

Das korrigierte R-Quadrat beträgt nur 0,13. Fast sieben Achtel der Varianz bleiben somit unerklärt.

Wendet man die Ergebnisse der Regressionsanalyse auf die beim AMS AL-Vorgemerkten der Jahre 2009 bis 2014 an, dann ergibt das bei ihnen eine Übertrittswahrscheinlichkeit von durchschnittlich 24%, bei allen AL- und SC-Vorgemerkten zusammen von 23%. Die seit dem Vorquartal in Beschäftigung gekommenen Personen mit Abschlüssen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten weisen ebenfalls eine Übertrittswahrscheinlichkeit von durchschnittlich 24% auf.

2009 bis 2014 sind sechs Kalenderjahre. Teilt man sie in drei Gruppen von je zwei Jahren, erhält man mit 2009-2010 eine erste Zweiergruppe vor dem Ende der Übergangsfristen für die 2004 der EU beigetretenen Staaten, 2011-2012 eine Zweiergruppe unmittelbar danach und 2013-2014 eine etwas spätere, in deren Mitte auch das Ende der Übergangsfristen für die 2007 beigetretenen Staaten liegt. Mit dieser Unterteilung zeigt sich, dass die Übertrittswahrscheinlichkeit der in Beschäftigung Übergetretenen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten 2009-2010 kleiner war als jene der AL-Vorgemerkten, nämlich nur 20% im Vergleich zu 26%, dass es 2011-2012 aber 38% zu 25% stand und 2013-2014 24% zu 22%. Der Vorteil bestand also praktisch nur in der Phase unmittelbar nach dem Ende der Übergangsfrist und bestand, der Analyse zufolge, zur Hälfte in der bloßen Herkunft und zu fast einem Viertel im um rund elf Jahre geringeren Alter. Ein merklicher Nachteil bestand für die neu in Beschäftigung Gekommenen aus den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 in der Seltenheit einer AL-Vormerkung. Mit einer AL-Vormerkung wäre ihr Vorteil noch um 8 Prozentpunkte größer gewesen.

Mit derselben Unterteilung in drei Zweijahresperioden kann man auch den Verlauf der Übertrittswahrscheinlichkeit von Beschäftigungslosen aus den drei wichtigsten neuen Bildungsherkünften vergleichen, nämlich Deutschland, EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 und Drittstaaten ohne das ehemalige Jugoslawien und die Türkei. Wie sich dabei zeigt, hatte der Neuzuzug aus Deutschland 2009 und 2010, wenn die Merkmale und Umstände ansonsten gleich waren, eine fast 6 Prozentpunkte größere Übertrittswahrscheinlichkeit als Beschäfti-

gungslose mit österreichischen Abschlüssen und in Österreich oder anderen EU/EFTA Staaten geborenen Eltern (Abb. 14). In den nächsten beiden Jahren (2011-2012) aber war die Übertrittswahrscheinlichkeit der Beschäftigungslosen dieser selben Einwanderergruppe um etwa 4 Prozentpunkte geringer als jene der Referenzgruppe und in den beiden Folgejahren (2013-2014) wieder 7,5. Der Zuzug aus Deutschland der Jahre 2011 und 2012 hatte dagegen in diesen beiden Jahren eine um fast 10 Prozentpunkte geringere Übertrittswahrscheinlichkeit als die Referenzgruppe, in den beiden Folgejahren aber nur mehr einen Nachteil von etwa 4 Prozentpunkten.

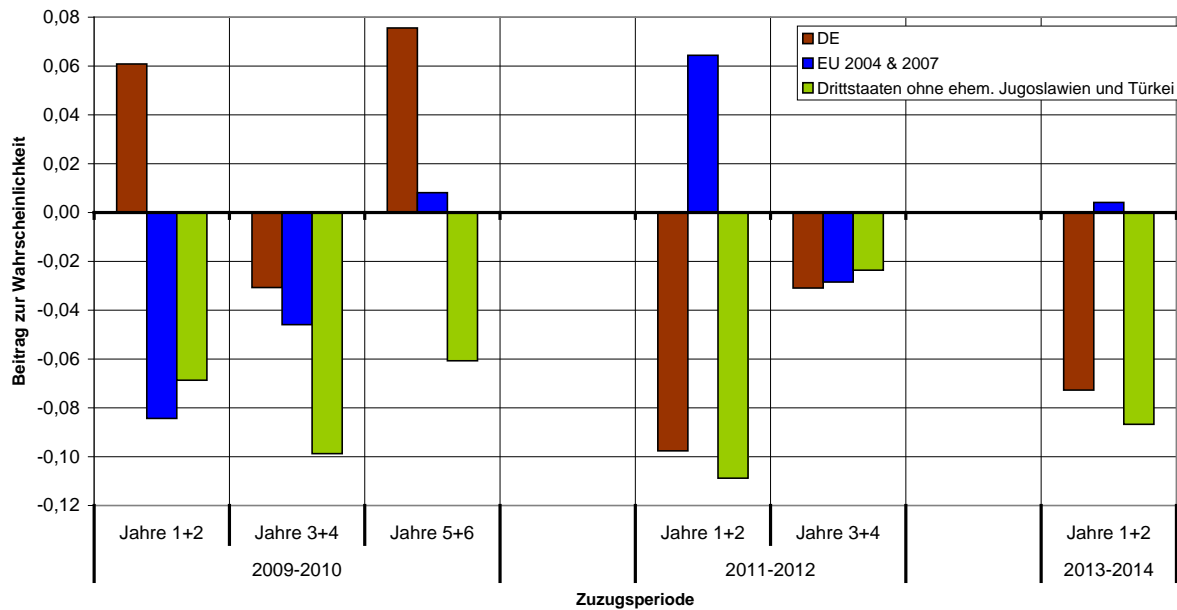
Anders war es beim Zuzug aus den neuen EU Mitgliedsstaaten der Jahre 2004 und 2007. Beschäftigungslose mit Bildungsabschlüssen aus diesen Staaten, die 2009 bzw. 2010 zuzogen, hatten in diesen beiden Jahren bei gleichen Merkmalen und Umständen eine um 8 Prozentpunkte geringere Übertrittswahrscheinlichkeit als die Referenzgruppe (Beschäftigungslose mit österreichischen Abschlüssen und in Österreich oder anderen EU/EFTA Staaten geborenen Eltern), in den beiden Folgejahren – 2011 und 2012 – nur mehr eine um 4 Prozentpunkte kleinere und in den beiden Folgejahren (2013-2014) eine um 1 Prozentpunkt größere. Der Neuzuzug der Jahre 2011 und 2012 hatte in diesen beiden Jahren eine im Vergleich um 7 Prozentpunkte größere Übertrittswahrscheinlichkeit, in den beiden Folgejahren – 2013 und 2014 – aber eine um etwa 2 Prozentpunkte verringerte. Auffällig ist die Gegenläufigkeit mit Deutschland während der Zuzugsjahre.

Mit Bildung aus Drittstaaten ohne jenen im Bereich des ehemaligen Jugoslawien und ohne Türkei hatte der Zuzug der Jahre 2009 und 2010 in diesen beiden Jahren eine um mehr als 6 Prozentpunkte verringerte Übertrittswahrscheinlichkeit, die sich 2011-2012 auf fast 10 Prozentpunkte verstärkte und 2013-2014 wieder auf 6 zurückging. Der Neuzuzug 2011-2012 traf in diesen beiden Jahren ebenfalls auf eine um 11 Prozentpunkte verringerte Wahrscheinlichkeit, hatte aber 2013-2014 nur mehr einen Nachteil von etwa 3 Prozentpunkten, der damit ähnlich war wie jener des zeitgleichen Zuzugs aus den EU Mitgliedsstaaten 2004 und 2007.



Abb. 14

**Beitrag der Bildungsherkunft zur Übergangswahrscheinlichkeit in Beschäftigung während der Zuzugsperiode und den Folgejahren relativ zu Bildung aus AT, LPM**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Im Zeitraum 2011 bis 2014 wechselten 22% der zunächst Beschäftigungslosen aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 in Beschäftigung, aber nur 12% jener aus Österreich mit Eltern aus Österreich (Referenzgruppe). Die Differenz betrug 9 Prozentpunkte (Rundungsdifferenz). Wie sich herausstellt, beruht der Nachteil der Beschäftigungslosen aus Österreich auf ungünstigerer Merkmalsausstattung (10 Prozentpunkte, während es bei der Bewertung der Merkmale kaum einen Unterschied zwischen den beiden Gruppen gab (-1 Prozentpunkt) (Abb. 15, Tab. 14).

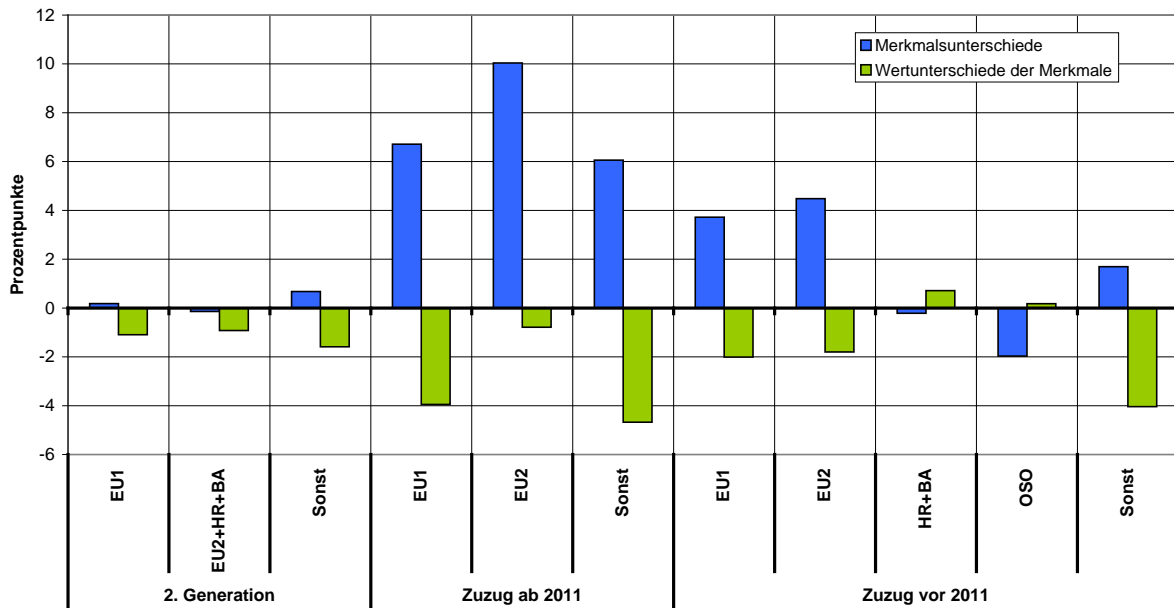
Dieser Befund ist auffällig anders, als wenn man dieselbe Operation mit Beschäftigungssuchenden aus Deutschland und anderen EU15/EFTA Staaten durchführt, deren Aufenthalt in Österreich frühestens 2011 begann. Ihr Vorteil gegenüber den Beschäftigungslosen aus Österreich betrug 2011 bis 2014 nur etwa 3 Prozentpunkte (15% Wechsel im Vergleich zu 12%). Die 3 Prozentpunkte waren aber das Ergebnis eines Vorteils von 7 Prozentpunkten bei der Merkmalsausstattung, der durch schlechtere Bewertung gleicher Merkmale um 4 auf nur mehr 3 Prozentpunkte reduziert wurde.

Auch die seit 2011 aus Drittstaaten zugezogenen Beschäftigungslosen wiesen 2011 bis 2014 einen Merkmalsvorteil von 6 Prozentpunkten auf, dem ein Bewertungs-nachteil von 5 Prozentpunkten gegenüberstand.

Die Merkmals- und Bewertungsdifferenzen gegenüber den vor 2011 aus diversen Bildungsstaaten zugezogenen Beschäftigungslosen sind nicht sehr groß und überschreiten in keinem Fall 4 Prozentpunkte. Noch kleiner sind sie gegenüber der „zweiten Generation“.

Abb. 15

**Zerlegung der Differenz der Übertrittswahrscheinlichkeit gegenüber den  
Beschäftigungslosen mit Abschluss aus AT und Eltern aus AT  
LPM, 2011-2014, positive Werte sind zugunsten der jeweiligen Gruppe**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Tab. 14: Differenz der Übertrittswahrscheinlichkeit zu jener der Beschäftigungslosen mit Bildung und Eltern aus Österreich und Zusammensetzung der Differenz aus solcher der Merkmale und ihrer Bewertung (LPM), Prozentpunkte

2. Generation	Wahrscheinlichkeit			Schwankungsbreite +/-		
	Wert	Merkmale	Differenz	Wert	Merkmale	Differenz
EU1	-1,1	0,2	-0,9	0,7	0,3	0,6
EU2,HR,BA	-0,9	-0,1	-1,1	0,5	0,2	0,6
Sonst	-1,6	0,7	-0,9	0,6	0,4	0,5
seit 2011						
EU1	-3,9	6,7	2,8	3,8	4,9	3,2
EU2	-0,8	10,0	9,2	2,0	6,8	6,5
Sonst	-4,7	6,1	1,4	3,2	3,6	1,7
vor 2011						
EU1	-2,0	3,7	1,7	1,4	1,9	1,3
EU2	-1,8	4,5	2,7	2,0	3,1	2,4
HR+BA	0,7	-0,2	0,5	0,8	0,5	0,7
OSO	0,2	-2,0	-1,8	0,2	0,8	0,8
Sonst	-4,0	1,7	-2,3	1,8	1,2	1,4

AKE.

Bei den seit 2011 zugezogenen Beschäftigungssuchenden aus Drittstaaten könnte vermutet werden, dass ihr Bewertungsnachteil aus unzureichenden Deutschkenntnissen erwächst. Bei den EU15/EFTA Staaten ist das, wegen des wichtigen Anteils Deutschlands, aber unplausibel, sodass es möglicherweise auch bei den Beschäftigungssuchenden aus Drittstaaten nicht die Erklärung für den Bewertungsnachteil darstellt.

Wo liegen die Merkmalsvorteile der seit 2011 zugezogenen Beschäftigungssuchenden aus dem Ausland, speziell jener aus den neueren EU-Mitgliedsstaaten?

- Ein wichtiger Vorteil der letzteren liegt beim Alter. Dieses steuert 4 der 10 Prozentpunkte Unterschied in der Merkmalsausstattung (und damit in der Übergangswahrscheinlichkeit) bei. Auch bei den anderen beiden seit 2011 zugezogenen Gruppen von Beschäftigungslosen steuert es jeweils 4 der 6 Prozentpunkte des gesamten Merkmalsvorteils bei.
- Ein zweiter Vorteil besteht bei den EU15/EFTA Staaten bei der Bildung. Sie macht 3 Prozentpunkte aus. Bei den neueren EU-Mitgliedsstaaten und den Drittstaaten beträgt der Vorteil aber nur jeweils 1 Prozentpunkt.
- Abgesehen vom wichtigen Beitrag des Alters summieren sich die 10 Prozentpunkte Merkmalsvorteil der seit 2011 zugezogenen Beschäftigungslosen aus neueren EU-Staaten aus vielen kleinen Beiträgen, die der statistischen Unschärfe wegen nicht präzise festgemacht werden können.

Ein Bewertungsvorteil in nennenswertem Ausmaß bestand bei keiner der auf Migration zurückführbaren Gruppen von Beschäftigungslosen (Abb. 15). Ein Bewertungsnachteil von 4 bis 5 Prozentpunkten trat bei den früher ebenso wie den später zugezogenen Beschäftigungslosen aus sonstigen Drittstaaten auf und auch bei den seit 2011 aus den EU15/EFTA Staaten zugezogenen Beschäftigungslosen.

### **Wechsel aus Beschäftigungswilligkeit in zwei Arten von Beschäftigung**

Man muss sich nicht darauf beschränken, den Wechsel aus Beschäftigungswilligkeit in Beschäftigung zu modellieren, sondern kann dabei auch zwischen Arten von Beschäftigung unterscheiden. In den ersten beiden Kapiteln wurde bereits zwischen Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten, Fachtätigkeiten und führenden bzw. selbständigen Tätigkeiten unterschieden. Für Wechsel in die letzteren liegen nicht genug Fälle vor, um sie aussagekräftig analysieren zu können, sodass sie mit den Fachtätigkeiten zur Gruppe der qualifizierten Tätigkeiten zusammengefasst werden müssen. Im vorliegenden Fall wurde daher die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels von einem Quartal auf das andere aus Beschäftigungswilligkeit in eine Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeit oder aber in eine qualifizierte Tätigkeit im Vergleich zu Verbleib in Beschäftigungslosigkeit analysiert. Das Instrument dazu war eine multinomiale logistische Regression. Einbezogen wurden nur Befragte, die Beschäftigungswilligkeit signalisierten. Um die Ausgangssituation der Beschäftigungslosen zu charakterisieren, stehen in der AKE neben den oben bereits erwähnten Merkmalen zahlreiche weitere bereit. Die folgenden vier wurden in der Analyse berücksichtigt:

- Letzte Tätigkeit vor der Erwerbslosigkeit: vier Ausprägungen, nämlich keine Tätigkeit, Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeit, Fachtätigkeit, leitende oder selbständige Tätigkeit.
- Verfügbarkeit im Vorquartal: zwei Ausprägungen, nämlich (1) aktiv auf Beschäftigungssuche, das heißt, in der Woche vor der Befragung benennbare Aktivitäten gesetzt, um eine Stelle zu finden, und könnte innerhalb von 14 Tagen eine Stelle antreten, und (2) zwar beschäftigungswillig, aber entweder keine aktiven Schritte gesetzt oder nicht innerhalb von 14 Tagen verfügbar. Befragte, die angaben, nicht arbeitswillig oder arbeitsfähig zu sein, wurden nicht in die Analyse einbezogen.
- Sechs Aktivitäten der Stellensuche im Vorquartal: da sie in Kombination auftreten können, wurde jede als vorliegend bzw. nicht vorliegend einbezogen: Kontakt mit dem AMS, Jobangebot vom AMS, Stellenangebote in Medien studiert, Freunde bzw. Bekannte gefragt, Bewerbungen an Arbeitgeber geschickt, Stellengesuch in Medien aufgegeben oder auf Angebote in Medien geantwortet.
- Die bisherige Dauer der Beschäftigungslosigkeit im Vorquartal und ihr Quadrat.

Der Vergleich zwischen AL-Vorgemerkten (ohne andere Vormerkarten) gleich welcher Herkunft und nicht AL-vorgemerkten Beschäftigungslosen mit Bildungsabschlüssen aus den EU 2004 & 2007 Mitgliedsstaaten ergibt in dieser Analyse, dass die AL-Vorgemerkten 2011 bis 2014 auf jeder Bildungsstufe und in jedem Alter unter ansonsten gleichen Bedingungen eine größere Übergangswahrscheinlichkeit in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten hatten als nicht AL-

Vorgemerkte aus den EU 2004 & 2007 Mitgliedsstaaten (Tab. 15). Die wesentliche Einschränkung ist, dass letztere bereits im Inland anwesend sein müssen, um in dieser Analyse berücksichtigt werden zu können. Insgesamt war die Wahrscheinlichkeit bei AL-Vorgemerkten 1,7 Mal so groß wie bei nicht AL-Vorgemerkten aus EU 2004 & 2007 Staaten. Das stufte sich nach der höchsten erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung ab. Die Wahrscheinlichkeit war für AL-Vorgemerkte mit geringer Bildung 1,9 Mal, mit mittlerer Bildung ohne Matura 1,5 Mal und mit höherer Bildung 1,4 Mal so groß wie für entsprechend gebildete nicht AL-Vorgemerkte aus den EU 2004 & 2007 Staaten. Bei geringer Bildung steigert sich das Vielfache mit dem Alter, bei mittlerer und höherer Bildung gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Bei geringer Bildung beruht der Vorteil der AL-Vorgemerkten zur Hälfte auf erkennbaren, günstigeren Merkmalen bzw. Umständen und zur anderen Hälfte auf Bevorzugung. Die Bevorzugung kann sich aus besseren Deutschkenntnissen oder größerem Vertrauen in ihre oft inländischen Zeugnisse und Berufserfahrungen ergeben, über die in der Arbeitskräfteerhebung in der Regel keine Information vorliegt. Der Merkmalsvorteil steigt mit der Bildung an. Bei mittlerer Bildung ohne Matura macht er rund 83% (fünf Sechstel) des Unterschieds in der Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in eine Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit aus, bei höherer Bildung den gesamten Unterschied, in Summe über alle Bildungsschichten drei Viertel des Unterschieds.

Tab. 15: Wahrscheinlichkeit des Wechsels aus Beschäftigungslosigkeit in eine Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit zwischen einem Quartal und dem nächsten, 2011 bis 2014, Prozent

Bildung	AL-Vorgemerkte	EU 2004 & 2007 ohne AL- Vormerkung	Vielfaches AL zu EU	Anteil der Merkmale am Vorteil der AL
bis Pflicht	21	11	1,9	49
Lehre/BmS	22	14	1,5	83
ab Matura	15	11	1,4	103
Gesamt	20	12	1,7	74

Arbeitskräfteerhebung 2011 bis 2014.

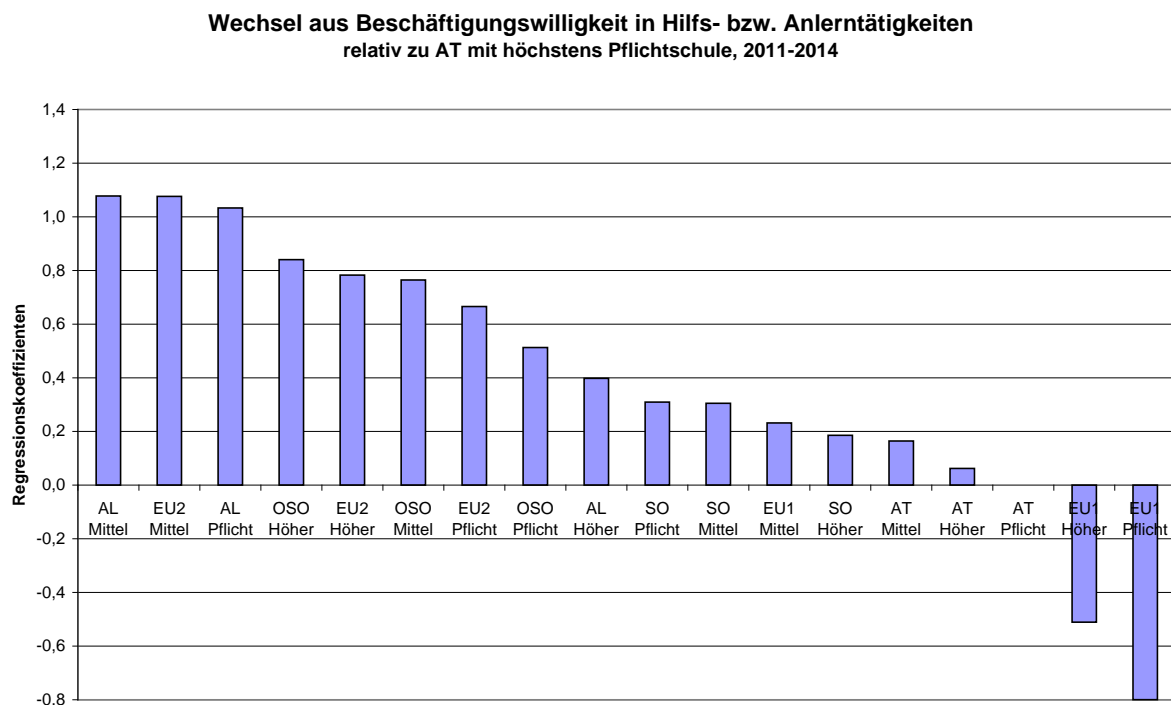
Wechsel von nicht AL-vorgemerkten EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen aus Beschäftigungslosigkeit in qualifizierte Tätigkeiten erweisen sich als äußerst unwahrscheinlich. Völlig unabhängig von der Bildungsstufe beträgt die Wahrscheinlichkeit nur 2%, während sie bei AL-Vorgemerkten mit höchstens Pflichtschulabschluss 10% beträgt, mit mittlerer Ausbildung ohne Matura 23% und bei höherer Bildung 17%. Bei beiden Herkünften sinkt die Wahrscheinlichkeit mit dem Alter, aber während sie bei AL-Vorgemerkten in der Altersgruppe unter 30 Jahren je nach Bildungsstufe bis zu 30% beträgt, sind es bei nicht AL-vorgemerkten Beschäftigungslosen aus EU 2004 & 2007 Staaten nur höchstens 5%.

Die Regressionskoeffizienten (Anhang Tab. A1) zeigen das Ausmaß der Bevorzugung an, nicht auch den Merkmalsvorteil. Es geht um die Frage, ob die Höhe der Ausbildungsabschlüsse sich nennenswert auf die Chance eines Wechsels in die eine oder andere Form auswirkt, und ob das bei allen Bildungsherkünften in gleichem Maß der Fall ist. Im vorliegenden Fall wurde die Bildung daher nicht nur neben den anderen Merkmalen als ein weiteres berücksichtigt, sondern außerdem die Möglichkeit zugelassen, dass Bildung sich bei jeder der sechs Herkünfte unterschiedlich auf die Beschäftigungschancen auswirken könnte. So entsteht ein differenziertes Bild des Zusammenhangs zwischen Herkunftsstaat, Höhe der Bildung und Chance auf Beschäftigung. Die Referenzkategorie sind nicht AL-vorgemerkte Beschäftigungssuchende mit höchstens Pflichtschulabschluss aus Österreich.

Betrachten wir zunächst die Chance von einem Quartal auf das andere aus Beschäftigungslosigkeit in eine Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit zu wechseln. Die Regressionsanalyse stellt eine Situation her, in der gleiches mit gleichem verglichen wird. Die Ergebnisse, wie sie im Folgenden präsentiert werden, gelten für Beschäftigungswillige, die sich abgesehen von der Bildungshöhe und dem Bildungsstaat nicht entlang der weiter oben aufgezählten Merkmale

und Umstände unterscheiden, die in die Regression einbezogen wurden. Wie ersichtlich (Abb. 16), haben die besten Wechselchancen AL-Vorgemerkte mit mittleren Ausbildungen ohne Matura, Beschäftigungswillige mit mittleren Abschlüssen ohne Matura aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 (EU2) und AL-Vorgemerkte mit höchstens Pflichtschulabschluss. Zwischen diesen drei Kategorien von Beschäftigungswilligen besteht praktisch kein Unterschied. Die nächste Dreiergruppe besteht aus höher Gebildeten mit Abschlüssen aus Ost- und Südosteuropa einschließlich der Türkei (OSO) oder aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 (EU2) und aus mittel Gebildeten mit Abschlüssen aus Ost- und Südosteuropa einschließlich der Türkei (OSO). An siebter Stelle, nun aber schon mit deutlichem Abstand von den Dreien an der Spitze, folgen die Beschäftigungswilligen mit höchstens Pflichtschulabschluss aus den EU2-Staaten und dann dieselben aus den OSO-Staaten. Anschließend kommen an neunter Stelle die AL-Vorgemerkten mit höherer Bildung. Dass sie in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten vermittelt werden oder ohne Vermittlung in solche abgehen, kann daran liegen, dass ihre Abschlüsse in Österreich nicht anerkannt sind, oder dass sie aus anderen Gründen nicht rasch genug bildungsadäquate Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Die ersten neun Kategorien von Beschäftigungswilligen umfassen somit alle drei Bildungsschichten der AL-Vorgemerkten sowie der nicht AL-Vorgemerkten mit Abschlüssen aus den EU2- und den OSO-Staaten. Die weiteren neun bestehen aus den drei Bildungsschichten aus sonstigen Drittstaaten, aus Österreich und aus den EU1-Staaten.

Abb. 16

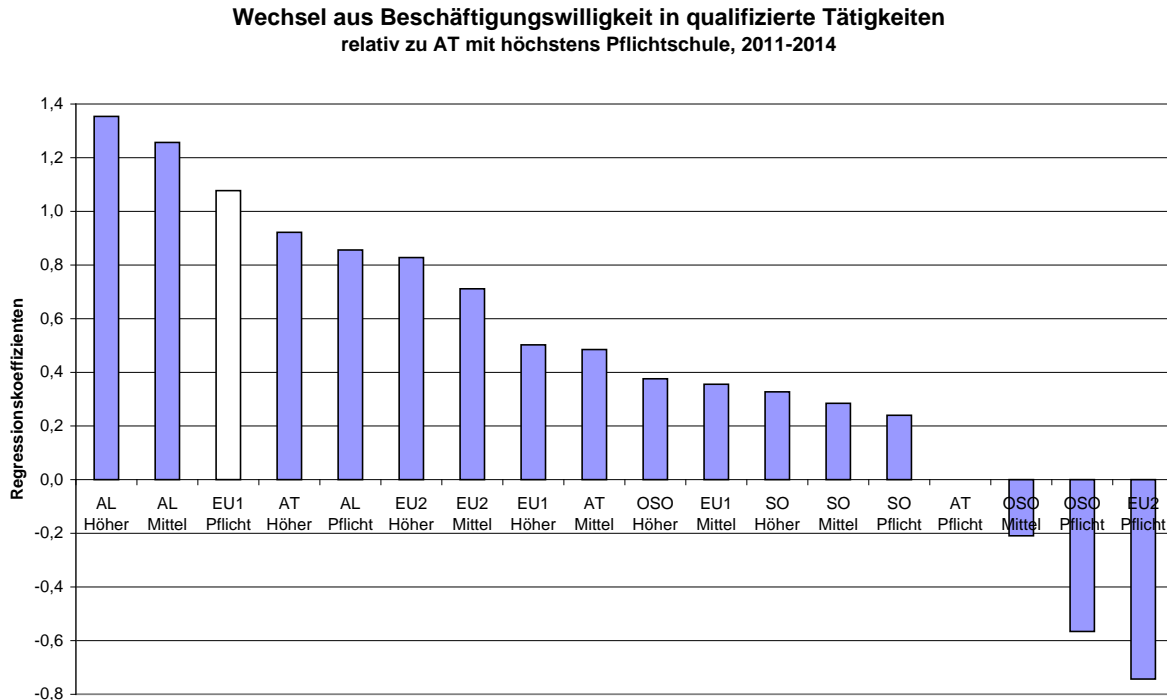


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Deutlich anders ist die Reihung und bedeutend größer sind die Unterschiede bei der Chance, von einem Quartal zum nächsten aus Beschäftigungslosigkeit in eine andere als eine Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit zu wechseln (Abb. 17). An der Spitze stehen die AL-Vorgemerkten mit höheren und dann jene mit mittleren Abschlüssen, und bereits an fünfter Stelle folgen jene mit höchstens Pflichtschule, was eventuell mit Kursteilnahmen ohne formalen Abschluss zu erklären sein könnte oder auch mit Wiederanstellungen. Dazwischen, an dritter Stelle, scheinen die Beschäftigungswilligen mit höchstens Pflichtschulabschlüssen aus den EU1-Staaten auf, aber davon gibt es so wenige, dass man diesem unerwarteten Ergebnis keine Bedeutung beimessen muss. An vierter Stelle finden sich nicht AL-Vorgemerkte mit höheren

Abschlüssen aus Österreich. An sechster Stelle, praktisch gleichauf mit den AL-Vorgemerkten mit höchstens Pflichtschule, finden sich die Beschäftigungswilligen mit höheren Abschlüssen aus EU2-Staaten. Gleich darauf, aber mit etwas Abstand kommen die Beschäftigungswilligen mit mittleren Abschlüssen aus EU2-Staaten. An achter und neunter Stelle kommen etwas abgesetzt die Beschäftigungswilligen mit höherer Bildung aus den EU1-Staaten und jene mit mittleren Abschlüssen aus Österreich. Unter den übrigen neun befinden sich alle drei Bildungsschichten aus den OSO-Staaten und aus den sonstigen Drittstaaten sowie die mittleren Abschlüsse aus EU1-Staaten und die Pflichtschule aus Österreich und den EU2-Staaten.

Abb. 17



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

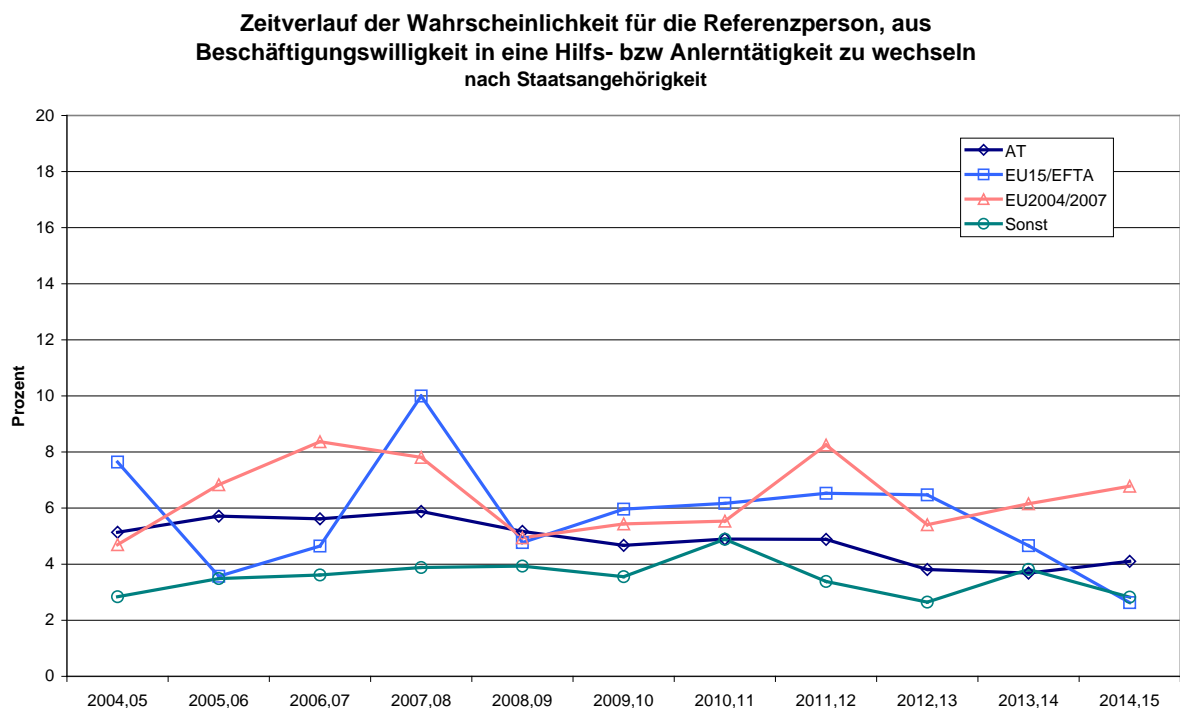
In Summe zeigt sich also, dass Beschäftigungswillige mit mittleren oder höheren Abschlüssen aus EU2-Staaten vergleichsweise gute Chancen auf eine Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeit haben. Hier können sie durchaus mit den AL-Vorgemerkten konkurrieren. Weniger ist das der Fall, wenn es um andere Tätigkeiten geht oder wenn sie nur höchstens Pflichtschule abgeschlossen haben.

AL-Vorgemerkte mit höchstens Pflichtschulabschluss haben vergleichsweise sehr gute Chancen, in Beschäftigung zu wechseln. Beim Wechsel in Hilfs- bzw. Anlern­­tätigkeiten gehören sie zu den drei Gruppen mit den besten Chancen, gleichauf mit AL-Vorgemerkten mit mittleren Ausbildungen ohne Matura und mit Beschäftigungswilligen, die ebensolche mittlere Ausbildungen in den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 gemacht haben. Auch bezüglich eines Wechsels in andere als Hilfs- bzw. Anlern­­tätigkeiten sind ihre Chancen die fünf­­besten unter 18 Gruppen, allerdings mit deutlichem Abstand hinter anderen AL-Vorgemerkten und gleichauf mit Beschäftigungswilligen mit höheren Abschlüssen aus den EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007. Das Problem, das seit 2011 zu Steigerungen der Zahl der AL-Vorgemerkten geführt hat, ist offenbar nicht, dass ihre Chancen auf einen Wechsel in Beschäftigung im Vergleich zu anderen am Arbeitsmarkt Teilnehmenden besonders schlecht wären. Wenn das nicht das Problem ist, muss es woanders liegen. In Frage kommt dabei als erstes kurze Verbleibsdauer in Beschäftigung, sodass die Wechsel in Beschäftigung stets durch Wechsel aus Beschäftigung in AL-Vormerkung kompensiert werden,

und Zustrom von noch nie Beschäftigten mit geringer Bildung aus den Haushalten in AL-Vormerkung.

Für den längeren Zeitraum 2004 bis 2015 liegt die AMS-Vormerkung nicht vor. Führt man dieselbe multinomiale logistische Regression ohne Einbeziehung dieses Merkmals durch, so erhält man als ein Ergebnis den Zeitverlauf der Übertrittswahrscheinlichkeit für die Referenzperson (weiblich, 30 Jahre alt, geringe Bildung, beschäftigungswillig aber nicht aktiv suchend oder nicht sofort verfügbar, keine Berufserfahrung, alleinstehend, in Wien wohnhaft) aus Beschäftigungswilligkeit in eine Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeit (Abb. 18). Für eine Referenzperson mit österreichischer Staatsangehörigkeit ist die Übertrittswahrscheinlichkeit von etwa 6% im Aufschwung vor 2008 auf etwa 5% nach der Rezession 2009 und etwa 4% nach dem Aufschwung 2011 gesunken. Für eine Referenzperson mit Staatsangehörigkeit der EU 2004 und 2007 Staaten war sie seit 2005 fast immer höher, schwankte zwischen etwa 5% und etwa 8% und war in hohem Maß konjunkturabhängig. Zwischen den beiden Verläufen besteht kein nachweisbarer Zusammenhang ( $r=0,37$ , d.h.  $r^2=0,13$ ,  $F=1,40$  mit 10 Freiheitsgraden statt dem für konventionelle Signifikanz erforderlichen  $F=4,96$ ). Das heißt, die Beschäftigungschancen der einen Referenzperson sind nicht von jenen der anderen abhängig. Zeichnete man in Abb. 18 auch noch eine Linie für die EU 2004 und 2007 Referenzperson ein, nachdem sie mit höherer Bildung versehen wurde, dann verlief sie ab 2011-2012 fast identisch mit der in Abb. 18 enthaltenen Linie der Referenzperson mit österreichischer Staatsangehörigkeit. Das heißt, die Übertrittswahrscheinlichkeit in eine Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeit war mit höherer Bildung aus den EU 2004 und 2007 Staaten gleich wie mit geringer Bildung aus Österreich.

Abb. 18



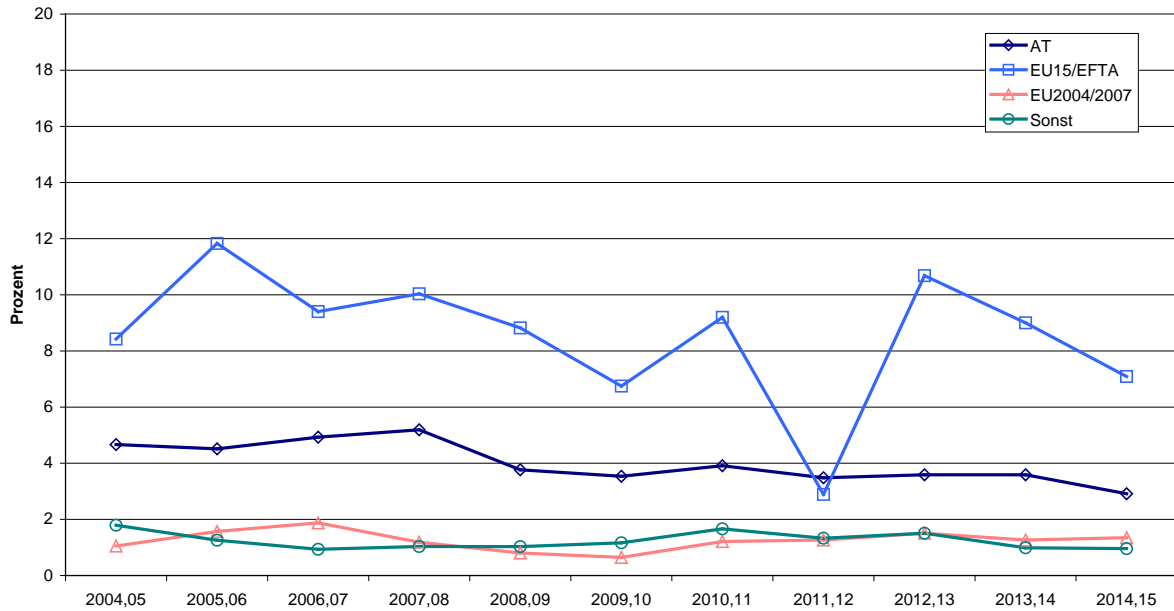
Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Dieselbe Referenzperson hat selbstverständlich auch nur geringe Wahrscheinlichkeit eines Übertritts in eine qualifizierte Tätigkeit. Bei österreichischer Staatsangehörigkeit erreichte sie im Aufschwung vor 2008 einmal 5%, lag seither aber beständig knapp unter 4% und fiel 2014-2015 auf nur mehr 3%. Mit Staatsangehörigkeit der EU 2004 und 2007 Staaten lag sie die ganze Zeit über unter 2%, reagierte aber in den letzten Jahren nicht mehr so stark auf die

Konjunktur wie bis 2011. Der Zusammenhang zwischen den beiden Verläufen ist noch schwächer als beim Übertritt in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten ( $r=0,29$ ,  $r^2=0,08$ ,  $F=0,81$ ).

Abb. 19

**Zeitverlauf der Wahrscheinlichkeit für die Referenzperson, aus  
Beschäftigungswilligkeit in eine qualifizierte Tätigkeit zu wechseln  
nach Staatsangehörigkeit**

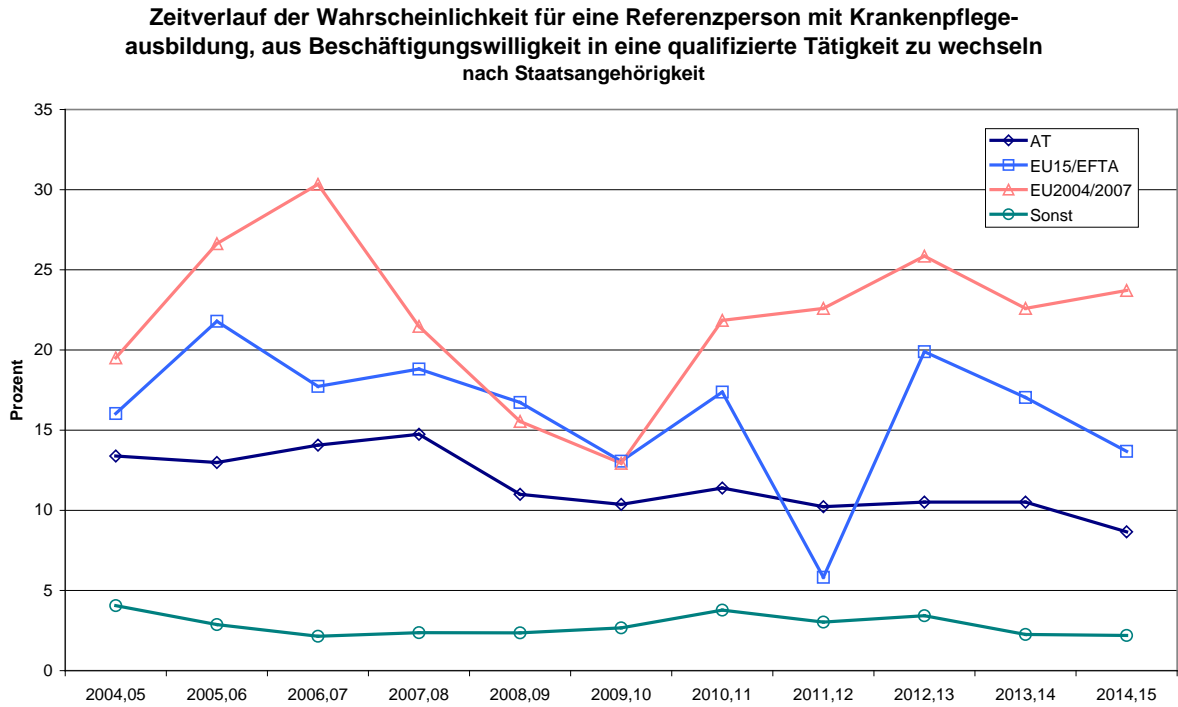


Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.



Verleiht man der Referenzperson eine Krankenpflegeausbildung, so stellt sich die Wahrscheinlichkeit des Wechsels aus Beschäftigungswilligkeit in eine qualifizierte Tätigkeit markant anders dar (Abb. 20), aber der Zusammenhang zwischen dem Zeitverlauf bei österreichischer und bei EU 2004 bzw. 2007 Staatsangehörigkeit wird noch geringer ( $r=0,27$ ,  $r^2=0,07$ ,  $F=0,72$ ).

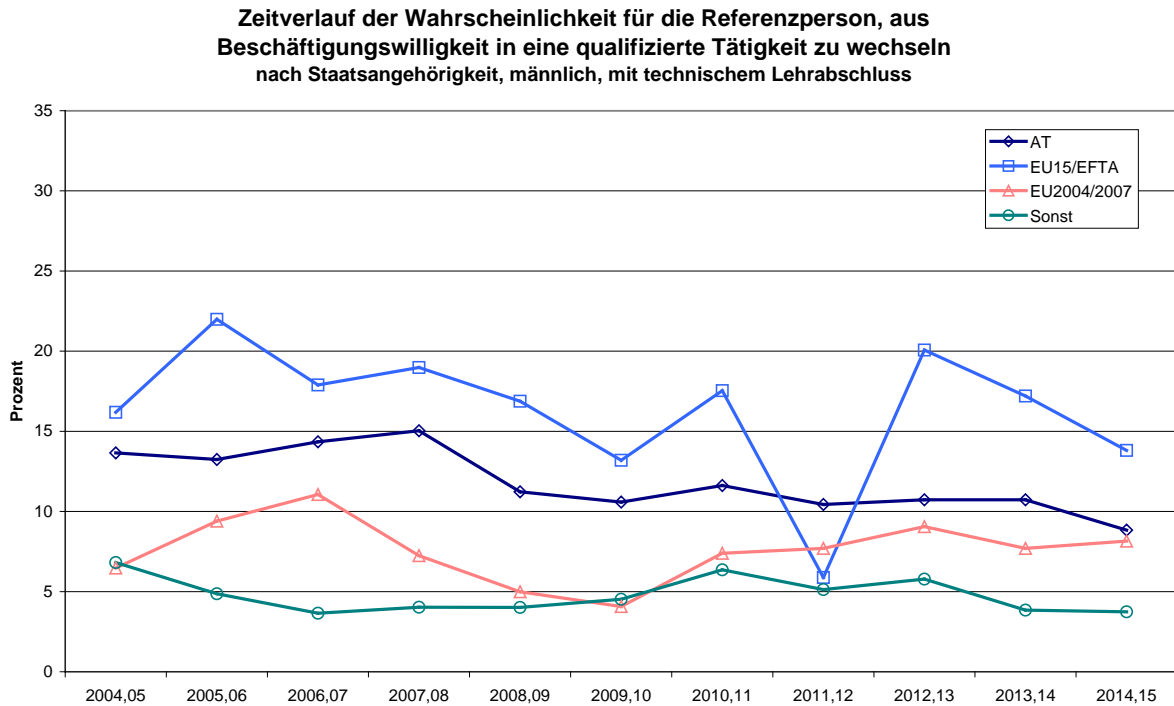
Abb. 20



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Lässt man die Referenzperson männlich sein und verleiht man ihr einen Lehrabschluss in einem technischen Fach, entsteht nochmals ein anderes Bild (Abb. 21), aber ein Zusammenhang zwischen den beiden Zeitverläufen stellt sich neuerlich nicht her ( $r=0,28$ ,  $r^2=0,08$ ,  $F=0,77$ ).

Abb. 21



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

## 4. Die Wahrscheinlichkeit, in Beschäftigung zu sein

### Überblick

In diesem Kapitel wird die Wahrscheinlichkeit untersucht, dass jemand in Beschäftigung ist und ob das eine Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeit oder eine qualifizierte Tätigkeit ist. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, ob die Freizügigkeit ab 2011 für Staatsangehörige von EU 2004 Mitgliedsstaaten sich in den Zeitverläufen der Beschäftigungswahrscheinlichkeit und der Erwerbstätigenraten von österreichischen Staatsangehörigen bemerkbar machen. Die Anzeichen für konjunkturelle Einflüsse sind eindeutig, und auch dass sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit für EU 2004 und 2007 Staatsangehörige ab 2011 verbessert haben ist ersichtlich, nicht aber dass von letzterem ein negativer Einfluss auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit oder die Erwerbstätigenraten der österreichischen Staatsangehörigen ausgegangen wäre.

In diesem Kapitel werden auch die Erwerbstätigenraten früherer Flüchtlingsgruppen betrachtet. Diese erweisen sich auch nach 15 Jahren Aufenthalt noch als rezessionsanfällig. Bei den erst 2002 bis 2005 aus Russland zugezogenen Personen – weitgehend tschetschenische Flüchtlinge – zeigt sich, dass Steigerungen der Erwerbstätigenrate stark vom Wirtschaftswachstum abhängig sind und auch zuletzt erst 50% erreicht hatten, was vor allem auf die niedrige Erwerbstätigenrate der Frauen zurückgeht.

## Beschäftigung

Um herauszufinden, von welchen Faktoren die Wahrscheinlichkeit, in Beschäftigung zu sein, abhängt, wurde eine Regressionsanalyse durchgeführt. Sie umfasste den Zeitraum von Mitte 2004 bis Mitte 2015, also 44 Quartale der Arbeitskräfteerhebung. Um zwischen der Wahrscheinlichkeit von Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeiten und jener in anderen Tätigkeiten, jeweils im Vergleich zu Beschäftigungslosigkeit, unterscheiden zu können, wurde sie als multinomiale logistische Regression angelegt. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit, in einer qualifizierten Tätigkeit, separat von der Wahrscheinlichkeit, in einer Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeit beschäftigt zu sein, modelliert, aber beides in Bezug auf die Option, nicht beschäftigt zu sein. Herausgefunden wird, wie viel die einzelnen Ausprägungen jeder in das Modell einbezogenen Einflussvariable dazu beiträgt, dass jemand beschäftigungslos oder in einer Hilfs- bzw. Anlern-tätigkeit beschäftigt bzw. beschäftigungslos oder in einer qualifizierten Tätigkeit beschäftigt ist.

Befragte unter 25 Jahren, die sich in Ausbildung befanden, wurden nicht in die Analyse einbezogen, aber alle anderen Befragten im Erwerbsalter, die nicht mehr schulpflichtig waren (Frauen bis 59, Männer bis 64 Jahre).

Die Regression wurde für jede von vier Gruppen von Staatsangehörigkeiten separat durchgeführt, und zwar Österreich, EU15/EFTA Staaten, EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007, andere Staaten. Als Einflussvariablen wurden das Alter in Einzeljahren, sein Quadrat, das Geschlecht, die Fachrichtung der Ausbildung in sieben Gruppierungen, die Haushaltsstruktur, die wohnrechtliche Situation, das Bundesland, die örtliche Siedlungsstruktur, das Quartal und das Jahr einbezogen. Im Detail waren das die folgenden Variablen:

- **Ausbildung:** Sie wurde zu drei Kategorien zusammengefasst, nämlich Abschlüsse von der Matura aufwärts, mittlere Abschlüsse ohne Matura, und abgeschlossene Pflichtschule und darunter; letzteres war die Referenzkategorie.
- **Fachrichtung der Ausbildung:** Sie wurde zu sieben Kategorien zusammengefasst, nämlich allgemein bildende Abschlüsse (Referenz), medizinisch-pflegerische, technisch-naturwissenschaftliche, wirtschaftsbezogene, pädagogisch-sozialpflegerische, auf Büro und Verwaltung bezogene und sonstige Abschlüsse. Die Fachrichtungen können alle Ausbildungsebenen betreffen.
- **Alter:** Das Alter liegt in Einzeljahren vor; es wurde bei allen um 30 Jahre verringert, so dass in der Analyse die Referenzperson 30 Jahre alt ist. Zusätzlich wurde das Quadrat der Variable in der Analyse verwendet, um nichtlineare Effekte des Alters einzufangen zu können, vor allem dass Beschäftigung sowohl zu Beginn als auch gegen Ende des Erwerbsalters weniger wahrscheinlich ist als dazwischen.
- **Geschlecht:** Weiblich wurde als Referenz verwendet; der Regressionskoeffizient bezieht sich somit auf männlich.
- **Partnerin oder Partner:** Zwei Ausprägungen, nämlich ob im Haushalt vorhanden oder nicht.
- **Partnerin oder Partner aus Österreich:** Zwei Ausprägungen, nämlich ob die Partnerin bzw. der Partner, falls im Haushalt vorhanden, den höchsten Abschluss in Österreich gemacht hat oder nicht. Die Inklusion dieser Variable geht auf Duvander (2001) zurück, die eine ähnliche Variable als einen Indikator für den Informationsstand und die Vernetzung im Inland verwendet hat.
- **Arbeitszeit der Haushaltsmitglieder:** Die summierte wöchentliche Arbeitszeit der anderen Haushaltsmitglieder außer der befragten Person selbst wurde in die Analyse einbezogen, um die Arbeitsmarktverankerung des Haushalts und damit in Ansätzen auch den Informationsstand über Beschäftigungsmöglichkeiten abzubilden. Die herangezogene Arbeitszeit war die Normalarbeitszeit in der Hauptbeschäftigung in Summe mit der tatsächlichen Arbeitszeit in einer allfälligen Zweitbeschäftigung. Das Quadrat dieser Variable wurde ebenfalls einbezogen, weil sowohl sehr geringe Erwerbsbeteiligung der anderen

Haushaltsmitglieder als auch besonders hohe die eigene Erwerbsbeteiligung behindern könnte.

- Wohnrechtliche Situation: Da eine Vermögensangabe fehlt, ist es manchmal sinnvoll, die wohnrechtlichen Unterschiede in eine Analyse einzubeziehen. Da der Mikrozensus außer der Arbeitskräfteerhebung auch detaillierte Fragen zur Wohnsituation enthält, ist das möglich. Unterschieden wurde zwischen Eigentum (Haus oder Wohnung), privater Miete, Miete bei einer Genossenschaft, Miete im Gemeindebau, Dienstwohnungen und unentgeltlicher Wohnung (Referenzkategorie). Für 2004 war die Unterscheidung zwischen den drei Mietformen nicht verfügbar.
- Bundesland: Das Wohnbundesland wurde in den gegebenen neun Kategorien einbezogen. Wien war Referenz.
- Urbanität: Die Variable liegt in drei Kategorien vor, die man von der Intention her mit urban, suburban und dörflich umschreiben kann. Urban wurde als Referenzkategorie verwendet. Kategorisiert werden Gemeinden, sodass unabhängig von ihrer Größe sich jede Gemeinde in nur einer Kategorie befindet. Das Bundesland Wien ist daher in seiner Gesamtheit urban.
- Quartal: Das erste Quartal (Januar bis März) bildete die Referenzkategorie.
- Jahr: Es wurden Zwölfmonatsperioden von Jahresmitte bis Jahresmitte verwendet. Der Grund war, dass die Daten bis Mitte 2015 vorlagen und aus Aktualitätsgründen nicht auf das erste Halbjahr 2015 verzichtet werden sollte.

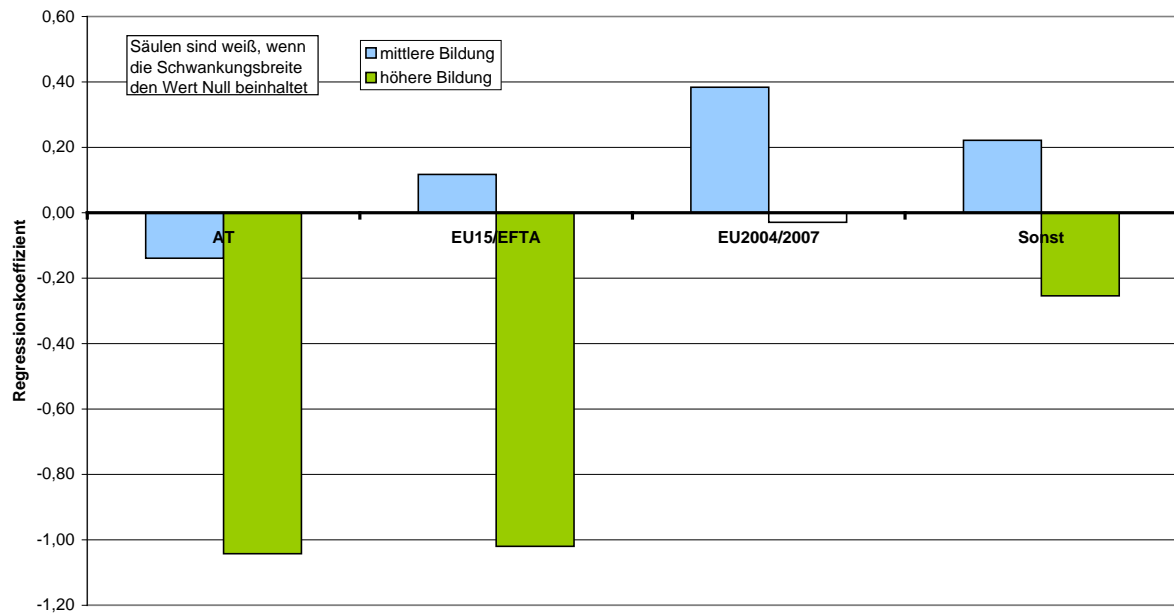
Erwartet wird, dass unter ansonsten vergleichbaren Umständen, wie sie durch die Regressionsanalyse quasi simuliert werden, die Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten umso unwahrscheinlicher wird, je höher die Bildung ist, während gleichzeitig die Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten wahrscheinlicher wird. Das bestätigt sich nur zum Teil. Im Ergebnis zeigt sich (Abb. 22, Anhang Tab. A2):

- Für österreichische Staatsangehörige ist unter vergleichbaren Umständen die Wahrscheinlichkeit, mit mittlerer Bildung ohne Matura in einer Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeit beschäftigt zu sein, nur wenig, aber nachweislich niedriger als mit höchstens Pflichtschulabschluss, während sie mit höherer Bildung sehr viel niedriger ist.
- Auch bei EU15 und EFTA Staatsangehörigkeiten ist die Wahrscheinlichkeit mit höherer Bildung eindeutig geringer als mit nur Pflichtschule, aber mit mittlerer Bildung ist sie größer, wenn auch aufgrund der Fallzahlen nicht in statistisch nachweisbarem Ausmaß.
- Bei EU 2004 & 2007 Staatsangehörigkeiten ist dagegen die Wahrscheinlichkeit mit höherer Bildung gleich groß wie mit geringer. Mit mittlerer Bildung ist sie größer.
- Bei Drittstaatsangehörigen ist die Wahrscheinlichkeit mit mittlerer Bildung ohne Matura etwas größer und mit höherer Bildung etwas niedriger als mit höchstens Pflichtschule. Der Effekt höherer Bildung ist weit geringer als bei Staatsangehörigkeit Österreich oder EU15/EFTA.

Zusammengenommen ergibt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, in einer Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeit beschäftigt zu sein statt in einer qualifizierten und statt Beschäftigungslosigkeit, durch mittlere Bildung ohne Matura aus dem Ausland im Vergleich zu geringer Bildung aus dem Ausland gesteigert wird, und zwar bei den EU 2004 & 2007 Staatsangehörigen mehr als bei anderen ausländischen Staatsangehörigkeiten. Nur bei Staatsangehörigkeit Österreich ist die Wahrscheinlichkeit der Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten mit mittlerer Bildung kleiner als mit geringer Bildung. Gleichzeitig zeigt sich, dass höhere Bildung nur dann gegen Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten immunisiert, wenn sie aus Österreich oder den EU15/EFTA Staaten stammt. Wieder speziell bei Staatsangehörigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 ist höhere Bildung nicht etwas, was den Zugang zu Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten weniger wahrscheinlich machte als mit nur Grundbildung.

Abb. 22

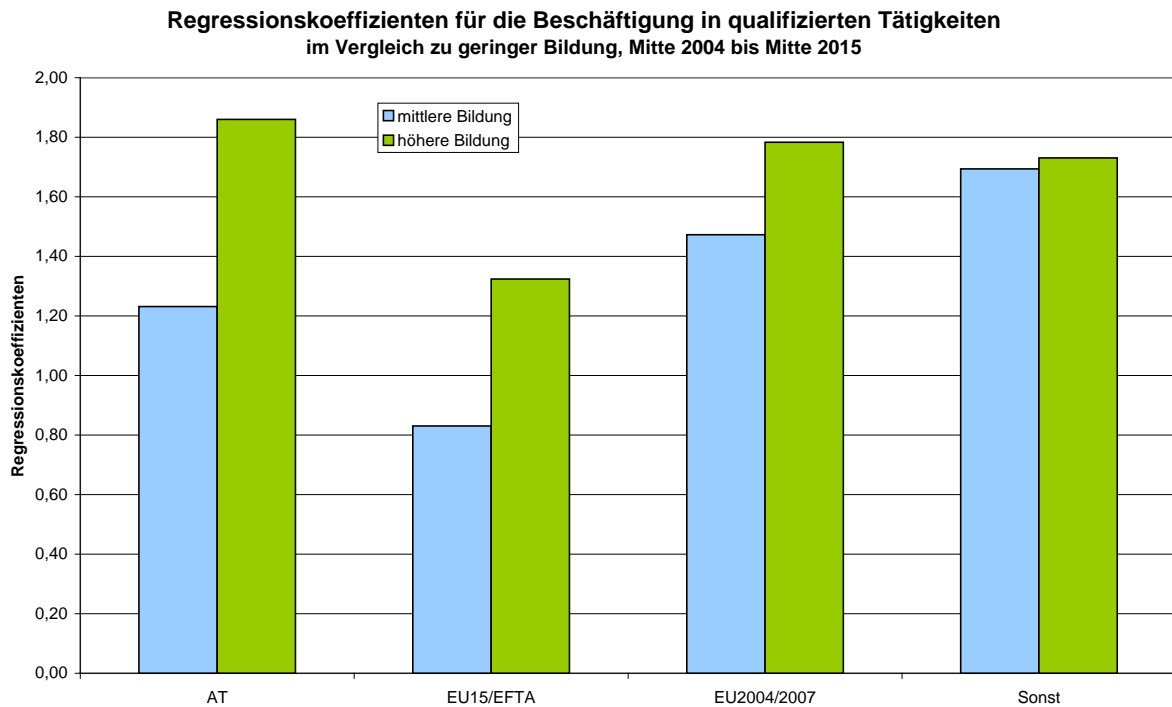
**Regressionskoeffizienten für die Beschäftigung in Hilfs- bzw Anlerntätigkeiten  
im Vergleich zu geringer Bildung, Mitte 2004 bis Mitte 2015**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Die Wahrscheinlichkeit, unter vergleichbaren Umständen in qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt zu sein statt in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten und statt Beschäftigungslosigkeit, ist mit mittlerer Bildung bei allen vier Staatsangehörigkeiten größer als mit höchstens Pflichtschule und ist mit höherer Bildung nochmals ein wenig größer, bei Drittstaatsangehörigen allerdings um vernachlässigbar wenig (Abb. 23). Die Situation für Arbeitskräfte mit Staatsangehörigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 ist nicht signifikant verschieden von jener der österreichischen Staatsangehörigen.

Abb. 23



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

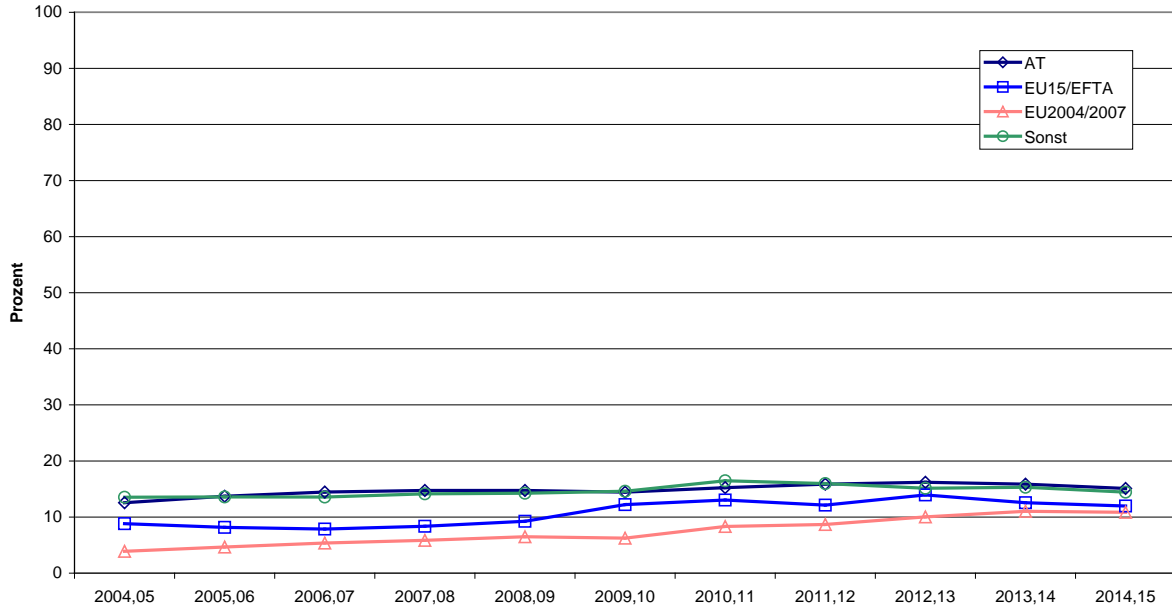
Von den übrigen Einflüssen ist vor allem jener des Zeitverlaufs von Interesse. Daran sollte erkennbar sein, ob es eher konjunkturelle oder eher unionsrechtliche Zäsuren sind, die Auswirkungen auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der österreichischen Staatsangehörigen hatten. Zieht man wieder die Referenzperson heran (weiblich, 30 Jahre alt, geringe Bildung, wohnhaft in Wien), dann hatte sich bei österreichischer Staatsangehörigkeit ihre Wahrscheinlichkeit, in einer Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit beschäftigt zu sein, von rund 13% im Jahr 2004 auf rund 16% im Jahr 2012 gesteigert und ging danach wieder auf 15% zurück (Abb. 24). Die entsprechende Wahrscheinlichkeit bei EU 2004 und 2007 Staatsangehörigkeit stieg von 2004 bis 2008 von etwa 4% auf etwa 6%, verlief in der Rezession flach, stieg 2010 bis 2013 auf 11% und blieb 2014 dort. Der Abstand zwischen den Wahrscheinlichkeiten der Beschäftigung in einer Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit der beiden Referenzpersonen wurde kleiner. Die beiden Verläufe stehen in einem positiven Verhältnis zueinander, das heißt, sie reagierten auf dieselben äußeren Einflüsse in ähnlicher Weise und beeinträchtigen einander nicht ( $r=0,85$ ,  $r^2=0,73$ ,  $F=24,02$ ).

Wäre die Referenzperson männlich, so ergäbe sich das Bild von Abb. 25. Ihre Wahrscheinlichkeit, in einer Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit beschäftigt zu sein, stieg von rund 15% im Jahr 2004 auf rund 20% im Jahr 2012 und ging danach wieder leicht zurück. Die entsprechende Wahrscheinlichkeit bei EU 2004 und 2007 Staatsangehörigkeit stieg von 2004 bis 2008 von etwa 6% auf etwa 10%, verlief in der Rezession flach, stieg 2010 bis 2013 auf 17% und blieb 2014 dort. Seit 2013 unterscheiden sich die Wahrscheinlichkeiten der Beschäftigung in einer Hilfs- bzw. Anlernertätigkeit zwischen den beiden Referenzpersonen praktisch nicht mehr. Die

beiden Verläufe stehen in einem positiven Verhältnis zueinander, das heißt, sie reagierten auf dieselben äußeren Einflüsse in ähnlicher Weise und beeinträchtigen einander nicht ( $r=0,86$ ,  $r^2=0,73$ ,  $F=24,96$ ).

Abb. 24

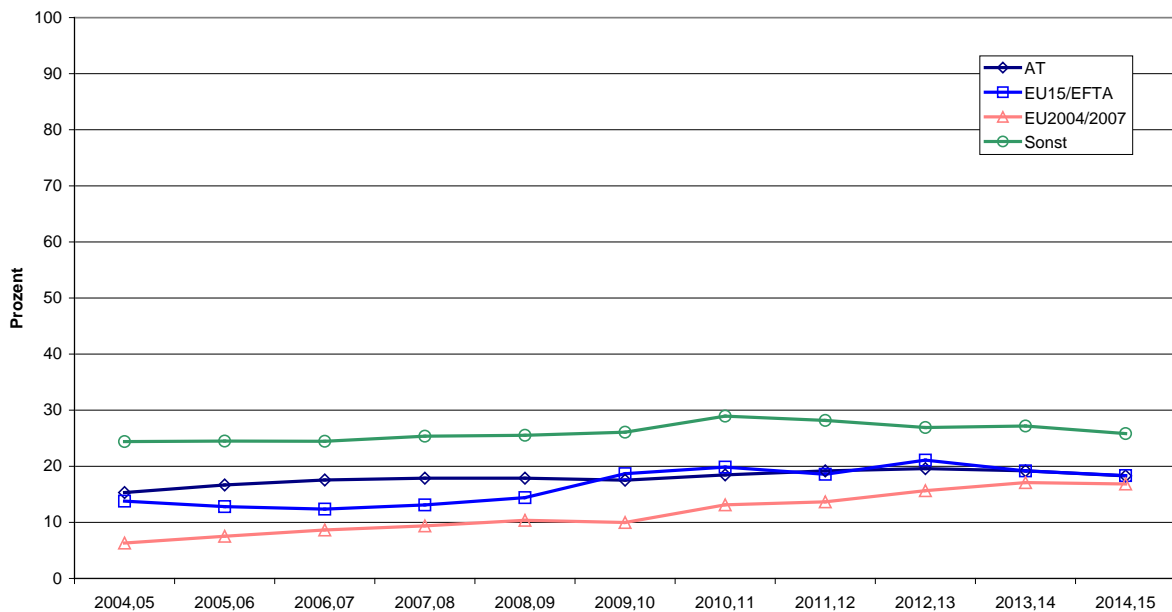
**Zeitverlauf der Wahrscheinlichkeit für die Referenzperson, in einer Hilfs- bzw Anlerntätigkeit beschäftigt zu sein**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Abb. 25

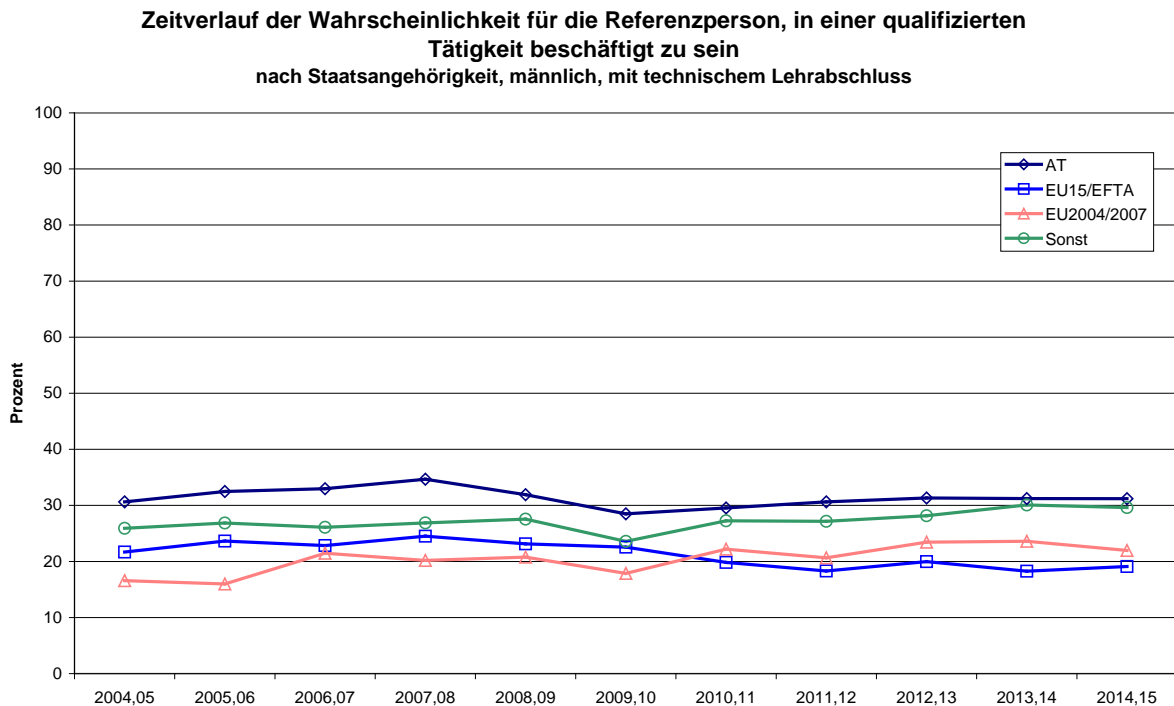
**Zeitverlauf der Wahrscheinlichkeit für die Referenzperson, in einer Hilfs- bzw Anlerntätigkeit beschäftigt zu sein**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Deutlich anders ist die Sachlage bei den qualifizierten Tätigkeiten. Betrachten wir einen 30-jährigen, in Wien wohnenden Mann mit einem technisch orientierten Lehrabschluss, dann zeigt sich bei Neutralisierung der anderen Einflüsse, dass die Wahrscheinlichkeit der österreichischen Staatsangehörigen in einer qualifizierten Tätigkeit beschäftigt zu sein statt in einer Hilfs- bzw. Anlerntätigkeit oder statt Beschäftigungslosigkeit 2007-2008 einen Höhepunkt erreichte, dann zwei Jahre lang nach unten ging und sich bis 2012-2013 auf jenes niedrigere Niveau erholte, das sie auch 2014-2015 hielt (Abb. 26). Bei den EU15/EFTA Staatsangehörigen hat sich bereits seit 2010-2011 das Niveau praktisch nicht mehr geändert, nachdem es bis 2008-2009 darüber gelegen war. Die Wahrscheinlichkeit der Drittstaatsangehörigen stieg, abgesehen vom einjährigen Einbruch 2009-2010, und zwar besonders ab 2011, sodass sie seit 2013 praktisch gleich wie bei den österreichischen Staatsangehörigen sind. Die Wahrscheinlichkeit der EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen, in einer qualifizierten Tätigkeit beschäftigt zu sein, zeigt über den ganzen Zeitraum eine recht markante Konjunkturabhängigkeit und liegt deutlich unter jener der Referenzperson mit österreichischer Staatsangehörigkeit. Es existiert keinerlei Zusammenhang zwischen den beiden Verläufen ( $r=0,05$ ,  $r^2=0,00$ ,  $F=0,02$ ).

Abb. 26



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Weiters ist die Wahrscheinlichkeit der Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten statt Beschäftigungslosigkeit und statt Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten für EU 2004 & 2007 Staatsangehörige besonders in Oberösterreich und in Tirol, möglicherweise auch in Vorarlberg, größer als in Wien. Bei den qualifizierten Tätigkeiten bestehen nur geringe Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Ländliche Gebiete bieten EU15/EFTA ebenso wie EU 2004 und 2007 Staatsangehörigen etwas bessere Chancen auf Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten als urbane und suburbane, aber statistisch gut abgesichert ist das nicht. Weder bei den österreichischen Staatsangehörigen noch bei Drittstaatsangehörigen ist ein entsprechender Hinweis zu erkennen.



## Die Angleichung der Erwerbstätigenraten

Man kann einen Syllogismus formulieren: Die Bevölkerung mit Bildung aus den EU15/EFTA-Staaten weist in etwa dieselbe Erwerbstätigenrate auf wie jene aus Österreich; seit Mai 2011 hat die Bevölkerung aus den 2004 der EU beigetretenen Staaten am Arbeitsmarkt dieselben Rechte wie zuvor schon jene aus den EU15/EFTA-Staaten; folglich wird auch die Erwerbstätigenrate der Bevölkerung aus den 2004 der EU beigetretenen Staaten sich angleichen. Die Frage ist nun, ob sich das tatsächlich so ereignet.

Berechnet man die Erwerbstätigenrate ganz konventionell als Anteil der ILO-Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, so stieg jene der Bevölkerung mit im Inland gemachtem höchstem Bildungsabschluss von 2004 bis 2008 von rund 70% auf rund 75% und blieb bis 2014 auf diesem Niveau (Abb. 27). Der Tiefpunkt nach 2008 waren die 74,4% im Krisenjahr 2009, auf die ein langsamer, aber beharrlicher Anstieg auf 75,7% im Jahresdurchschnitt 2014 folgte.

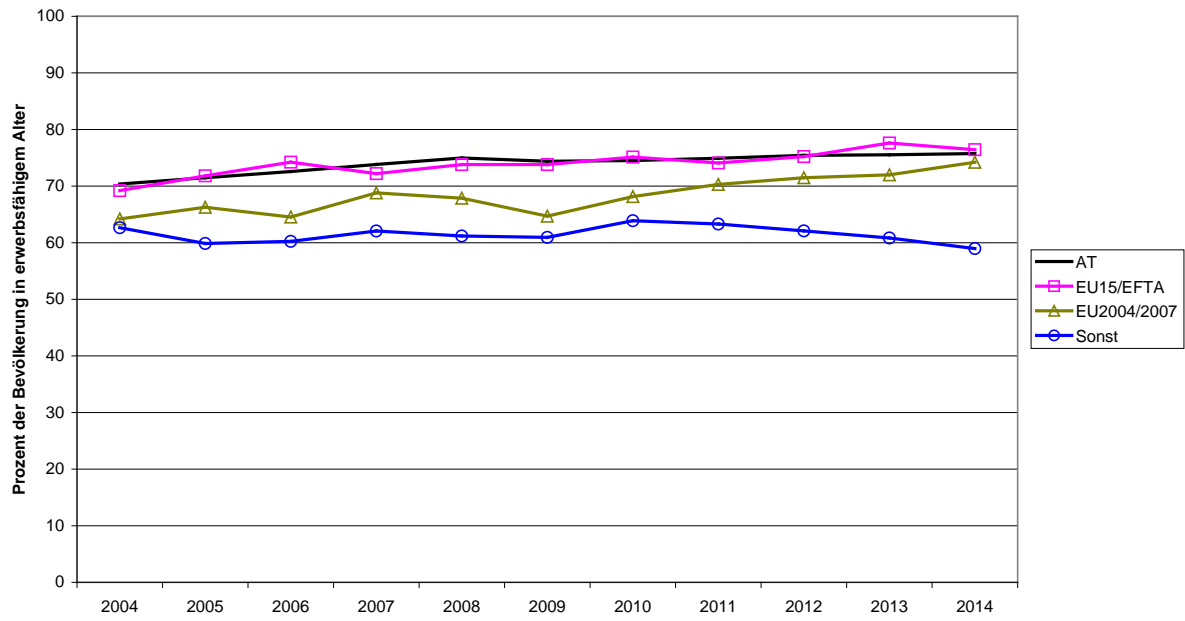
Sehr ähnlich verhält es sich bei der Bevölkerung mit Bildungsabschlüssen aus den EU15/EFTA Staaten. Die Entwicklung ging von 69% im Jahr 2004 auf 74% in den Jahren 2008 und 2009 und von da in den Bereich von 77% bzw. 76% in den Jahren 2013 und 2014.

Eine bemerkenswerte Entwicklung hat die Erwerbstätigenrate der Bevölkerung mit Abschlüssen aus den 2004 und 2007 beigetretenen EU Mitgliedsstaaten genommen. Während sie von 2004 bis 2008 jedes Jahr zwischen 5 und 8 und 2009 sogar 10 Prozentpunkte unter jener der Bevölkerung mit Abschlüssen aus Österreich lag, schloss sich die Lücke ab 2010 relativ rasch und betrug 2014 nur mehr 1,5 Prozentpunkte. Die größten Verringerungen traten dabei von 2010 auf 2011 auf, als sich die Lücke um 1,7 Prozentpunkte verkleinerte, und von 2013 auf 2014, als sie um 2,0 Prozentpunkte kleiner wurde, also genau jeweils zu den Zeitpunkten, an denen die Übergangsfristen ausliefen. Von 2004 bis 2008 stieg die Erwerbstätigenrate von 64% auf 68% und von 2010 bis 2014 von 68% auf 74%. Während in der Phase bis 2008 noch ein konjunkturelles Auf und Ab zu erkennen ist, war das in der zweiten Phase nicht der Fall, wenngleich sie Jahre mit langsamerem und Jahre mit schnellerer Zunahme der Erwerbstätigenrate aufweist. In der Folge betrug der trendmäßige Anstieg in der ersten Phase 1,0, in der zweiten 1,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Ungünstig hat sich dagegen die Erwerbstätigenrate der Bevölkerung mit Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten (einschließlich Kroatien) entwickelt. Sie verharrte von 2005 bis 2009 im Bereich zwischen 60% und 62%, und fiel von 2010 bis 2014 kontinuierlich von rund 64% auf 59%, wobei man sogar eine sich allmählich verstärkende Tendenz unterstellen kann. Während der Abstand zur Erwerbstätigenrate der Bevölkerung mit Abschlüssen aus den neuen EU Mitgliedsstaaten bis 2010 nie größer als 7 Prozentpunkte gewesen war, waren es 2014 bereits 15 Prozentpunkte.

Abb. 27

**Konventionelle ILO-Erwerbstätigenrate  
nach Bildungsstaat**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

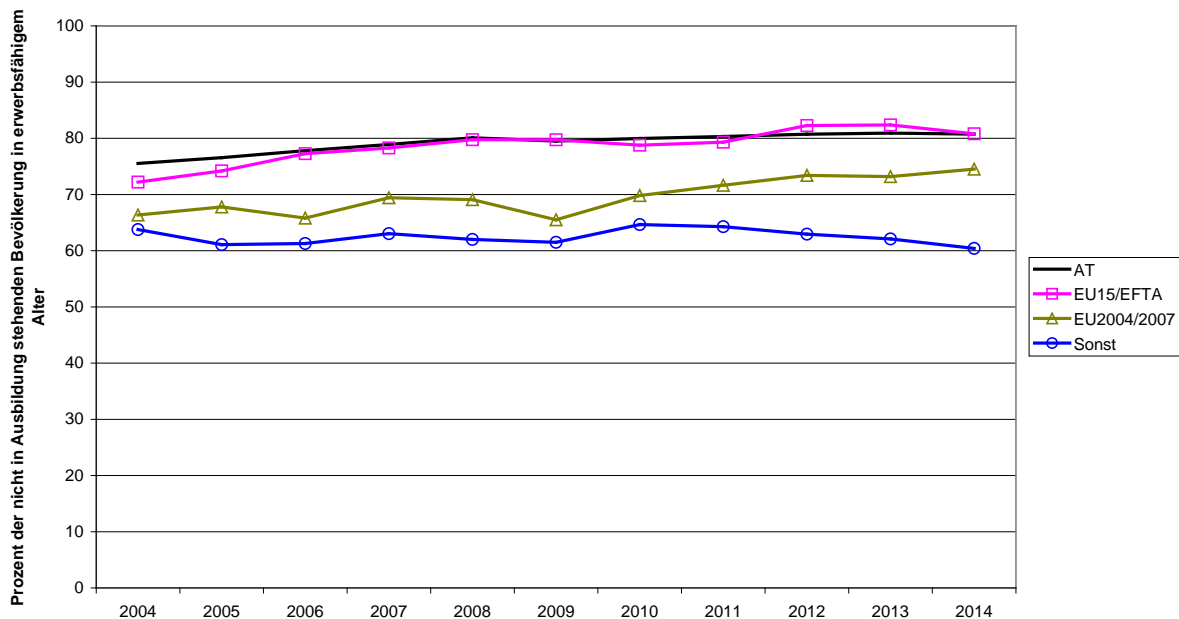
Die konventionelle Erwerbstätigenrate hat den Nachteil, dass sie sich auch auf Teile der Bevölkerung bezieht, deren Erwerbstätigkeit gar nicht erwünscht ist, weil sie zwar in erwerbsfähigem Alter, aber noch in Ausbildung sind. Es ist daher sinnvoll, daneben auch eine modifizierte Erwerbstätigenrate zu beobachten, in deren Berechnung, die in Ausbildung befindliche Bevölkerung unter 25 Jahren nicht enthalten ist, und zwar weder im Zähler (Erwerbstätige) noch im Nenner (Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter) (Abb. 28).

In dieser modifizierten Erwerbstätigenrate sind die Verläufe 2004 bis 2014 ähnlich wie in der konventionellen, aber die Abstände sind größer, und zwar weil sich die Modifikation vor allem bei der Bevölkerung mit Abschlüssen aus Österreich und den anderen EU15/EFTA Staaten auswirkt, bei der sie dadurch um etwa 5 Prozentpunkte höher ist. Bei der Bevölkerung aus den neueren EU-Mitgliedsstaaten ergibt sich praktisch keine Veränderung und auch bei jener aus Drittstaaten fällt sie minimal aus.

Deutlicher sichtbar als zuvor wird der Aufholprozess der EU15/EFTA Erwerbstätigenrate 2004 bis 2008 und ihre anschließende Konjunkturabhängigkeit mit einem leichten Rückgang in der Krise 2009, einem Anstieg im Jahr 2012 und einem neuerlichen Rückgang 2014. Die Erwerbstätigenrate der EU 2004 & 2007 zeigt dagegen nach 2010 einen von der Konjunktur nicht ganz, aber weitgehend unabhängigen Steigerungstrend.

Abb. 28

ILO-Erwerbstätigenrate der nicht in Ausbildung befindlichen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, nach Bildungsstaat



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Eine Beeinträchtigung der Erwerbschancen der Bevölkerung mit im Inland gemachten Abschlüssen ist hier vorderhand nicht auszumachen. Denkbar wäre aber selbstverständlich, dass ihre Erwerbstätigenrate rascher gestiegen wäre, wenn jene der Bevölkerung aus den Nachbarstaaten weniger rasch zugenommen hätte. Ebenso ist aber umgekehrt denkbar, dass sie nicht gestiegen wäre, wenn nicht die Konsumnachfrage der zusätzlichen Beschäftigten aus dem Ausland dazugekommen wäre. Bestünde ein folgenreicher Zusammenhang in die eine oder die andere dieser beiden Richtungen, so würde man in den Verlaufskurven der Erwerbstätigenrate der Bevölkerung aus Österreich der beiden voran stehenden Abbildungen einen Knick im Gefolge der rechtlichen Gleichstellung per Mai 2011 erwarten. Dieser tritt nicht auf, weder 2011 noch in den Jahren seither. Vielmehr ist eine markante Verlaufs-

änderung ab 2008, also beim Ausbruch der Krise 2009, zu erkennen. Seit diesem Zeitpunkt sind die jährlichen Steigerungen der Erwerbstätigenrate deutlich geringer als während des Aufschwungs 2004 bis 2008.

### **Nimmt das Arbeitszeitvolumen zu?**

Die Erwerbstätigenrate ist niedriger, wenn berücksichtigt wird, dass nicht alle vollzeitbeschäftigt sind. Die Veränderung des Arbeitszeitvolumens muss nicht parallel mit jener der Zahl der Beschäftigten erfolgen, sondern kann einigermäßen abgekoppelt sein. So hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Berichte gegeben, das Arbeitszeitvolumen bleibe trotz steigender Beschäftigung gleich (AK Wien 2015; Höller 2015).

Da die Arbeitszeit einzig aus dem Mikrozensus bekannt ist, kann die Vermutung nur in Bezug auf die Hauptwohnsitzbevölkerung überprüft werden, nicht aber in Bezug auf Beschäftigte, die keinen Hauptwohnsitz im Inland haben. Zuwächse des Arbeitszeitvolumens, die auf Einpendler entfallen, blieben somit unsichtbar.

Die Arbeitszeit ist eine der weniger verlässlichen Angaben in der AKE, und zwar ist besonders jene der Männer tendenziell übertrieben. Daher wurde die Fragestellung in der AKE 2008 überarbeitet, sodass die Antworten davor und danach nicht genau vergleichbar sind. Wie groß der Effekt der Umstellung ist, lässt sich nicht sagen. Die Kolleginnen bei Statistik Austria schätzen ihn als eher gering ein. Möglicherweise betraf bzw. betrifft das Problem eher die selbständig Erwerbstätigen.

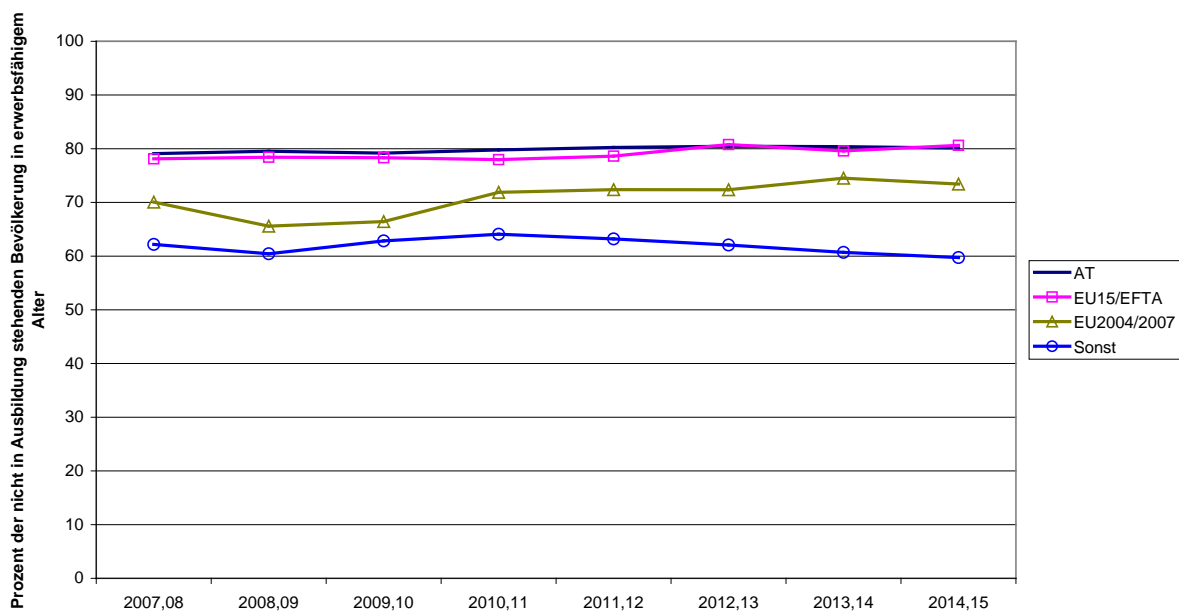
Aus diesem Grund und weil es auch aus Sicht des AMS eventuell sinnvoll wäre, sollte nicht immer das gesamte, sondern bei bestimmten Fragestellungen, wie der vorliegenden, eher nur das in unselbständiger Tätigkeit anfallende Arbeitszeitvolumen berücksichtigt werden. Das ist in der AKE machbar.

Die Frage ist zudem auch, ob man das Volumen für den vorliegenden Zweck so eng definieren soll, wie Statistik Austria es gewöhnlich mit Blick auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung tut, für die nur die tatsächlich geleisteten Stunden von Interesse sind (Knittler 2011:1098). Es kann für andere Zwecke, wie hier, aber gute Gründe geben, die aufrechten, aber zum Befragungszeitpunkt wegen Urlaub, Krankheit, Karenz oder aus anderen Gründen nicht ausgeübten Dienstverhältnisse mit ihrer Normalarbeitszeit einzuberechnen.

Zu Referenzzwecken beginnt die Darstellung mit der modifizierten Erwerbstätigenrate. Sie hat sich bei der Bevölkerung mit Bildung aus Österreich von Mitte 2007 bis Mitte 2015 kaum verändert (Abb. 29). Jene der Bevölkerung mit Abschlüssen aus den anderen EU15/EFTA Staaten zeigt kleine Schwankungen, die zwar auch durch Stichprobenschwankungen verursacht sein können, insgesamt aber für die letzten 36 Beobachtungsmonate eine Angleichung an die modifizierte Erwerbstätigenrate der Bevölkerung mit Bildung aus Österreich zeigen. Die Erwerbstätigenrate der Bevölkerung mit Abschlüssen aus den neueren EU-Mitgliedsstaaten ging in der Krise stark zurück, glich sich aber bereits 2010-2011 wieder an das Vorkrisenniveau an. Mit dem Ende der Übergangsfristen zum 1.5.2011 tritt zunächst keine nennenswerte Steigerung auf, aber es bleibt – von den konjunkturellen Einflüssen abgesehen – ein leicht ansteigender Trend in den Folgejahren. Dennoch besteht auch am Ende des Beobachtungszeitraums ein Abstand von rund 7 Prozentpunkten auf Österreich und die anderen EU15/EFTA Staaten. Im Gegensatz dazu ist der Verlauf bei der Bevölkerung mit Abschlüssen aus Drittstaaten nach der krisenbedingten Schwankung seit 2010-2011 kontinuierlich negativ gewesen. Der Abstand zu Österreich hat sich von 16 Prozentpunkten 2010-2011 auf 20 Prozentpunkte 2014-2015 vergrößert. Dieser Rückgang ist nicht eine Folge veringerteter Beschäftigung, sondern mehr oder minder gleich bleibender Beschäftigung bei einer gleichzeitig zunehmenden (und erwerbswilligen) Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter.

Abb. 29

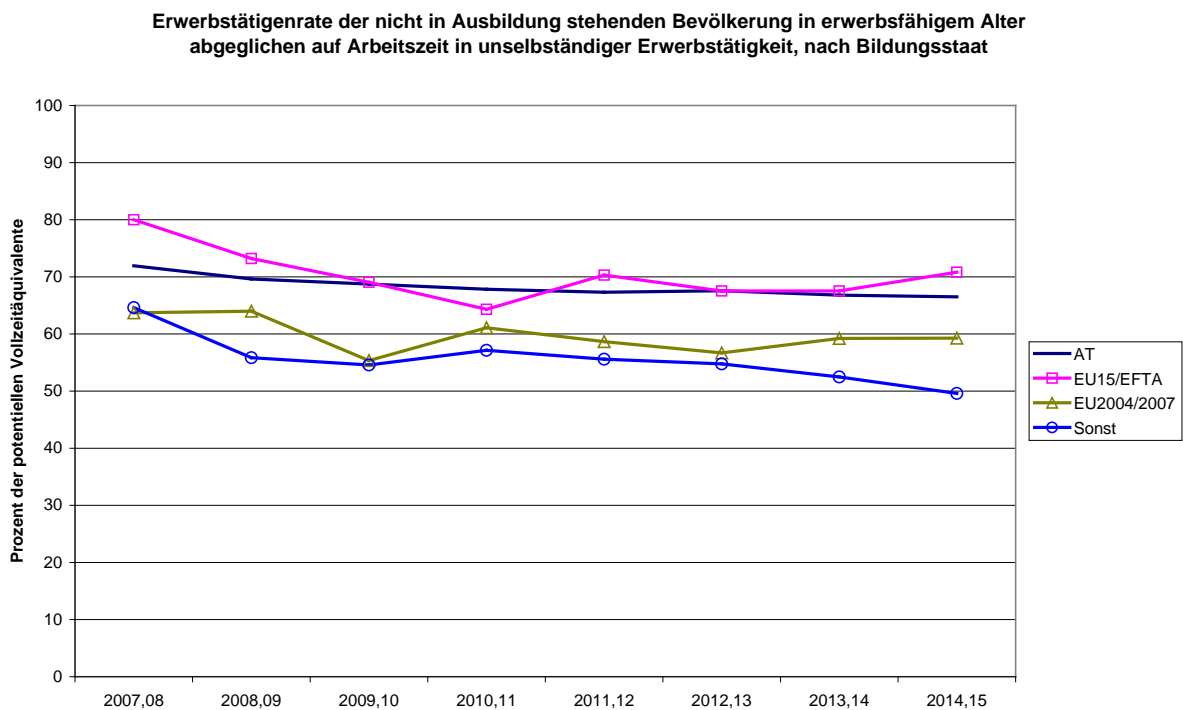
**ILO-Erwerbstätigenrate der nicht in Ausbildung stehenden Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter nach Bildungsstaat**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Berücksichtigt man die Arbeitszeit und zwar zunächst nur die in unselbständiger Beschäftigung erbrachten Arbeitsstunden, genau genommen die Normalarbeitszeit in der Haupttätigkeit und die tatsächliche Arbeitszeit in einer allfälligen Zweittätigkeit (während dritte und vierte Tätigkeiten unberücksichtigt bleiben, weil sie in der AKE nicht erfragt werden), dann ist bei der Bevölkerung mit Abschlüssen aus Österreich zu Beginn der Krise 2008-2009 ein deutlicher Rückgang zu bemerken (Abb. 30), der sich danach allmählich verlangsamt, sich am Ende des Beobachtungszeitraums aber wieder zu beschleunigen beginnt. Dem Trend nach ist der Verlauf bei der Bevölkerung mit Bildung aus den EU15/EFTA Staaten zwar auf dem gleichen Niveau, aber stärker durchgebogen mit Anzeichen eines Anstiegs am Ende der Periode. Auf einem niedrigeren Niveau wiederholt sich das etwas flacher, aber ansonsten in ähnlicher Weise bei den neueren EU-Mitgliedsstaaten. Der Trend bei den Drittstaaten ist dagegen linear abwärts und hat sich seit 2013 nach unten hin von den neueren EU-Mitgliedsstaaten gelöst.

Abb. 30



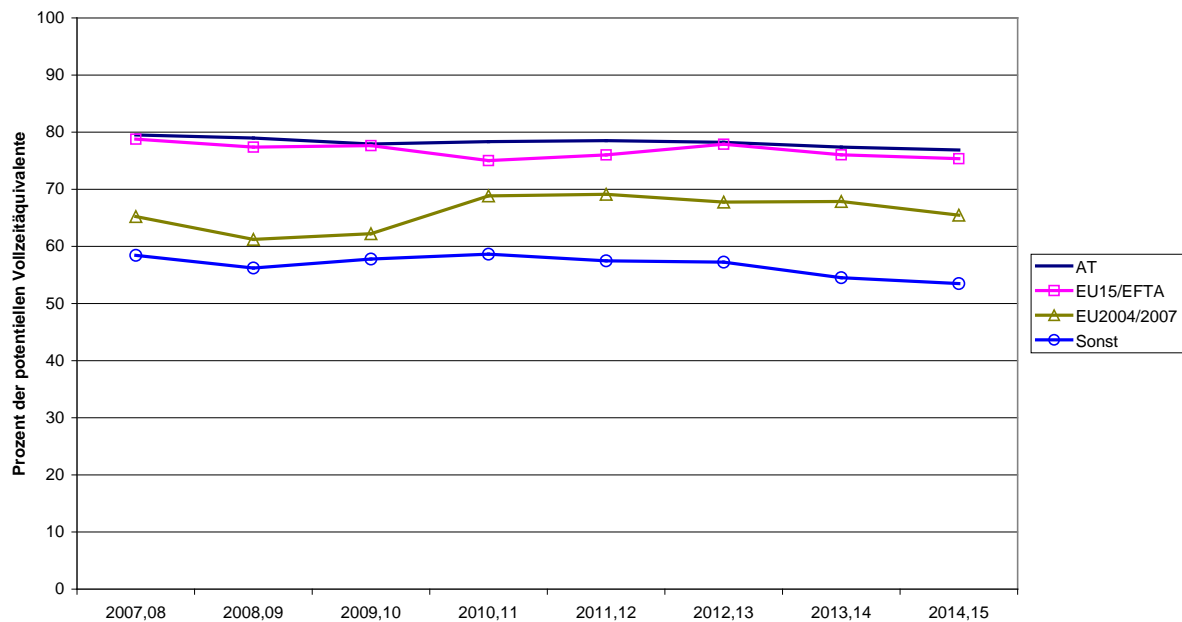
Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Beobachtet man nicht nur die in unselbständiger Erwerbstätigkeit verbrachte Arbeitszeit, sondern die gesamte Normalarbeitszeit in der Haupttätigkeit plus tatsächliche Arbeitszeit in der Zweittätigkeit, dann ist der Trend bei zumindest drei der vier Herkünfte in den letzten Jahren negativ gewesen. Die Ausnahme eines flachen Verlaufs besteht möglicherweise bei den EU15/EFTA Staaten. Es bestehen außerdem sehr deutliche Unterschiede im Niveau (Abb. 31).

Im Vergleich zur vorherigen Abbildung entsteht der Eindruck, dass selbständig geleistete Arbeitszeit in gewissem Maß glättend auf die Verläufe wirkt, also die mitunter recht starken Ausschläge der unselbständig geleisteten Arbeitszeit teilweise ausgleicht.

Abb. 31

Erwerbstätigenrate der nicht in Ausbildung stehenden Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter  
abgeglichen auf Arbeitszeit Maximalversion, nach Bildungsstaat



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Insgesamt erweist sich, dass die um die Arbeitszeit bereinigte, modifizierte Erwerbstätigenrate allmählich sinkt, während die nicht um die Arbeitszeit bereinigte bei allen EU-Bildungsherkünften zunimmt, bei Bildung aus Drittstaaten aber ebenfalls sinkt. Der Eindruck aus der engen VGR-relevanten Arbeitszeit, wie Statistik Austria sie berichtet, ist daher grundsätzlich auch auf breitere Konstrukte des Arbeitszeitvolumens übertragbar.

### Die Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen

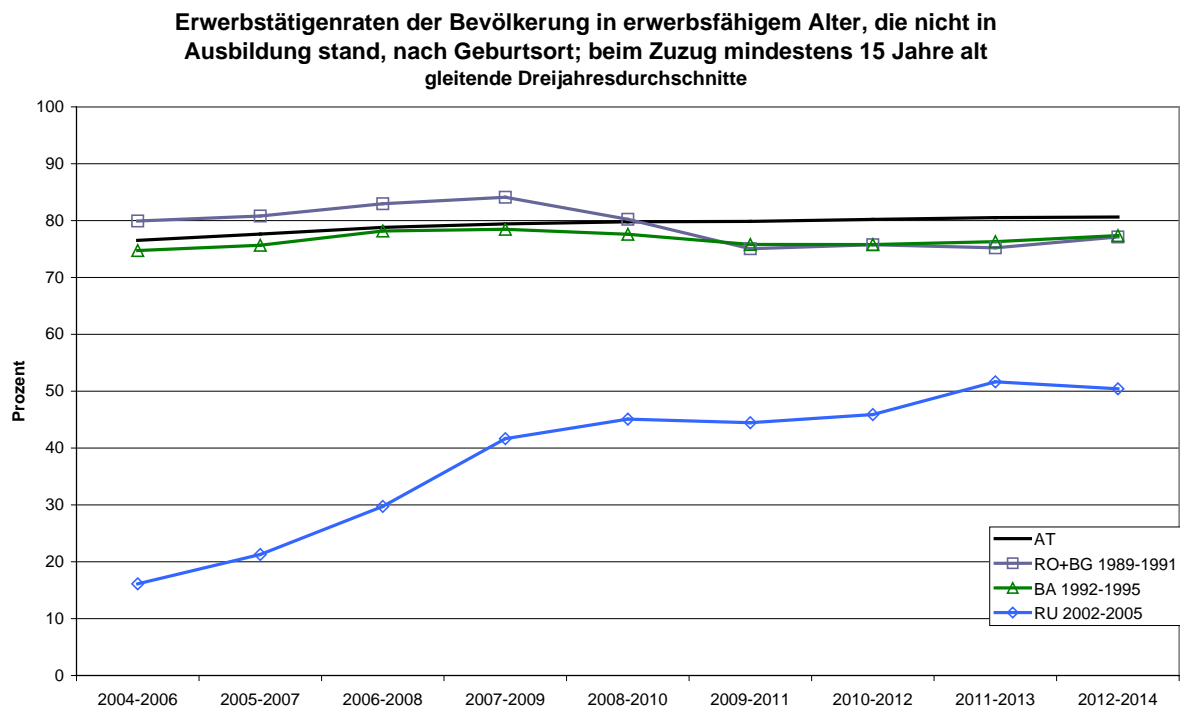
Aus den vergangenen Flüchtlingswellen werden hier drei Herkunftsgruppen herausgegriffen, die ausreichend zahlreich sind, um in der Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung abgebildet werden zu können, nämlich die in Rumänien und Bulgarien geborenen Personen, die 1989 bis 1991 zugezogen sind, die in Bosnien-Herzegowina geborenen Personen, die 1992 bis 1995 zugezogen sind, und die in Russland geborenen Personen, die 2002 bis 2005 zugezogen sind. Um Probleme mit Stichprobenschwankungen weiter zu verringern, werden gleitende Dreijahresdurchschnitte betrachtet. Miteinander vergleichbare Daten stehen seit 2004 aus der Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich zur Verfügung.

Es zeigt sich, dass die 1992 bis 1995 zugezogene, aus Bosnien gebürtige Bevölkerung zehn Jahre nach Aufenthaltsbeginn eine Erwerbstätigenrate von rund 75% erreicht hatte, was damals nur etwa zwei Prozentpunkte unter jener der in Österreich geborenen Bevölkerung lag (Abb. 38). Im Vergleich dazu erreichte die 2002 bis 2005 aus Russland zugezogene Bevölkerung zehn Jahre nach Aufenthaltsbeginn nur rund 50%, mehr als 30 Prozentpunkte weniger als bei der in Österreich geborenen Bevölkerung zu verzeichnen sind. Während die Männer aus Bosnien häufig handwerkliche Ausbildungen, die Frauen aber eher nur geringe Bildung mitgebracht hatten, liegen bei Russland bei beiden Geschlechtern einerseits vor allem höhere schulische bzw. universitäre und andererseits geringe Bildung vor. Die Ausbildungsstruktur der Flüchtlinge aus Bosnien war in den 1990er Jahren jener der österreichischen Bevölkerung ähnlicher als jene der Flüchtlinge aus Russland in den 2000er Jahren.

Die 1989 bis 1991 zugezogene, aus Rumänien und Bulgarien gebürtige Bevölkerung hatte rund 15 Jahre später eine Erwerbstätigenrate von rund 80% erreicht, was zu dem Zeitpunkt zwei bis drei Prozentpunkte über jener der in Österreich geborenen Bevölkerung lag. Bei den Flüchtlingen aus Bosnien wurden 15 Jahre nach Aufenthaltsbeginn rund 78% erreicht (Abb. 32).

Folgenreich sind die Konjunkturzyklen. Die aus Russland gebürtige Bevölkerung wurde vor allem im Aufschwung 2005 bis 2008 absorbiert. Ihre Beschäftigung stieg in wenigen Jahren um etwa 30 Prozentpunkte, während sie seit 2008 um nur mehr 5 Prozentpunkte gestiegen ist. Die aus Rumänien und aus Bosnien gebürtige Bevölkerung büßte in der Krise ab Herbst 2008 zunächst sogar Beschäftigung ein; sie hat sich seither zwar wieder ein wenig erholt, aber noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Den Flüchtlingen aus Bosnien dürfte seinerzeit bei der Absorption in Beschäftigung der Aufschwung 1998 bis 2001 entgegengekommen sein. Die Flüchtlinge aus Rumänien kamen bereits in der ungewöhnlich günstigen Konjunktur 1990-1991 in Beschäftigung.

Abb. 32



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

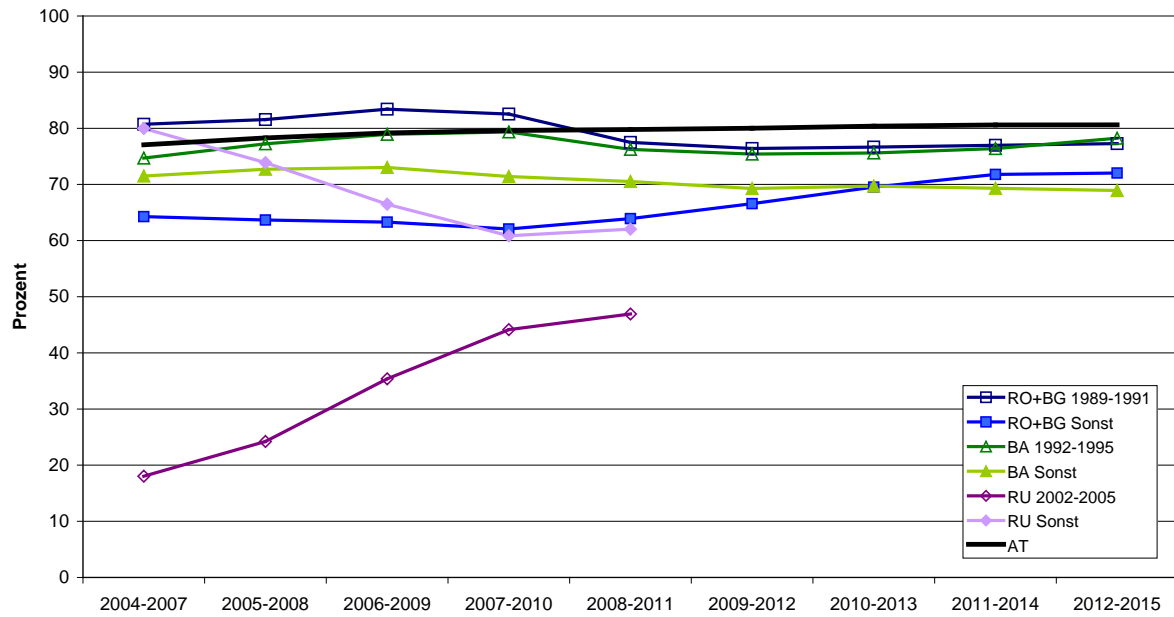
Im vorliegenden Zusammenhang muss man sich die Frage stellen, ob es Hinweise gibt, dass die ab 2010 bei den Flüchtlingen aus Rumänien und aus Bosnien ausbleibende Erholung der Erwerbstätigenrate mit der größeren Verfügbarkeit von EU-Bürgern ab 2011 zusammenhängt. Dem wird unten nachzugehen sein.

Bei Rumänien und bei Bosnien-Herzegowina waren die Erwerbstätigenraten der in den Fluchtjahren zugezogenen Bevölkerung seit 2004 stets relativ hoch im Vergleich zur Bevölkerung, die in anderen Jahren aus denselben Staaten zugezogen waren (Abb. 33). Bei Rumänien begann nach dem EU-Beitritt des Landes eine Annäherung der Erwerbstätigenrate an jene der Flüchtlinge, die aber in der nach 2011 wieder einsetzenden Wachstumskrise zum Erliegen kam. Bei Bosnien-Herzegowina ist eine entsprechende Annäherung nicht zu beobachten gewesen bzw. nur dadurch, dass die Erwerbstätigenrate der Flüchtlinge in der Krise 2009 stärker sank als jene der übrigen Bevölkerung aus Bosnien-Herzegowina.



Abb. 33

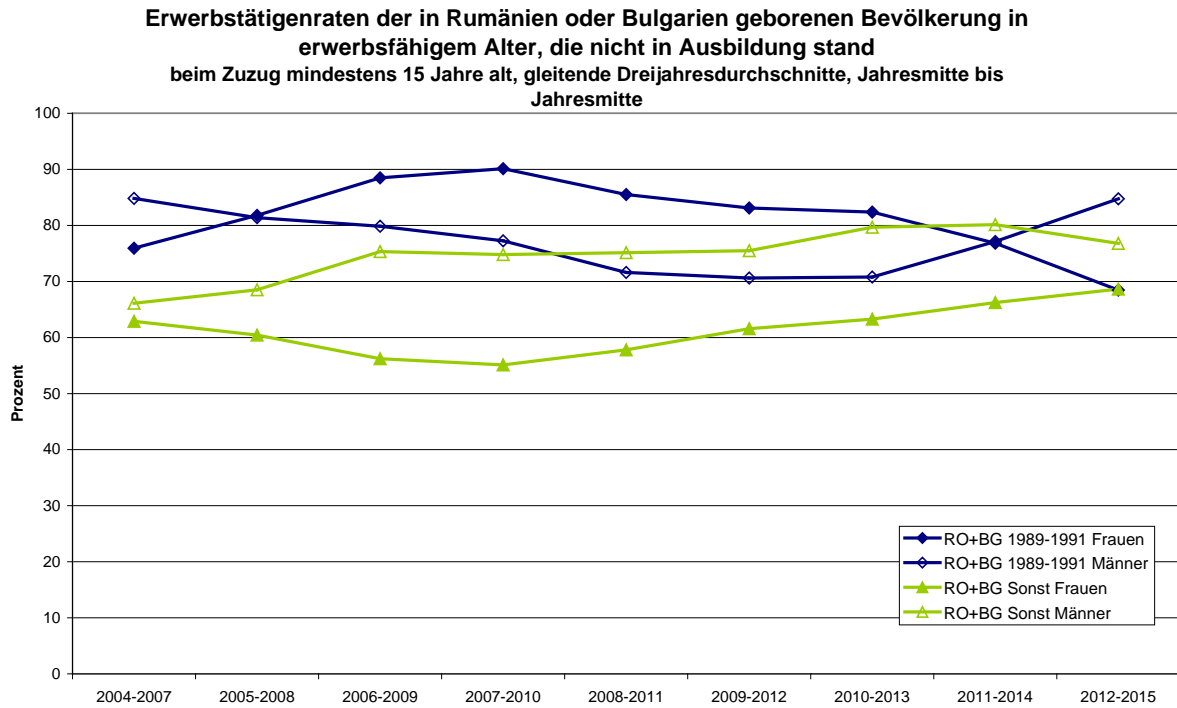
**Erwerbstätigenraten der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in  
Ausbildung stand, nach Geburtsort; beim Zuzug mindestens 15 Jahre alt  
gleitende Dreijahresdurchschnitte, Jahresmitte bis Jahresmitte**



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Die bei Rumänien und Bulgarien ab 2007 erkennbare Steigerung der Erwerbstätigenrate der nicht in den Fluchtjahren zugezogenen Bevölkerung ereignete sich fast zur Gänze bei den Frauen (Abb. 34). Der Rückgang in der Krise 2009 ereignete sich nur bei den Flüchtlingen, da aber bei beiden Geschlechtern.

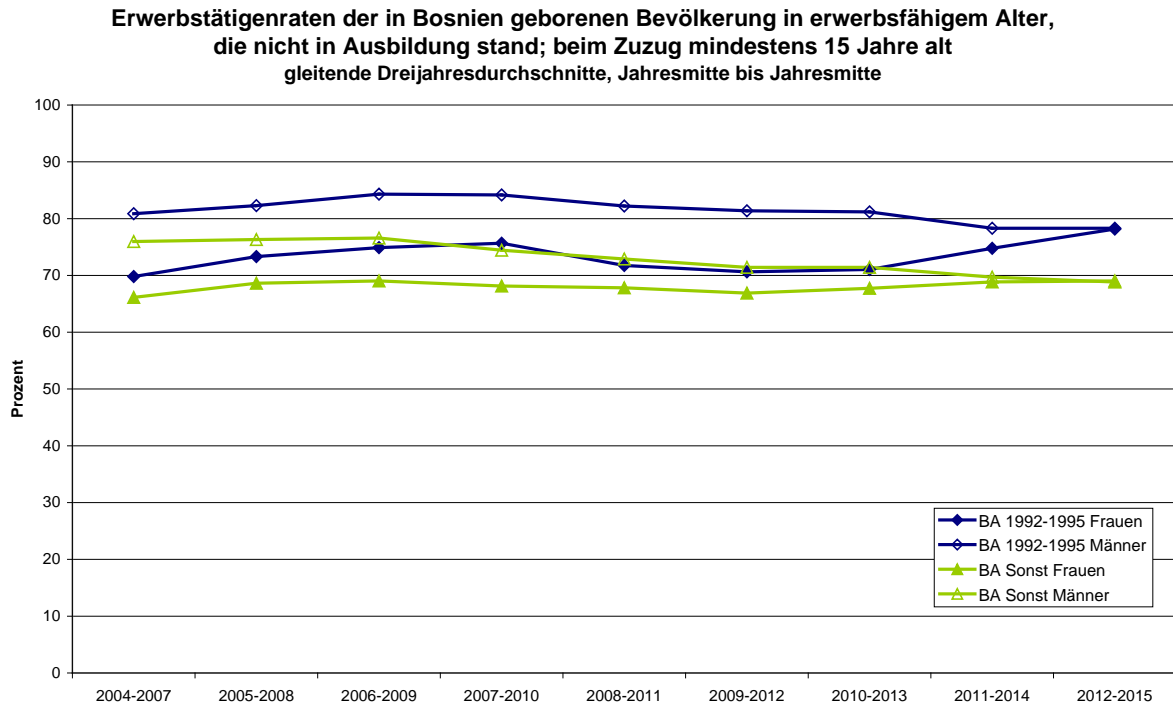
Abb. 34



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Bei Bosnien-Herzegowina betraf der Rückgang 2009 der Erwerbstätigenrate der Flüchtlinge stärker die Frauen. Bei den Männern war er damals geringer, hat sich aber seither fortgesetzt (Abb. 35). Bei den Frauen begann im Aufschwung 2011 ein Anstieg der Erwerbstätigenrate, der sich bis zum Ende der Beobachtungsperiode Mitte 2015 ungebrochen fortsetzte. In dieser Phase zogen die Erwerbstätigenraten der beiden Geschlechter gleich. Dasselbe gilt auch bei der Bevölkerung, die nicht in den Fluchtjahren aus Bosnien-Herzegowina zuzog. Bei ihr war die Konvergenz jedoch ein langsamer, kontinuierlicher Vorgang, der durchgängig während der gesamten Beobachtungsperiode von Mitte 2004 bis Mitte 2015 anhielt.

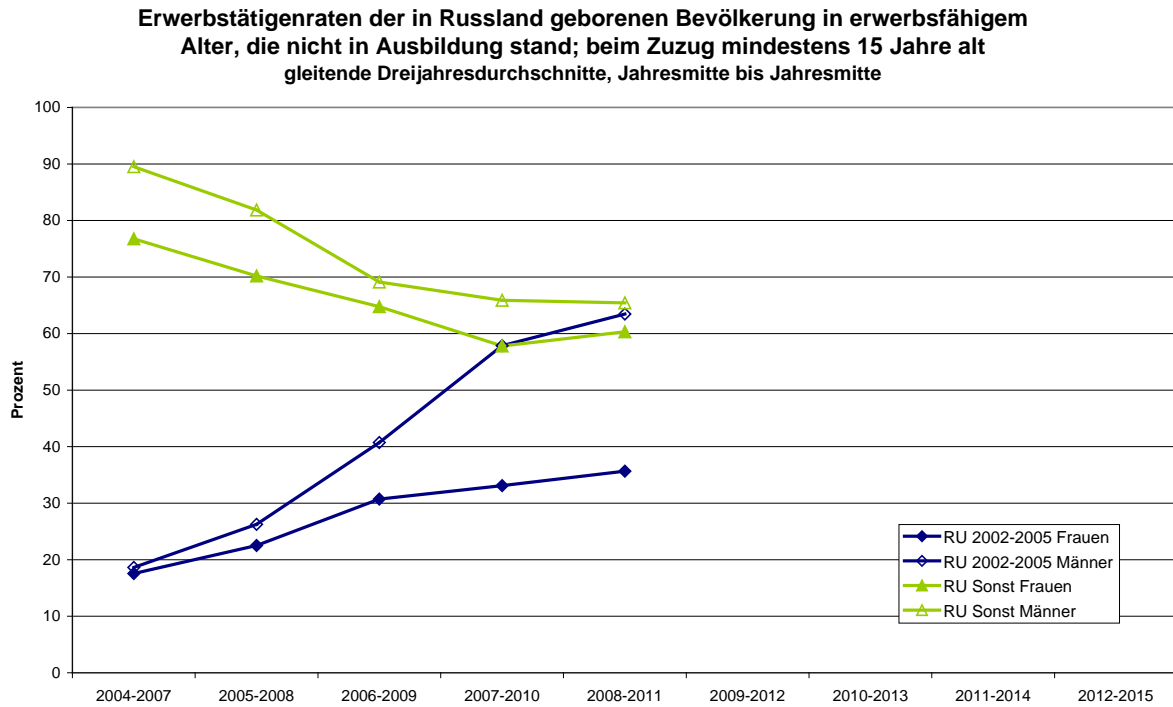
Abb. 35



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Bei der 2002 bis 2005 aus Russland zugezogenen Bevölkerung entwickelten sich die Erwerbstätigenraten der Geschlechter bis 2010 auseinander (Abb. 36). Jene der Männer stieg auf über 60%, während die der Frauen kaum über 35% hinauskam. Für den weiteren Verlauf wäre eine Sonderauswertung der Statistik Austria nötig. Der Anstieg, der bei beiden Geschlechtern zusammen im Aufschwung 2011 auftrat (Abb. 32) könnte aus einem gewissen Aufholen der Frauen heraus entstanden sein. Ein Teil des Problems ist möglicherweise, dass die Männer häufig vor den Frauen ankamen und dadurch mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung beim Eintritt in den Arbeitsmarkt und in Beschäftigung erhielten.

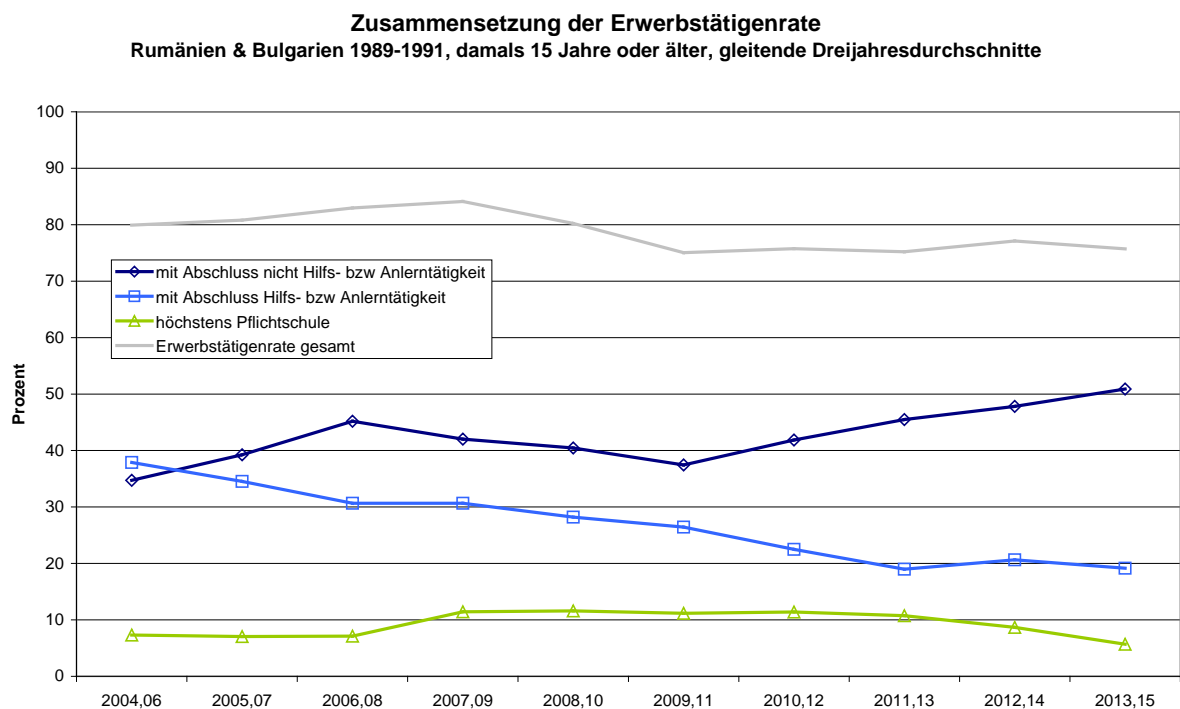
Abb. 36



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Der Rückgang der Beschäftigung in der Krise 2009 betraf unter der Bevölkerung, die 1989 bis 1991 im Alter von mindestens 15 Jahren aus Rumänien und Bulgarien zugezogen war, vor allem jene mit einem Abschluss nach der Pflichtschule, die nicht in einer Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeit, sondern in einer qualifizierten Tätigkeit beschäftigt waren. Sie machten nach einem relativ flotten Anstieg im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 rund 45% der betreffenden Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus, verzeichneten dann bis zum Durchschnitt 2009 bis 2011 einen kontinuierlichen Rückgang auf nur mehr 37,5% und seither einen ebenso kontinuierlichen Anstieg, der im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 auf einen Anteil von 51% führte (Abb. 37; jede der drei Linien zeigt einen Anteil an der 1989 bis 1991 mit mindestens 15 Jahren aus Rumänien und Bulgarien zugezogenen, in erwerbsfähigem Alter befindlichen Bevölkerung; sie summieren sich folglich in jedem Jahr zur gesamten Erwerbstätigenrate dieser Bevölkerung). Diesem Zick-Zack-Kurs steht der bis zum Durchschnitt 2011 bis 2013 fast ununterbrochen abwärts verlaufende Anteil jener mit Abschluss nach der Pflichtschule und Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern­tätigkeiten gegenüber. Er startete im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2006 bei 38% und machte ab 2011 bis 2013 nur mehr 20% aus. Wenig veränderlich zeigte sich der Anteil von denjenigen, die nur Pflichtschule absolviert hatten. Er blieb in der Umgebung von 10%. Hervorhebenswert ist, dass trotz dem Auf und Ab die Beschäftigung von qualifizierten Arbeitskräften in qualifizierten Tätigkeiten ab dem Durchschnitt 2005 bis 2007 stets den größten Teil ausmachte. Die Bedeutung der Beschäftigung in Hilfs- und Anlern­tätigkeiten trotz Ausbildung ist stark zurückgegangen, neigt aber in konjunkturell schwierigeren Zeiten jeweils zur Bodenbildung. Offenbar behindern Krisen sie beim Umstieg aus unqualifizierten in qualifizierte Tätigkeiten.

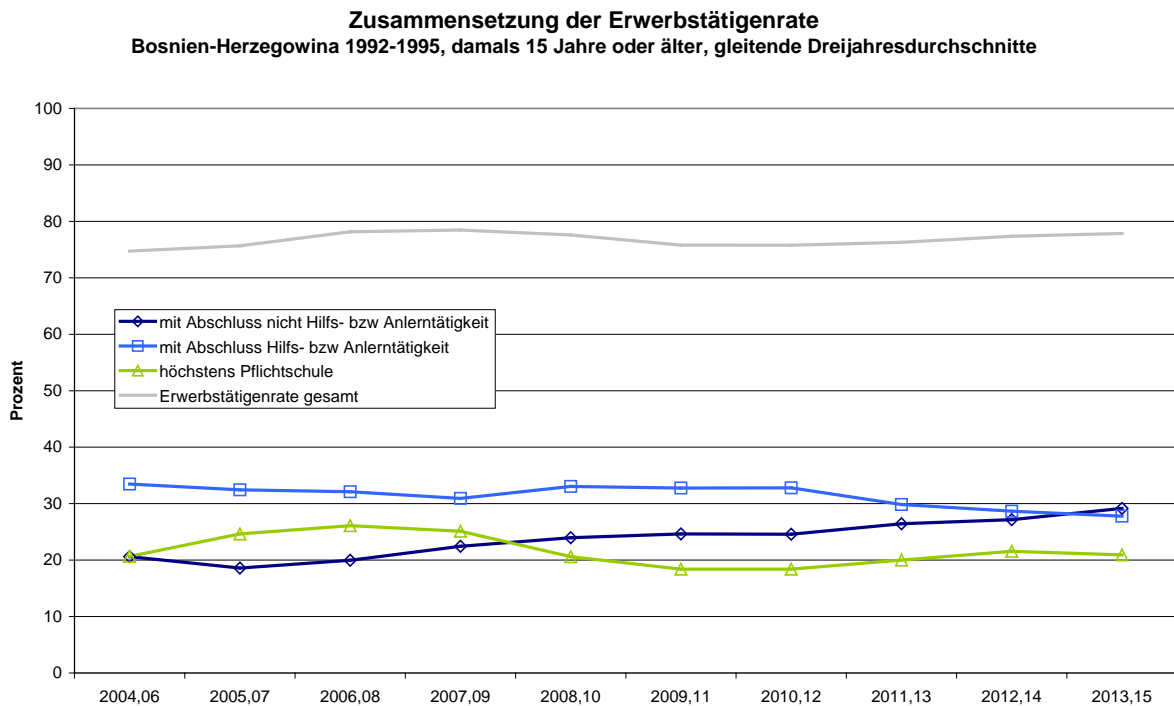
Abb. 37



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Ganz anders sah die Sache bei der Bevölkerung aus, die 1992 bis 1995 im Alter von mindestens 15 Jahren aus Bosnien-Herzegowina zugezogen war. In der Krise 2009 sank die Erwerbstätigkeit derjenigen mit höchstens Pflichtschulabschluss, während sich der Anteil der trotz Ausbildung in Hilfs- bzw. Anlernertätigkeiten beschäftigten Bevölkerung nicht bewegte, sondern erst in der Schwächeperiode ab 2012 zu sinken begann (Abb. 38). Auffällig ist der kontinuierliche Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit Abschlüssen nach der Pflichtschule und Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten. Er lag im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 unter 20% und stieg seither wenig von der einen oder anderen Krise beeindruckt um 10 Prozentpunkte. Damals der geringste Teil der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung 1992 bis 1995 mit mindestens 15 Jahren aus Bosnien-Herzegowina eingewanderten Bevölkerung, ist er mittlerweile der größte.

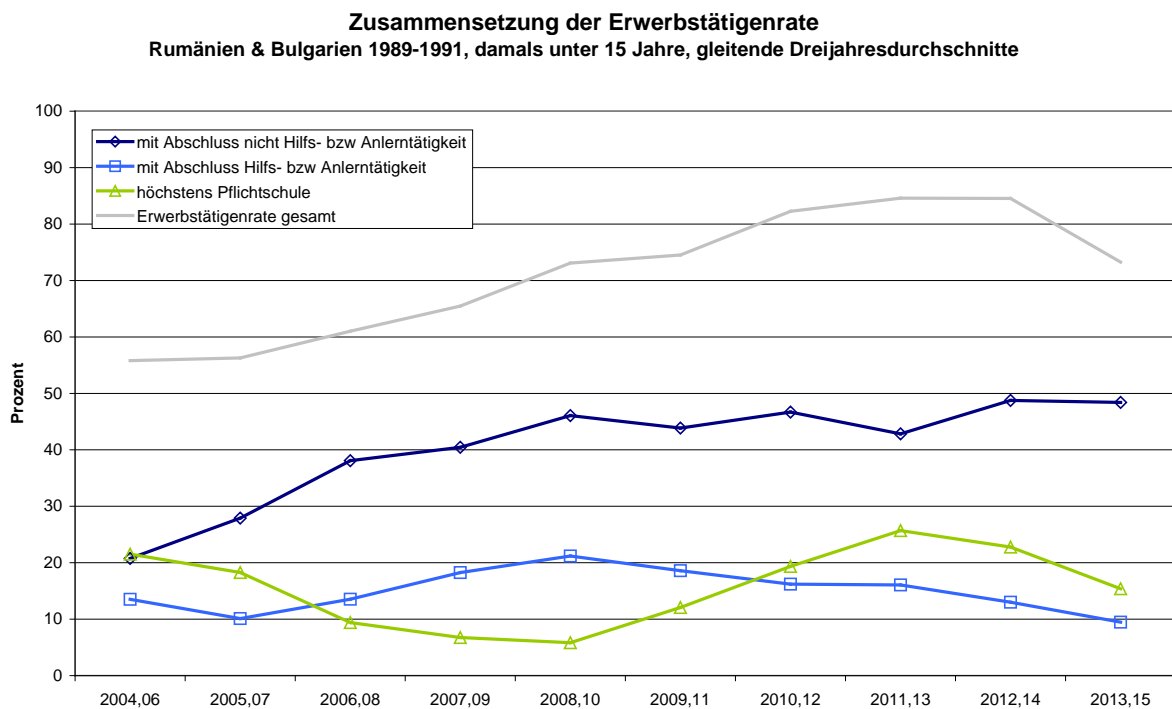
Abb. 38



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Wie andere Migranten, vertagen auch Flüchtlinge den Nutzen aus der Migration oft auf die Kinder. Wir betrachten hier nur diejenigen Kinder, die sie bereits hatten, als sie nach Österreich zogen. Ab 2006 war die Bevölkerung, die beim Zuzug aus Rumänien und Bulgarien 1989 bis 1991 unter 15 Jahre alt gewesen war, vollständig in erwerbsfähigem Alter. Insofern sie nicht weiterhin in Ausbildung war, war sie im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 zu rund 61% beschäftigt. Diese Erwerbstätigenrate setzte sich zusammen aus 38% mit Abschlüssen nach der Pflichtschule und Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten, 14% in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten trotz Abschluss nach der Pflichtschule und 9% mit höchstens Pflichtschule. In den Folgejahren stieg die Erwerbstätigenrate auf 85%, und zwar vor allem, weil der Anteil mit Abschlüssen nach der Pflichtschule in qualifizierten Tätigkeiten auf 49% zunahm. Diese Höhepunkte wurden im Durchschnitt 2012 bis 2014 erreicht (Abb. 39). Die Beschäftigten in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten mit Abschluss nach der Pflichtschule machten am Höhepunkt, nämlich im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010, 21% aus und haben sich seither auf 10% verringert. Deutlich wellenförmig und von der Konjunktur abhängig war der Verlauf der Beschäftigten mit höchstens Pflichtschulabschluss. Sie machten in den besseren Phasen, will heißen vor 2008 und um 2012 herum, bis zu 25% der nicht in Ausbildung befindlichen Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus, zuletzt aber wieder nur mehr rund 15%.

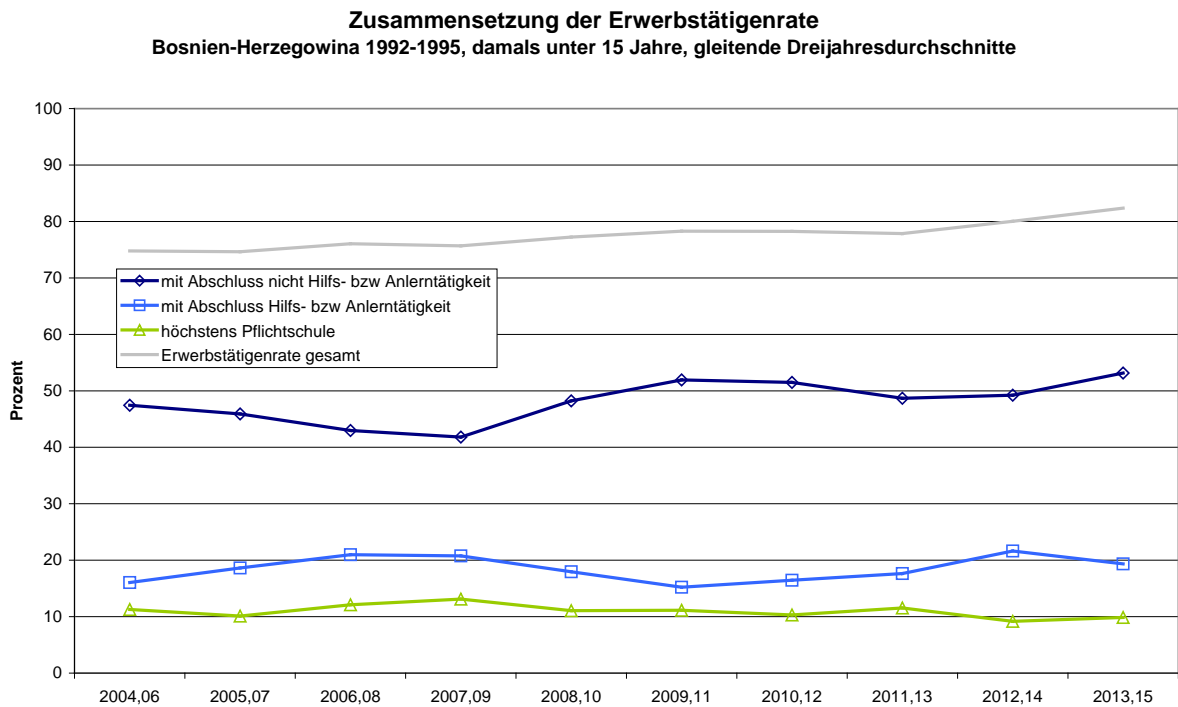
Abb. 39



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Neuerlich verhielt es sich deutlich anders bei jenen, die zwischen 1992 und 1995 aus Bosnien-Herzegowina zuzogen und damals unter 15 Jahre alt waren. Spätestens ab 2010 waren sie alle in erwerbsfähigem Alter. Ihre Erwerbstätigenrate hat sich seit 2004 zwar auch immer wieder minimal negativ entwickelt, ist danach aber stets über das Niveau gestiegen, die sie vor dem Rückschlag hatte. Gerade auch in den Krisenjahren seit 2012 war ein merklicher Anstieg von 78% auf 82% zu verzeichnen (Abb. 40). Der Anteil der Beschäftigten mit höchstens Pflichtschulabschluss blieb während der gesamten Beobachtungsperiode in der Nähe von 10%. Jener der Beschäftigten in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten mit Abschluss nach der Pflichtschule schwankte zwischen 16% und 22%. Er stieg bei günstiger Konjunktur, erreichte seine Höhepunkte aber interessanterweise immer erst, wenn das Wirtschaftswachstum bereits wieder nachließ. Die Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule in qualifizierten Tätigkeiten machten bis zum Durchschnitt 2007 bis 2009 einen sinkenden Anteil der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus. Der Anteil ging von 48% auf 42% zurück. Danach aber stieg er auf etwa 50% und ist seither nahe bei diesem Wert geblieben. Die qualifizierte Beschäftigung war während der ganzen Periode der eindeutig wichtigste Teil.

Abb. 40



Datenquelle: Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich.



## 5. Die Kosten von Qualifikationen

### Überblick

In diesem Kapitel wird gezeigt, dass Personal mit höherer Bildung aus dem Ausland und besonders aus den EU Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 netto pro Monat um €350 bis €750 weniger verdient als ansonsten gleiches Personal mit Abschlüssen aus Österreich. In geringerem Maß trifft das auch auf mittlere Abschlüsse ohne Matura zu. Es geht hier nicht um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, denn die Unterschiede entstehen zu gutem Teil dadurch, dass die Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten stattfindet. Dennoch ist es für die Betriebe selbstverständlich attraktiv, auch für solche Tätigkeiten Beschäftigte mit hoher Auffassungsgabe und analytischem, vorausschauendem Verständnis für betriebliche Abläufe zur Verfügung zu haben.

### Eine Regressionsanalyse

Für die Kalenderjahre 2011 bis 2014 stand für alle Befragten der AKE das monatliche Nettoverdienst aus unselbständiger Erwerbstätigkeit im Hauptberuf zur Verfügung. Diese Angabe stammt aus den Lohnsteuerdaten, nicht aus der Befragung. Sie wird den Befragungsdaten hinzugefügt. Dadurch ist es möglich, für unselbständig Erwerbstätige zu berechnen, in welchem Zusammenhang die Höhe ihrer Ausbildung und andere Merkmale mit ihrem Einkommen stehen.

Die AKE hat jedes Jahr auch ein EU-weit eingesetztes Zusatzmodul. 2014 bezog es sich auf die Verwertung von Bildung, nicht nur, aber besonders jene aus dem Ausland. Alle Erstbefragten des Jahres in erwerbsfähigem Alter wurden gebeten, zusätzlich zum Grundprogramm die Modulfragen zu beantworten. Letztlich stehen für rund 20.000 nicht in Ausbildung befindliche Personen in erwerbsfähigem Alter Daten zur Analyse zur Verfügung. Ihre Angaben wurden von Statistik Austria auf die entsprechende Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter hochgerechnet. Die Erstbefragung erfolgt in der Regel durch einen Hausbesuch der Interviewerin oder des Interviewers. Gefragt wurde, ob der höchste Abschluss in Österreich oder in einem anderen Staat gemacht wurde und ob er in Österreich anerkannt wurde, die Gründe der Migration, wie die Befragten ihre Deutschkenntnisse einschätzen, welche Hindernisse sie für Beschäftigung oder für eine bildungsadäquate Beschäftigung sehen und die Bildung der Eltern. Eine Auswertung dieses Datensatzes im Auftrag des Wiener Magistrats (Gächter 2016) erbrachte unter anderem auch österreichweite Ergebnisse, die an dieser Stelle relevant sind.

In der Regressionsanalyse berücksichtigt sind neben dem Herkunftsgebiet der Bildung (Österreich, EU15/EFTA, EU 2004 & 2007, sonstige Staaten) und der Höhe der Ausbildung (bis Pflichtschulabschluss, Lehre oder mehrjährige BMS, AHS, BHS inklusive Kolleg, Hochschule), die zu einer einzigen Variable verschränkt werden, auch das Fachgebiet der Ausbildung, die Anerkennung der Ausbildung, Berufserfahrung im Ausland, Arbeitsstelle vor oder seit der Einreise gefunden, das subjektiv empfundene Niveau der Deutschkenntnisse, der wichtigste Migrationsgrund, die höhere Bildung der beiden Elternteile, gleichzeitig mit der Beschäftigung in Ausbildung (aber nicht in Lehre) zu stehen, die in einer Zweittätigkeit gearbeiteten Wochenstunden, das Alter, das Quadrat des Alters, die Bildung der Partnerin bzw. des Partners, sofern sie oder er im selben Haushalt lebt, Anerkennungsstatus der Partnerausbildung, Haushaltseinkommen pro Kopf ohne das eigene Einkommen, dieses zum Quadrat, und Wohnort Wien oder woanders in Österreich. Betriebliche Merkmale, wie etwa der Wirtschaftszweig oder die Zahl der Beschäftigten, sind mit Absicht nicht enthalten, auch nicht das Tätigkeitsniveau, weil die Frage hier nicht ist, ob quasi für gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt werde, sondern für welches Geld ein Betrieb welche Qualifikationen bekomme. Eltern- und Partnermerkmale wurden aufgenommen, weil darin eine Ressource für die Beschäftigten und damit für den Betrieb liegt, und weil erwartet wurde, dass in einem besser qualifizierten persönlichen Umfeld auch ein besseres berufliches Ergebnis zustande komme.

Lehrlinge wurden aus der Regressionsanalyse ausgeschlossen, weil ihre Einkommen anderen Regeln unterliegen. Da die Einkommen von Frauen und Männern stark differieren, wurde die Analyse für die Geschlechter getrennt durchgeführt. Die abhängige Variable war das Nettomonatseinkommen dividiert durch die wöchentliche Normalarbeitszeit in der Haupttätigkeit.

Wie erwartet, zeigen die Ergebnisse der Analyse, dass in fast allen Kategorien, die sich durch die Unterscheidung zwischen den Geschlechtern, den drei ausländischen Bildungsherkünften und den fünf Bildungsebenen ergeben, die Nettoeinkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit niedriger sind als bei Personen desselben Geschlechts und derselben Ausbildung aus Österreich. Ausnahmen in die entgegengesetzte Richtung treten nur bei den Männern auf und sind statistisch unsicher. Bei den Frauen tritt der größte Nachteil bei Hochschulbildung aus Drittstaaten auf und beträgt bei 40 Wochenstunden rund €700 netto pro Monat. Um die €600 beträgt er bei BHS-Matura aus den EU-Mitgliedstaaten 2004 und 2007 sowie bei AHS-Matura aus den EU15/EFTA Staaten, um die €550 bei Hochschulabschlüssen aus den EU-Mitgliedstaaten 2004 und 2007 und bei BHS-Matura aus den EU15/EFTA Staaten und um die €500 bei BHS-Matura aus Drittstaaten. Um die €350 beträgt der Nachteil bei AHS-Matura aus den EU-Mitgliedstaaten 2004 und 2007 und aus Drittstaaten. Das heißt, im ganzen Bereich der höheren Bildung von Frauen sind nur Hochschulabschlüsse aus den EU15/EFTA Staaten nicht mit einem erheblichen Pönale belegt (€150). Bei schulischen Ausbildungen unter der Matura beträgt es unabhängig von der Herkunft um die €250, bei maximal Pflichtschule aus Drittstaaten rund €200.

Bei den Frauen sind damit rund zwei Drittel der Beschäftigten sowohl aus EU15/EFTA als auch aus EU 2004 und 2007 Staaten in Bildungskategorien mit nachweislich geringerem Nettoeinkommen als dort mit österreichischen Abschlüssen erzielt werden. Bei den Frauen mit Bildung aus Drittstaaten sind es rund 50%, weil bei ihnen die Pflichtschule eine wichtige Rolle spielt und auf diesem Niveau die Unterschiede bzw. die Fallzahlen zu gering sind oder die Streuung zu groß, um als statistisch gesichert gelten zu können.

Bei den Männern ist die Sache um ein Stück dramatischer. Rund 80% der Beschäftigten sowohl aus EU15/EFTA als auch aus EU 2004 und 2007 Staaten sind in Bildungskategorien mit nachweislich geringerem Nettoeinkommen als dort mit österreichischen Abschlüssen erzielt werden. Bei den Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten lässt sich das aufgrund der Fallzahlen nur bei den Hochschulabschlüssen nachweisen und damit nur bei 12% der Beschäftigten. Die markantesten Unterschiede zu gleicher Bildung aus Österreich treten bei Männern aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 auf. Mit Hochschulabschluss verdienen sie um rund €750, mit BHS-Matura um rund €650, mit AHS-Matura um rund €600 und mit mittlerem Abschluss ohne Matura um rund €300 weniger. Dazwischen kommen Hochschulabschlüsse aus Drittstaaten mit rund €550, AHS-Matura aus Drittstaaten mit rund €500 und Hochschulabschlüsse aus EU15/EFTA-Staaten mit rund €350. Bei den Männern aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 stellt sich heraus, dass sie auf allen Bildungsstufen über der Pflichtschule für geringere Einkommen arbeiten als es unselbständig Erwerbstätige aus den anderen Staatengruppen unter denselben Umständen tun. Mit AHS- oder BHS-Matura verdienen sie in etwa gleich viel wie unselbständig Beschäftigte mit Lehrabschluss aus Österreich.

Die Modellanpassung wird bei den Frauen eine Spur besser, wenn das Einkommen logarithmiert wird (korrigiertes R-Quadrat 0,27 statt 0,24), ändert sich bei den Männern aber nicht (beide Male 0,30). Die Einkommensdifferenzen bleiben zwar signifikant, werden aber minimal. Das ist ein bekanntes Problem bei logarithmierten abhängigen Variablen. Das Modell schätzt sie stets zu niedrig.

Die Ersparnis für die Betriebe besteht nicht in den Netto-, sondern den Brutto-Brutto-Unterschieden, sind also noch deutlich größer als das hier zum Ausdruck kommt, grob gesagt doppelt so groß. Man muss sich aber vergegenwärtigen, wovon hier die Rede ist. Es geht nicht um die Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, denn welche Arbeiten die Beschäftigten verrichten, spielte in dieser Analyse keine Rolle. Es geht hier um die Frage, zu welchem Preis die Betriebe Qualifikationen bekommen, ganz gleich, wie sie diese dann ein-

setzen. Es ist sicherlich attraktiv, jemanden mit rascher Auffassungsgabe auch für weniger anspruchsvolle Aufgaben anzustellen, statt sich mit jemandem mit trägerem Verständnis abzumühen. Raschere Auffassungsgabe ist ja nicht nur beim Verständnis direkter Anordnungen von Vorteil, sondern auch beim Begreifen der Erwartungen und Abläufe im Betrieb sowie zwischen Betrieb und Außenwelt. Es geht um den ganzen, oft stark hervorgestrichenen Bereich der „soft skills“. Wenn Betriebe das, wie die Analyse zeigte, um viele hundert Euro pro Monat billiger bekommen können, und zwar bei gleichen Deutschkenntnissen, gleichem Alter, gleicher Erfahrung am Arbeitsmarkt usw., dann ist das selbstverständlich höchst attraktiv. Um das über den Preis der Arbeitskraft abzufangen, ginge es in vielen Fällen um brutto-brutto €500 oder €600 pro Monat, im Extremfall – Männer mit Hochschulstudium aus den EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 – aber auch um Beträge bis €1500 pro Monat. Denkbar, aber hier nicht belegbar ist, dass Betriebe sich diese Beschäftigten nicht nur für den gegenwärtigen Bedarf, sondern bereits im Vorgriff auf künftigen Bedarf gesichert haben. Sie hätten dann quasi einen – unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen sicherlich kleinen – Polster an höher gebildeten Beschäftigten aus den EU Mitgliedsstaaten 2004 und 2007 aufgebaut, möglicherweise anstelle von Beschäftigten aus dem Inland, die sie sonst gehalten hätten. Das könnte miterklären, warum der Zuwachs an Beschäftigungswilligen mit österreichischer Staatsangehörigkeit seit 2011 mit so großer Exaktheit dem Wirtschaftswachstum gefolgt ist.

## Literaturverzeichnis

- AK Wien (2015) Anstieg der Erwerbstätigkeit trotz stagnierendem Arbeitsvolumen; Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell 2015/5  
<http://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-443313>, 2015-08-02.
- Best, Henning / Wolf, Christof (2010) Einführung: Sozialwissenschaftliche Datenanalyse; in: Wolf/Best (Hg) 2010:3-7.
- Best, Henning / Wolf, Christof (2010) Logistische Regression; in: Wolf/Best (Hg) 2010:827-854  
[http://www.handbuch-datenanalyse.de/sites/default/files/Wolf\\_Best\\_2010-Kap31.pdf](http://www.handbuch-datenanalyse.de/sites/default/files/Wolf_Best_2010-Kap31.pdf), 2010-10-27.
- Blinder, Alan S. (1973) Wage Discrimination: Reduced Form and Structural Estimates; Journal of Human Resources 8/4:436-455.
- Duvander, Ann-Zofie E. (2001) Do Country-Specific Skills Lead to Improved Labor Market Positions? An Analysis of Unemployment and Labor Market Returns to Education among Immigrants in Sweden; Work and Occupations 28/2:210-233.
- Gächter, August (2014) Dequalifizierung als Problem der Verwertung von Ausbildungen von Migrant/Innen und Asylberechtigten in Tirol; Bericht im Auftrag des AMS Tirol; ZSI.
- Gächter, August (2016) Arbeitskräfteerhebung Ad-Hoc-Modul 2014 Sonderauswertung für Wien; Bericht im Auftrag der MA17; ZSI.
- Haslinger, Alois / Kytir, Josef (2006) Stichprobendesign, Stichprobenziehung und Hochrechnung des Mikrozensus ab 2004; Statistische Nachrichten 61/6:510-519.
- Höllner, Christian (2015) Geht uns die Arbeit aus?; Die Presse 2015-08-02, Seite 17.
- Knittler, Käthe (2011) Vollzeitäquivalente in der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung; Statistische Nachrichten 66/11:1096-1107.
- Kopf, Johannes / Delcheva, Marina (2015) „Es gibt die einfachen Jobs nicht mehr“; Wiener Zeitung 2015-12-24 Seite 10-11.
- Kopf, Johannes / Nimmervoll, Lisa (2015) AMS-Chef: "Da ist offenbar Ideologie im Weg"; Der Standard 2015-11-12  
<http://derstandard.at/2000025511722/AMS-Chef-zur-Schulreform-Da-ist-offenbar-Ideologie-im-Weg>, 2015-11-17.
- Mood, Carina (2010) Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It; European Sociological Review 26/1:67-82.
- NN (2014) Zwei von drei Betrieben finden kaum Lehrlinge; Wiener Zeitung 2014-10-16, Seite 33.
- Oaxaca, Ronald (1973) Male-Female Wage Differentials in Urban Labor Markets; International Economic Review 14/3:693-709.

## Anhang

Tab. A1: Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression des Wechsels seit dem Vorquartal aus Beschäftigungslosigkeit in Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlern Tätigkeiten (HAT) oder in qualifizierte Tätigkeiten gegenüber dem Verbleib in Beschäftigungslosigkeit (Referenz)

	Koeffizienten		Standardfehler	
	Wechsel in HAT	Wechsel Sonst	HAT	Sonst
Konstante	-3,76	-3,63	0,32	0,32
AL-Vorgemerkte	1,03	0,86	0,20	0,26
EU15 EFTA	-0,80	1,08	1,59	0,93
EU 2004 & 2007	0,67	-0,74	0,65	1,48
Ost- & SO-Europa + TR	0,51	-0,57	0,28	0,60
Sonstige	0,31	0,24	0,51	0,67
Österreich, Referenz				
Ausbildung Mittel	0,16	0,49	0,29	0,27
ab Matura	0,06	0,92	0,29	0,26
bis Pflicht, Referenz				
AL Mittel	-0,12	-0,08	0,24	0,29
AL Matura	-0,70	-0,42	0,33	0,30
AL Pflicht, Referenz				
EU15 Mittel	0,87	-1,21	1,73	1,10
EU15 AL Matura	0,23	-1,50	1,81	1,04
EU15 Pflicht, Referenz				
EU0407 Mittel	0,25	0,97	0,77	1,54
EU0407 Matura	0,06	0,65	0,79	1,53
EU0407 Pflicht, Referenz				
OSO Mittel	0,09	-0,13	0,44	0,78
OSO Matura	0,27	0,02	0,49	0,75
OSO Pflicht, Referenz				
Sonst Mittel	-0,17	-0,44	1,07	1,09
Sonst Matura	-0,19	-0,83	0,72	0,78
Sonst Pflicht, Referenz				
AT Mittel, Referenz				
AT Matura, Referenz				
AT Pflicht, Referenz				
Männlich	0,13	0,05	0,12	0,11
Alter-30	-0,010	-0,015	0,009	0,008
Alter-30 Qu	-0,001	-0,001	0,000	0,000
Med-Pfleg	-0,42	0,60	0,42	0,27
Tech	0,03	0,62	0,24	0,19
Finanz	0,01	0,45	0,26	0,21
Pädag	-0,31	0,68	0,65	0,35
Büro	-0,29	0,43	0,29	0,22
Sonstige	0,24	0,71	0,25	0,20
Allgemein, Referenz				
Vorher HAT	1,20	0,44	0,20	0,19
Vorher Fach	0,59	1,11	0,21	0,18
Vorher Leitend	0,24	1,28	0,30	0,21
Nie beschäftigt, Referenz				
Aktiv suchend	0,95	1,10	0,20	0,18
Willig, Referenz				
AMS Kontakt	-0,75	-0,66	0,18	0,16
AMS Angebot	0,28	-0,02	0,15	0,14

Medien passiv	-0,63	-0,74	0,20	0,20
Netzwerk	0,03	-0,20	0,17	0,15
Beworben	0,20	0,15	0,19	0,18
Medien aktiv	-0,01	0,23	0,15	0,14
Monate beschäftigungslos	-0,03	-0,03	0,00	0,00
Monate Quadrat	0,0001	0,0001	0,00	0,00
Partner*in	-0,13	0,00	0,14	0,13
Partner*in AT	0,37	0,25	0,14	0,14
Kinder <3	-0,31	0,42	0,33	0,20
Kinder 3-5	0,17	0,08	0,21	0,19
Kinder 6-14	0,00	-0,04	0,12	0,11
AZ HH	0,01	0,00	0,00	0,00
AZ HH Qu	-0,00002	-0,00001	0,00	0,00
Eigentum	-0,07	-0,25	0,21	0,18
Miete	0,01	-0,23	0,15	0,14
Genossenschaft	-0,02	-0,24	0,16	0,14
Gemeinde	-0,21	-0,58	0,20	0,20
Dienstwohnung	0,39	-0,03	0,41	0,41
Mietfrei	0,18	0,02	0,31	0,29
Hauseigentum, Referenz				
B	0,15	-0,19	0,32	0,29
N	0,03	-0,14	0,20	0,18
K	0,35	0,06	0,23	0,21
St	0,25	-0,07	0,20	0,18
O	0,36	0,23	0,20	0,18
S	0,48	0,35	0,25	0,21
T	0,80	0,45	0,22	0,20
V	0,62	0,29	0,26	0,26
Wien, Referenz				
Suburban	0,08	0,12	0,16	0,15
Dörflich	0,37	0,45	0,16	0,15
Urban, Referenz				
April-Juni	0,47	0,38	0,13	0,12
Juli-Sep	0,09	0,09	0,14	0,13
Okt-Dez	0,06	0,00	0,14	0,13
Jan-März, Referenz				
2011	0,30	0,22	0,13	0,12
2012	0,11	0,12	0,13	0,12
2013	-0,02	0,15	0,13	0,12
2014, Referenz				

Daten: AKE 2011 bis 2014.

Tab. A2: Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression der Beschäftigung in Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten (HAT), in qualifizierten Tätigkeiten und der Beschäftigungslosigkeit (Referenz), nach Staatsbürgerschaft

HAT	Koeffizienten				Standardfehler			
	AT	EU15 EFTA	EU2004 & 2007	Sonst	AT	EU15 EFTA	EU2004 & 2007	Sonst
Konstante	-1,73	-2,00	-2,11	-1,78	0,08	0,45	0,45	0,19
Mittel	-0,14	0,12	0,38	0,22	0,03	0,18	0,19	0,07
Ab Matura bis Pflicht, Referenz	-1,04	-1,02	-0,03	-0,25	0,03	0,17	0,17	0,07
Männlich	0,23	0,50	0,51	0,72	0,02	0,12	0,13	0,06
Alter-30	0,096	0,069	0,072	0,079	0,00	0,01	0,01	0,00
Alter-30 Qu	-0,005	-0,003	-0,004	-0,004	0,00	0,00	0,00	0,00
Med-Pfleg	-0,69	-0,78	-0,42	-0,10	0,08	0,32	0,34	0,21
Tech	0,07	-0,10	-0,40	-0,09	0,03	0,20	0,19	0,10
Finanz	-0,03	-0,60	-0,53	-0,02	0,04	0,25	0,27	0,15
Pädag	-0,51	-0,52	-0,26	-0,09	0,11	0,59	0,55	0,29
Büro	-0,53	-0,67	-0,18	-0,06	0,05	0,29	0,29	0,15
Sonstige	0,04	-0,17	-0,37	-0,20	0,04	0,21	0,22	0,12
Allgemein, Referenz								
Partner*in	-0,39	-0,90	-0,32	-0,15	0,03	0,21	0,23	0,07
Partner*in AT	-0,05	-0,04	-0,12	-0,08	0,00	0,04	0,04	0,01
Kinder <3	-0,96	-0,85	-1,12	-0,79	0,04	0,20	0,18	0,08
Kinder 3-5	-0,61	-0,42	-0,35	-0,45	0,04	0,18	0,16	0,07
Kinder 6-14	-0,33	-0,05	-0,37	-0,14	0,02	0,10	0,11	0,04
AZ HH	0,07	0,08	0,09	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00
AZ HH Qu	-0,0002	-0,0003	-0,0003	-0,0003	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigentum	-0,77	-0,41	-0,91	-1,24	0,06	0,35	0,36	0,16
Miete 2004	-0,03	-0,23	0,52	-0,73	0,10	0,55	0,59	0,21
Miete	-0,16	0,05	-0,23	-0,78	0,07	0,35	0,35	0,15
Genossen	-0,12	0,32	-0,20	-0,89	0,07	0,38	0,37	0,16
Gemeinde	-0,19	0,01	-0,03	-0,96	0,07	0,50	0,39	0,16
Dienstwohn	-0,36	-0,86	-0,13	-0,77	0,08	0,53	0,54	0,28
Mietfrei, Referenz								
B	0,15	-0,23	0,14	-0,26	0,06	0,41	0,33	0,23
N	0,23	-0,34	0,15	-0,19	0,04	0,24	0,22	0,10
K	0,12	-0,16	0,43	-0,05	0,04	0,25	0,34	0,13
St	0,22	-0,02	0,09	0,14	0,04	0,23	0,21	0,10
O	0,41	0,17	0,85	0,31	0,04	0,22	0,22	0,08
S	0,27	-0,29	0,33	0,36	0,05	0,22	0,33	0,10
T	0,35	0,11	0,66	0,20	0,04	0,20	0,33	0,10
V	0,42	0,42	0,64	0,12	0,05	0,22	0,41	0,11
Wien, Referenz								
Suburban	0,11	0,08	0,02	-0,07	0,03	0,17	0,20	0,08
Dörflich	0,11	0,18	0,20	-0,01	0,03	0,16	0,20	0,08
Urban, Referenz								
April-Juni	0,03	-0,01	0,15	0,11	0,02	0,14	0,15	0,06
Juli-Sep	0,09	0,13	0,07	0,09	0,02	0,15	0,15	0,07
Okt-Dez	0,01	-0,05	0,07	0,06	0,02	0,15	0,15	0,07
Jan-März, Referenz								
2004,05	-0,21	-0,34	-1,10	-0,08	0,05	0,30	0,32	0,13
2005,06	-0,11	-0,42	-0,91	-0,07	0,05	0,27	0,28	0,11
2006,07	-0,05	-0,47	-0,76	-0,07	0,05	0,27	0,28	0,11
2007,08	-0,03	-0,40	-0,67	-0,02	0,05	0,27	0,27	0,11

2008,09	-0,03	-0,29	-0,56	-0,02	0,04	0,26	0,24	0,11
2009,10	-0,05	0,02	-0,60	0,01	0,04	0,24	0,23	0,11
2010,11	0,01	0,10	-0,29	0,16	0,04	0,22	0,23	0,11
2011,12	0,06	0,02	-0,25	0,12	0,04	0,22	0,22	0,11
2012,13	0,08	0,17	-0,09	0,06	0,04	0,22	0,21	0,11
2013,14	0,06	0,05	0,02	0,07	0,04	0,22	0,20	0,11
2014,15, Referenz								
Qualifizierte Tätigkeiten								
Konstante	-2,81	-3,44	-3,82	-3,84	0,07	0,38	0,45	0,24
Mittel	1,23	0,83	1,47	1,69	0,02	0,16	0,22	0,09
Ab Matura	1,86	1,32	1,78	1,73	0,03	0,16	0,20	0,09
bis Pflicht, Referenz								
Männlich	0,50	0,60	1,15	1,10	0,02	0,10	0,13	0,07
Alter-30	0,091	0,08	0,086	0,06	0,00	0,01	0,01	0,01
Alter-30 Qu	-0,005	-0,004	-0,004	-0,003	0,00	0,00	0,00	0,00
Med-Pfleg	1,07	0,87	0,97	0,80	0,05	0,21	0,29	0,20
Tech	0,28	0,57	-0,07	0,18	0,03	0,16	0,19	0,11
Finanz	0,40	0,33	0,05	0,43	0,04	0,19	0,25	0,15
Pädag	0,84	0,51	0,88	0,12	0,06	0,37	0,45	0,29
Büro	0,62	0,71	-0,01	0,21	0,04	0,20	0,28	0,16
Sonstige	0,35	0,65	0,31	0,44	0,04	0,15	0,20	0,12
Allgemein, Referenz								
Partner*in	0,24	-0,44	0,08	-0,41	0,02	0,18	0,23	0,08
Partner*in AT	-0,26	-0,14	-0,25	-0,10	0,00	0,03	0,04	0,01
Kinder <3	-0,82	-0,58	-0,72	-0,82	0,03	0,13	0,16	0,10
Kinder 3-5	-0,59	-0,83	-0,49	-0,49	0,03	0,14	0,16	0,10
Kinder 6-14	-0,42	-0,42	-0,38	-0,29	0,01	0,08	0,11	0,06
AZ HH	0,08	0,08	0,08	0,09	0,00	0,00	0,00	0,00
AZ HH Qu	-0,0002	-0,0003	-0,0003	-0,0004	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigentum	-0,21	0,48	-0,47	-0,50	0,06	0,30	0,35	0,20
Miete 2004	-0,12	0,21	-0,08	-0,56	0,09	0,45	0,58	0,27
Miete	-0,17	0,55	-0,20	-0,53	0,06	0,30	0,34	0,19
Genossen	-0,12	0,70	-0,24	-0,53	0,06	0,33	0,36	0,20
Gemeinde	-0,55	0,63	-0,48	-1,10	0,06	0,42	0,39	0,20
Dienstwohn	0,02	0,03	0,06	-0,25	0,07	0,42	0,53	0,32
Mietfrei, Referenz								
B	-0,08	-0,56	0,02	-0,34	0,05	0,33	0,32	0,27
N	0,11	-0,11	-0,04	-0,25	0,03	0,17	0,21	0,11
K	-0,29	-0,35	0,06	-0,18	0,04	0,20	0,35	0,15
St	-0,14	-0,20	-0,43	-0,22	0,03	0,17	0,21	0,11
O	0,11	-0,06	0,12	-0,30	0,03	0,17	0,23	0,10
S	0,11	-0,07	-0,03	-0,04	0,04	0,16	0,32	0,12
T	0,05	-0,07	0,09	-0,13	0,04	0,15	0,33	0,13
V	0,14	0,18	0,43	-0,31	0,04	0,18	0,41	0,14
Wien, Referenz								
Suburban	-0,11	0,13	-0,08	-0,21	0,02	0,13	0,20	0,09
Dörflich	-0,27	-0,01	-0,09	-0,21	0,02	0,12	0,20	0,10
Urban, Referenz								
April-Juni	0,02	-0,03	0,02	0,08	0,02	0,11	0,14	0,08
Juli-Sep	0,09	0,19	0,00	0,07	0,02	0,12	0,15	0,08
Okt-Dez	0,03	0,01	0,04	0,04	0,02	0,11	0,14	0,08
Jan-März, Referenz								
2004,05	-0,03	0,16	-0,35	-0,18	0,04	0,23	0,31	0,16
2005,06	0,06	0,27	-0,39	-0,14	0,04	0,21	0,27	0,14
2006,07	0,08	0,23	-0,03	-0,18	0,04	0,21	0,27	0,14



2007,08	0,16	0,32	-0,11	-0,13	0,04	0,21	0,27	0,14
2008,09	0,03	0,24	-0,07	-0,10	0,04	0,19	0,23	0,13
2009,10	-0,13	0,21	-0,26	-0,31	0,03	0,19	0,22	0,12
2010,11	-0,08	0,05	0,01	-0,12	0,03	0,18	0,22	0,12
2011,12	-0,03	-0,05	-0,08	-0,12	0,03	0,17	0,21	0,12
2012,13	0,01	0,06	0,08	-0,07	0,03	0,17	0,21	0,12
2013,14	0,00	-0,06	0,09	0,02	0,03	0,17	0,20	0,12
2014,15, Referenz								

---

Daten der AKE 2004 bis 2015.

---